

DStGB

DOKUMENTATION N° 19

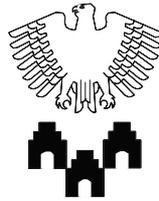


DStGB-Analyse zu Kommunalfinanzien 2000

Eine Übersicht über Haushaltsdaten
der Kommunen in den
einzelnen Bundesländern



Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Berlin, im Juni 2001

Zusammenfassung der Ergebnisse

Auch im Jahr 2000 war die Entwicklung der Kommunalfinanzen gekennzeichnet durch unterschiedliche Entwicklungen in den alten und neuen Ländern. Während die **Einnahmen** der Kommunen in den alten Ländern um +1,0 % (auf 237,8 Mrd. DM) leicht gestiegen sind, mussten die Kommunen der neuen Länder Einnahmerückgänge um -1,9 % (auf 49,8 Mrd. DM) hinnehmen. Auch auf der **Ausgabenseite** entwickelten sich die Kommunalhaushalte in den alten und neuen Ländern unterschiedlich: Während die Kommunen der alten Länder einen Ausgabenzuwachs von +1,6 % (auf 234,3 Mrd. DM) aufwiesen, verzeichneten die Kommunen der neuen Länder einen Rückgang um -3,2 % (auf 49,6 Mrd. DM). Insbesondere infolge fortgesetzter Konsolidierungsanstrengungen und einmaliger Veräußerungserlöse, aber auch aufgrund einer guten Entwicklung der Schlüsselzuweisungen in den alten Ländern, konnten die Kommunen im Jahr 2000 per Saldo einen **Finanzierungsüberschuss** in Höhe von knapp 3,8 Mrd. DM erreichen.

Ein Blick auf die **Verschuldungssituation** der Kommunen per 31.12.2000 zeigt, dass die Gesamtverschuldung im Vergleich zum Jahresende 1999 leicht zugenommen hat (+1,1 % auf 186,66 Mrd. DM). Zwar konnten die Kommunen – häufig unter Einsatz einmaliger Veräußerungserlöse – per Saldo Kredite am Kapitalmarkt tilgen. Auf der anderen Seite standen in den Büchern der Kommunen am 31.12.2000 jedoch deutlich mehr Kassenkredite (+20,5 %) als noch im Jahr zuvor. Damit waren die Kommunen zum Jahresende 2000 mit etwa 2.443 DM je Einwohner verschuldet.

Insgesamt war das Jahr 2000 durch eine schwache Entwicklung der gemeindlichen **Steuereinnahmen** in Ost- und Westdeutschland gekennzeichnet, die nur teilweise durch höhere Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden konnte. Dabei verlief die Entwicklung der beiden wichtigsten gemeindlichen Steuern - **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** und **Gewerbsteuer** - in den alten und neuen Ländern uneinheitlich: Während sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den Gemeinden der alten Länder gut entwickelte (+5,3 % auf 39,38 Mrd. DM), mußten die Gemeinden in den neuen Ländern einen erheblichen Rückgang (-13,2 % auf 2,25 Mrd. DM) hinnehmen. Andererseits entwickelte sich die Gewerbsteuer (netto) in den neuen Ländern günstiger (+8,2 % auf 3,0 Mrd. DM) als in den alten Ländern (-1,4 % auf 34,83 Mrd. DM).

Die unterschiedliche Entwicklung in den Kommunalhaushalten der alten und neuen Länder kommt auch in unterschiedlich hohen **Pro-Kopf-Beträgen an Steuern und Zuweisungen** zum Ausdruck: So konnte auch im Jahr 2000 die Steuerbasis der Städte und Gemeinden in den neuen Ländern nicht gestärkt werden. Bezogen auf einen Einwohner bekamen die Gemeinden der neuen Länder im Jahr 2000 nur 591 DM

an Steuern, während die Kommunen der alten Länder 1.494 DM je Einwohner einnehmen konnten. Damit war das gemeindliche Pro-Kopf-Steueraufkommen der alten Länder – wie auch im Vorjahr – etwa 2½ mal so hoch wie das der neuen Länder. Die geringe Steuerkraft der Gemeinden der neuen Länder spiegelt sich in einer hohen Zuweisungsabhängigkeit vom kommunalen Finanzausgleich wider und kommt in hohen Zuweisungsbeträgen je Einwohner zum Ausdruck: So erhielten die Kommunen der neuen Länder mit 1.506 DM je Einwohner mehr als den doppelten Betrag an Zuweisungen, der auf die Kommunen der alten Ländern entfiel, die nur 670 DM je Einwohner einnahmen.

Problematisch für die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung in den neuen Länder war auch im Verlaufe des Jahres 2000 die Entwicklung der **kommunalen Investitionen**. So waren die Kommunen Ostdeutschlands unter dem Konsolidierungsdruck zum wiederholten Mal in Folge seit 1992 gezwungen, ihre Investitionstätigkeit einzuschränken (-9,1 % auf 10,9 Mrd. DM). Die Kommunen der alten Länder konnten zwar per Saldo ihre Investitionen um +2,1 % (auf 37,2 Mrd. DM) ausweiten; dieser Zuwachs war jedoch allein auf eine höhere Investitionstätigkeit einiger Kommunen in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen zurückzuführen.

Schwierig für die Städte und Gemeinden war auch die Entwicklung der **Ausgaben für soziale Leistungen**, die bereits ernste Risiken für die folgenden Jahre erkennen ließ. So war erstmals die Entwicklung der Sozialhilfe, die die Kommunen im Rahmen stationärer Pflegeeinrichtungen zahlen, der größte Kostenblock innerhalb der Ausgaben für soziale Leistungen. Ohne Änderungen an der bestehenden Pflegeversicherung müssen die Kommunen befürchten, dass sich dieser Trend – infolge höherer Fallzahlen und höherer Kosten je Pflegefall – in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Insgesamt stiegen die sozialen Leistungen bundesweit um +2,0 %, wobei der Anstieg in den neuen Ländern mit +3,6 % (auf 6,7 Mrd. DM) deutlich stärker ausfiel als in den alten Ländern (+1,7 % auf 45,3 Mrd. DM). Je Einwohner gaben die Kommunen in Deutschland im letzten Jahr 681 DM für soziale Leistungen (v.a. Sozial- und Jugendhilfe) aus. Dies waren bereits 12 DM mehr als die Kommunen noch im Jahr 1999 je Einwohner für soziale Leistungen aufbringen mussten.

Inhalt

Zusammenfassung der Ergebnisse	1
Übersicht über die Länderbezeichnungen in den Tabellenblättern.....	4
Vorbemerkung.....	5
Die Einzelergebnisse im Überblick	7
1 Einnahmen.....	7
2 Ausgaben.....	7
3 Finanzierungssaldo	7
4 Netto-Kreditaufnahme	8
5 Schuldenstand per 31.12.2000	9
5.1 „Langfristige Schulden“	9
5.2 „Langfristige Schulden“ je Einwohner	9
5.3 „Kurzfristige Schulden“.....	9
5.4 „Kurzfristige Schulden“ je Einwohner.....	10
5.5 „Lang- und kurzfristige Schulden“	10
5.6 „Lang- und kurzfristige Schulden“ je Einwohner	10
6 Steuereinnahmen (netto).....	10
6.1 Gewerbesteueraufkommen (netto).....	11
6.2 Gewerbesteueraufkommen (netto) je Einwohner.....	11
6.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	12
6.4 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner	12
6.5 Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner.....	13
6.6 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Bundesländern	13
6.7 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Steuerarten	13
6.8 Anteil der Grundsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen.....	14
6.9 Anteil der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen..	14
7 Schlüsselzuweisungen.....	14
8 Investitionszuweisungen	15
9 Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner.....	15
10 Verwaltungs- und Benutzungsgebühren.....	16

11 Personalausgaben	16
12 Zinsausgaben	17
13 Laufender Sachaufwand	17
14 Sachinvestitionen	17
15 Ausgaben für Baumaßnahmen.....	18
16 Soziale Leistungen	18
16.1 Soziale Leistungen je Einwohner.....	19
16.2 Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen.....	19
16.3 Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen.....	20
16.4 Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen.....	20
16.5 Sozialhilfe an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte	21
16.6 Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	21
16.7 Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen.....	21
16.8 Ausgaben für sonstige soziale Leistungen	21
16.9 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.....	21

Übersicht über die Länderbezeichnungen in den Tabellenblättern

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BB	Brandenburg
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

Vorbemerkung

Die vorliegenden Übersichten enthalten eine grafische Darstellung der Ergebnisse der Kommunalfinanzstatistik des Jahres 2000. Dabei wird ein Vergleich zum Vorjahreszeitraum vorgenommen, um die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinanzen seit 1999 zu „messen“. Ebenso werden die Länderergebnisse ausgewiesen, um die Entwicklung der Kommunalhaushalte in den jeweiligen Ländern transparent zu machen.

In den nachfolgenden Tabellenblättern sind die in der Kassenstatistik erfaßten Haushaltsergebnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise ausgewiesen. Aus der Statistik geht hervor, wieviel Einnahmen den Kommunen im Jahr 1999 zur Verfügung standen, und wie hoch die Ausgaben in den einzelnen Aufgabenbereichen waren. Dargestellt sind weiter die Finanzierungssalden, die Höhe der Nettokreditaufnahme, die Kreditmarktschulden sowie die Kassenkredite der Kommunen in den einzelnen Bundesländern. Ein Ländervergleich der kommunalen Verschuldungssituation, der den Schuldenstand je Einwohner deutlich macht, ist ebenfalls enthalten.

Des weiteren ist die Struktur der Steuereinnahmen – sowohl nach Steuerarten als auch nach Bundesländern – dargestellt. Um einen Ländervergleich zu erhalten, wurden die DM-Beträge errechnet, die statistisch gesehen beim gesamten gemeindlichen Steueraufkommen, der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und den Zuweisungen in den einzelnen Ländern auf einen Einwohner entfallen.

Da die Finanzierung der sozialen Leistungen für die Haushalte der Kommunen eine zentrale Bedeutung hat, wird auch die Struktur der sozialen Leistungen umfassend dargestellt, indem nach Aufgabenbereichen differenziert wird (bspw. Ausgaben für Sozialhilfe, Jugendhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).

Die **Tabellenblätter 1, 2, 5.1-5.6, 6-6.4, 7, 8, 10-16, 16.3-16.9** enthalten jeweils drei **Einzelübersichten**, die folgendermaßen aufgebaut sind: In der ersten Einzelübersicht sind die Ergebnisse der Jahre 1999 und 2000 für die Gesamtheit der Kommunen und deren Aufteilung auf die Kommunen der alten und neuen Länder dargestellt. In der zweiten Einzelübersicht sind die Ergebnisse der Jahre 1999 und 2000 für die Kommunen in den einzelnen Bundesländern abgebildet. Die dritte Einzelübersicht informiert über die prozentuale Veränderung der Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Jahres 2000 gegenüber dem Jahr 1999. Hier sind die Ergebnisse zusammengefasst dargestellt nach alten und neuen Ländern sowie differenziert ausgewiesen nach einzelnen Bundesländern. Die Einzelübersichten 2 und 3 ermöglichen eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung der kommunalen Finanzen in den jeweiligen Bundesländern (in Absolutbeträgen und mit den jeweiligen Veränderungsdaten im Vorjahresvergleich).

- Das **Tabellenblatt 3** enthält eine zusammenfassende Darstellung der Tabellenblätter 1 und 2 für das Jahr 2000 und informiert über die Finanzierungssalden in den einzelnen Ländern.
- Im **Tabellenblatt 4** sind die Finanzierungssalden und die Nettokreditaufnahme der Kommunen in den einzelnen Ländern gegenüber gestellt. Diese Übersicht gibt Aufschluss darüber, inwieweit im Jahr 2000 ein Finanzierungsüberschuss zur Tilgung von Schulden eingesetzt werden konnte.
- Das **Tabellenblatt 5** ermöglicht einen Ländervergleich der „langfristigen Schulden“ und der Kassenkredite, die zum Ende des Jahres 2000 auf einen Einwohner entfielen.

- Das **Tabellenblatt 6.5** stellt die Höhe der Einnahmen aus Gewerbesteuer (netto) und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner der Kommunen eines Landes dar. Damit ist ein Steuerkraftvergleich unter den Ländern möglich.
- **Tabellenblatt 9** ermöglicht ebenfalls einen Ländervergleich – und zwar hinsichtlich der Höhe der Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner.
- Einen Ländervergleich enthält auch das **Tabellenblatt 16.1** – und zwar hinsichtlich der Ausgaben für soziale Leistungen je Einwohner und deren Veränderung im Vorjahresvergleich.
- Das **Tabellenblatt 6.6** zeigt die Struktur des gesamten gemeindlichen Steueraufkommens. Dargestellt ist zum einen, wie hoch der Anteil der Bundesländer am gemeindlichen Steueraufkommen der gesamten Bundesrepublik ist. Da es zwischen den alten und den neuen Ländern große Unterschiede hinsichtlich der gemeindlichen Steuerkraft gibt, wurde eine Differenzierung nach alten und neuen Ländern vorgenommen.
- **Tabellenblatt 6.7** zeigt die Struktur der Steuereinnahmen nach Steuerarten. Zum einen sind die Absolutbeträge ausgewiesen, die auf die einzelnen Steuerarten in den alten und den neuen Ländern sowie in Gesamtdeutschland entfallen, zum anderen sind die prozentualen Anteile der Steuerarten am gesamten gemeindlichen Steueraufkommen der Bundesrepublik und der Kommunen in den alten und neuen Ländern dargestellt.
- Die **Tabellenblätter 6.8 und 6.9** zeigen, wie hoch der Anteil der einzelnen Steuerarten am gesamten gemeindlichen Steueraufkommen der einzelnen Bundesländer ist.
- **Tabellenblatt 16.2** zeigt die Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen. Auch hier wurde eine Differenzierung zwischen alten und neuen Ländern vorgenommen.

Die Kommunalfinanzstatistik weist die Haushaltsergebnisse der Kommunen der Flächenländer nach; die Ergebnisse der Stadtstaaten sind im vorliegenden Datenmaterial nicht enthalten. In der Kommunalfinanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben zu dem Zeitpunkt erfasst, zu dem sie anfallen, unabhängig davon, ob die Zahlungen dem Grunde nach einem anderen Rechnungsjahr zuzuordnen sind. Dabei gehen die Determinanten der finanzstatistischen Entwicklung aus der Kassenstatistik nicht hervor. Informationen über die Haushaltsentwicklung in Städten und Gemeinden unterschiedlicher Einwohnerzahl gehen ebenfalls aus der Statistik nicht hervor. Entsprechendes Datenmaterial, das einen differenzierten Überblick über die Entwicklung der Kommunalfinanzen nach Gemeindegrößenklassen in den einzelnen Ländern gibt, liegt auf Bundesebene nicht vor, sondern ist bei den Statistischen Landesämtern erhältlich.

Ein Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenpositionen seit dem Jahr 1998, die mit den vorliegenden Daten des Jahres 2000 verglichen werden kann, ist anhand der Auswertung der Kommunalfinanzergebnisse 1999 möglich¹.

¹ Vgl. „DStGB-Analyse zu Kommunalfinzen – Weiterhin West-Ost-Gefälle bei Steuereinnahmen“, DStGB-Dokumentation Nr. 14, eingestellt als pdf-Datei auf der Homepage des DStGB, www.dstgb.de, in der Rubrik „Dokumentationen“ (www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/artikel/dokumentation/analyse_zu_kommunalfinanzern/doku14.pdf).

Die Einzelergebnisse im Überblick

1 Einnahmen

Für die Gesamtheit der Kommunen hat sich im Jahr 2000 gegenüber dem Jahr 1999 ein Einnahmezuwachs von nur +0,4 % ergeben. Die Einnahmen der Kommunen der alten Länder sind um +1,0 % gestiegen, während die Einnahmen der Kommunen in den neuen Ländern erneut gesunken sind (-1,9 %).

Wie bereits im Vorjahr ist der Einnahmezuwachs der Kommunen der alten Länder vor allem auf die gute Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurückzuführen. Außerdem erhöhten sich auch die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich deutlich.

Der Einnahmerückgang in den Kommunen der neuen Länder ergibt sich vor allem durch geringere Investitionszuweisungen, auf die die Gemeinden der neuen Länder zur Finanzierung ihrer Haushalte in hohem Maße angewiesen sind. Aber vor allem die Rückgänge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Gebühreneinnahmen bewirkten den Einnahmerückgang in den Kommunen der neuen Länder.

2 Ausgaben

Die Ausgabenentwicklung im Jahr 2000 ist erneut gekennzeichnet durch einen strikten Konsolidierungskurs. So stagnierten die Ausgaben im Jahr 2000 bundesweit etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,7 %), wobei jedoch auch hier die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich verlief: Während die Kommunen der alten Länder einen Ausgabenzuwachs von +1,6 % aufwiesen, verzeichneten die Kommunen der neuen Länder einen Rückgang von -3,2 %. Zurückzuführen ist der Rückgang in den neuen Ländern – wie auch im Vorjahr – vor allem auf geringere Investitions- und Personalausgaben. Auch die Zinsausgaben und die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand waren rückläufig.

3 Finanzierungssaldo

Insgesamt haben die Kommunen mehr eingenommen als ausgegeben, so dass sich auch im Jahr 2000 ein Finanzierungsüberschuss ergab. Allerdings fielen die Überschüsse erneut regional unterschiedlich an. Während die Kommunen der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen per Saldo einen Finanzierungsüberschuss verzeichnen konnten, schlossen die Haushalte der Kommunen in Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und im Saarland – wie bereits im Vorjahr – mit einem Finanzierungsdefizit ab.

Wie auch im Vorjahr entwickelten sich die Kommunalhaushalte in den jeweiligen Ländern unterschiedlich – je nachdem, in welchem Umfang die Gemeinden am Zuwachs des gemeindlichen Steueraufkommens partizipierten. Dies macht ein Blick auf die Struktur des Finanzierungssaldos deutlich. Neben den kreisfreien Städten erzielten in den alten Ländern per Saldo die Landkreise Finanzierungsüberschüsse, was neben der Entwicklung der Steuereinnahmen, erneut auf erhebliche Konsolidierungserfolge und Veräußerungsaktivitäten zurückzuführen war. In den neuen Ländern, in denen die Gemeinde- und Wirtschaftsstrukturen etwas anders aussehen als in den alten Ländern, entfiel der Finanzierungsüberschuss auf die kreisangehörigen Gemeinden und die Landkreise, während die kreisfreien Städte per Saldo ein Finanzierungsdefizit aufwiesen.

4 Netto-Kreditaufnahme

Insgesamt erzielten die Kommunen Deutschlands im Jahr 2000 einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von knapp 3,8 Mrd. DM, wobei der Überschuss der Kommunen in den alten Ländern bei gut 3,5 Mrd. DM und in den neuen Ländern bei knapp 300 Mio. DM lag.

Wie bereits in den beiden Vorjahren fiel auch im Jahr 2000 der Finanzierungsüberschuss der alten Länder regional konzentriert an und beschränkte sich auf einige Kommunen. Ein Indiz hierfür ist bspw., dass der Finanzierungsüberschuss in Höhe von etwa 3,5 Mrd. DM kaum zur Schuldentilgung eingesetzt wurde. Mit nur 760 Mio. DM wurden nur etwa 20 % des gesamten Überschusses zur Tilgung kommunaler Schulden eingesetzt. Damit tilgten die Kommunen im Jahr 2000 am Kapitalmarkt zwar einen größeren Schuldenbetrag als im Vorjahr (73 Mio. DM) jedoch waren die Kommunen andererseits am Jahresende 2000 deutlich höher über Kassenkredite verschuldet, so dass die Gesamtverschuldung per 31.12.2000 nicht zurückging, sondern sogar zunahm.

Ein Blick auf die Herkunft und Verwendung des Finanzierungsüberschusses nach Ländern zeigt, dass Überschüsse in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen erzielt wurden, während nur in Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Thüringen mit Hilfe dieser Überschüsse per Saldo Schulden getilgt werden konnten. Dabei wurden vor allem einmalige Veräußerungserlöse von den Kommunen zur Entschuldung eingesetzt.

Wie auch Jahr zuvor wirkten sich im Jahr 2000 die Überschüsse einiger Kommunen, die hohe Steuereinnahmen und Veräußerungserlöse erzielt haben, überproportional auf das Gesamtergebnis aus, während die Mehrheit der Kommunen nach wie vor den Haushaltsausgleich nicht erreichen konnte und Finanzierungsdefizite zu verzeichnen hatte.

Die Kommunen der neuen Länder konnten im Jahr 2000 erstmals einen Finanzierungsüberschuss erzielen, was weniger auf eine gute Entwicklung der Steuereinnahmen oder Veräußerungserlöse als vielmehr auf eine strikte Ausgabenbegrenzung zurückzuführen war. Per Saldo gelang es auch den Kommunen in den neuen Ländern, Schulden zu tilgen. Jedoch konnten auch hier nur knapp 10 % des Überschusses in Höhe von 265 Mio. DM für die Tilgung von Schulden am Kapitalmarkt eingesetzt werden. An dieser Relation wird, deutlich, dass auch in Ostdeutschland die Entwicklung sowohl unter den einzelnen Ländern als auch innerhalb eines jeweiligen Landes unterschiedlich verlief. Während die Kommunen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns ihre Netto-Neuverschuldung am Kapitalmarkt ausweiteten, konnten die Kommunen Thüringens diese zurückfahren. In Sachsen und Sachsen-Anhalt lagen die kommunalen Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt annähernd auf Vorjahresniveau mit leicht abnehmender Tendenz.

Um ein vollständiges Bild von der kommunalen Verschuldungssituation zu erhalten, sind nicht nur die Kredite am Kapitalmarkt („langfristige Schulden“) sondern auch die formal kurzfristigen Kassenkredite zu berücksichtigen. Demzufolge ist die Verschuldungssituation auch in den neuen Ländern deutlich zu relativieren, denn während am Kapitalmarkt per 31.12.2000 Schulden in Höhe von 25 Mio. DM getilgt wurden², nahm

² Geringe Abweichungen zur Abbildung 5.1 ergeben sich infolge unterschiedlicher Berücksichtigung der inneren Darlehen. Während die Abbildung 4 die Verschuldung über innere Darlehen berücksichtigt, sind diese in der Abbildung 5.1 nicht enthalten.

die Verschuldung über Kassenkredite im Vergleich zum Jahresende 1999 um 310 Mio. DM zu, so dass sich – trotz des Finanzierungsüberschusses und einer weitgehenden Stagnation der Schulden am Kapitalmarkt – auch weiterhin das Bild einer angespannten Haushaltslage zeigt.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die in der Statistik erfassten Schulden durch Ausgliederungseffekte verzerrt sein können. Je mehr Einrichtungen mit hohem Schuldenstand in den einzelnen Bundesländern ausgliedert wurden, um so geringer ist der in der Kommunalfinanzstatistik verbleibende „sichtbare“ Teil der gesamten kommunalen Verbindlichkeiten. Im Vergleich zum Jahr 1999 hat sich jedoch im Jahr 2000 der Ausgliederungstrend deutlich abgeschwächt.

5 Schuldenstand per 31.12.2000

Ein Ländervergleich zeigt, dass die „langfristigen Schulden“ der Kommunen am Kapitalmarkt je Einwohner zum Jahresende in Ost- und Westdeutschland auf annähernd gleichem Niveau lagen. Während auf die Kommunen in Westdeutschland auf einen Einwohner Kapitalmarktschulden in Höhe von 2.265 DM entfielen, war dieser Betrag in den neuen Ländern mit 2.234 DM nur um 31 DM geringer.

Anders sieht die Situation bei den Kassenkrediten aus: Kassenkredite sind formal kurzfristige Kredite, die jedoch – aufgrund der restriktiven Verschuldungsmöglichkeiten infolge des Gemeindehaushaltsrechts – faktisch oftmals der dauerhaften Finanzierung der Kommunalhaushalte dienen. Vereinfacht gesagt, werden die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen innerhalb Deutschlands annähernd wiedergegeben durch die Abweichungen in der Höhe der Kassenkredite je Einwohner. Während die Kommunen des Saarlandes, in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zum Jahresende 2000 die höchsten Kassenkredite je Einwohner aufwiesen, waren diese in Baden-Württemberg, Thüringen, Schleswig-Holstein und Sachsen am niedrigsten. Insgesamt standen zum Jahresende 2000 Kassenkredite je Einwohner in Höhe von 209 DM in den Büchern der Kommunen Westdeutschlands, während dieser Betrag in den Kommunen der neuen Länder mit 67 DM (noch) deutlich geringer ausfiel.

5.1 „Langfristige Schulden“

Der Bestand „langfristiger Schulden“, die die Kommunen am Kreditmarkt, bei Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Bereichen (ohne innere Darlehen) aufgenommen hatten, lag zum 31.12.2000 mit 172,65 Mrd. DM nur um 260 Mio. DM unter dem Vorjahresniveau (172,91 Mrd. DM). Dies entspricht einem Rückgang von -0,2 %.

5.2 „Langfristige Schulden“ je Einwohner

Gemessen in DM je Einwohner gingen damit die „langfristigen Schulden“ der Kommunen per 31.12.2000 im Vorjahresvergleich um 7 DM auf 2.260 DM zurück.

5.3 „Kurzfristige Schulden“

Während die „langfristigen Schulden“ zum 31.12.2000 leicht zurückgingen (-0,2 %), mußte die Kassenkreditaufnahme massiv ausgeweitet werden (+20,2 %). Da davon auszugehen ist, dass nicht etwa Zinsentwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt oder Zinserwartungen der Kämmerer eine Umschichtung der langfristigen Verbindlichkeiten in kurzfristige Kredite bewirkten, ist im massiven Anstieg der Kassenkredite ein Indiz für unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sehen.

Die Bedeutung einer hohen Kassenkreditaufnahme als Indiz für mangelnde finanzielle Leistungsfähigkeit wird vor allem deutlich vor dem Hintergrund des restriktiven Gemeindehaushaltsrechts. Dieses beschränkt die Aufnahme „ordentlicher“ Schulden am Kapitalmarkt in Abhängigkeit von der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen („freie Spitze“). Ist die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit nicht gegeben, d.h. steht die Tilgung „ordentlicher Schulden“ am Kapitalmarkt in Frage, bleibt den Kommunen oftmals nur noch der Griff zum Kassenkredit. Damit sind Kassenkredite vielfach der letzte Ausweg der Kommunen, laufende Ausgaben zu decken und handlungsfähig zu bleiben.

5.4 „Kurzfristige Schulden“ je Einwohner

Gemessen in DM je Einwohner stockten die Kommunen bundesweit ihre Kassenkredite per 31.12.2000 im Vorjahresvergleich um gut 20 % auf. Damit stieg der Betrag, der zum Jahresende auf einen Einwohner entfiel, um 31 DM auf 183 DM.

In den Kommunen der alten Länder erhöhte sich der Kassenkreditbestand per 31.12.2000 im Vergleich zum Vorjahr um 18,4 % (um 32 DM auf 209 DM). In den Kommunen der neuen Länder nahmen die Kassenkredite je Einwohner sogar um 51 % (um 23 DM auf 67 DM) zu, allerdings auf etwas geringerem Niveau als in den alten Ländern.

5.5 „Lang- und kurzfristige Schulden“

Ein Blick auf die kommunale Verschuldungssituation unter Einbeziehung der Kassenkredite relativiert somit das Bild der Kommunalfinanz- und Schuldenstatistik, wonach der Eindruck erweckt wird, die Kommunen hätten im Jahr 2000 per Saldo Schulden abbauen können. Berücksichtigt man sowohl die kurzfristigen Kassenkredite als auch die langfristigen Kredite am Kreditmarkt, bei Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Bereichen zum 31.12.2000, so zeigt sich ein Anstieg der kommunalen Schulden um +1,1 % auf 186,66 Mrd. DM im Vergleich zum 31.12.1999.

5.6 „Lang- und kurzfristige Schulden“ je Einwohner

Auf einen Einwohner der Flächenländer entfielen damit bundesweit zum 31.12.2000 kommunale Schulden in Höhe von 2.443 DM, was auf einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 23 DM hinausläuft. Relativ stärker gestiegen ist – aufgrund der stärkeren Ausweitung der Kassenkreditaufnahme – der Gesamtschuldenstand je Einwohner in den neuen Ländern (um 48 DM oder +2,1 %, alte Länder: um 18 DM oder +0,7 %).

6 Steuereinnahmen (netto)

Das gemeindliche Steueraufkommen nahm im Jahr 2000 mit +1,7 % deutlich verhalten zu als im Vorjahr (+5,0 %). Dabei schlug sich das Ergebnis der Gemeinden der alten Länder (+1,9 % auf 93,3 Mrd. DM) überproportional auf das Gesamtergebnis nieder, denn das gemeindliche Steueraufkommen in den neuen Ländern stagnierte etwa auf Vorjahresniveau (+0,1 % auf 8,25 Mrd. DM).

Während im Jahr 1999 die Aufkommensentwicklung in allen Bundesländern einheitlich positiv verlief, ist das Bild im Jahr 2000 vielschichtiger. Insgesamt profitierten im Jahr 2000 die Gemeinden der alten Länder von einer guten Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (+5,3 %), während dieser in den neuen Ländern rückläufig war (-13,2 %). Andererseits entwickelte sich die Gewerbesteuer (netto) in den neuen Ländern günstiger (+8,2 %) als in den alten Ländern (-1,4 %). Da die Zuwächse in den neuen Ländern jedoch nach wie vor auf geringem Niveau erfolgten, resultierte

aus einer positiven Aufkommensentwicklung in Ostdeutschland nicht gleichzeitig eine nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzkraft!

6.1 Gewerbesteueraufkommen (netto)

Die Gewerbesteuer (netto) entwickelte sich in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich: Während die Aufkommensentwicklung in den alten Ländern rückläufig war (um -1,4 % auf 34,83 Mrd. DM), konnten die Gemeinden der neuen Länder einen Zuwachs verzeichnen (+8,2 % auf 3 Mrd. DM). Allerdings ist die positive Entwicklung der Netto-Gewerbesteuer in Ostdeutschland vor dem Hintergrund des Rückgangs im Vorjahr zu sehen (-2,7 %), der sich durch die Einführung der Gewerbesteuerumlage (infolge der Nichterhebung der Gewerbekapitalsteuer und der gleichzeitigen Gewährung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer) ergeben hatte. In Kombination mit dem niedrigen Ausgangsniveau ist die Gewerbesteuerentwicklung in den neuen Ländern daher deutlich zu relativieren.

Bundesweit war das Aufkommen aus der Gewerbesteuer (netto) im Jahr 2000 mit -0,7 % (auf 37,83 Mrd. DM) leicht rückläufig. Dieses Ergebnis wird durch den Verlauf der Gewerbesteuer in den alten Ländern geprägt und resultiert vor allem aus einer überzeichneten Aufkommensentwicklung im Vorjahr. Hohe Steuerzahlungen der Unternehmen im Jahr 1999 (Nach- und Vorauszahlungen) machen nunmehr geringere Nachzahlungen seitens der Unternehmen bzw. teilweise sogar Erstattungen seitens der Gemeinden erforderlich.

6.2 Gewerbesteueraufkommen (netto) je Einwohner

Gemessen in DM je Einwohner ging das Gewerbesteueraufkommen in den Städten und Gemeinden der alten Länder um -1,8 % (um 10 DM auf 558 DM) zurück, während die Gemeinden der neuen Länder einen Anstieg ihrer Pro-Kopf-Gewerbesteuer-einnahmen (netto) von +8,8 % (um 17 DM auf 215 DM) verzeichnen konnten. Damit lagen auch im Jahr 2000 die Netto-Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner in den neuen Ländern immer noch deutlich unter dem Westniveau – und zwar bei 38,5 % (Vorjahr: 34,9 %).

Da diese Veränderungsdaten auf der Basis der Einwohnerstände per 31.12.1998 und 31.12.1999 berechnet wurden, kommt in den unterschiedlich hohen Veränderungsdaten des Gesamtaufkommens einerseits und der DM-Beträge je Einwohner andererseits zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern die Einwohnerzahlen im Laufe des Jahres 1999 zurückgegangen sind (-0,5 %), während die alten Länder einen Zuwachs ihrer Bevölkerung (+0,3 %) verzeichnen konnten.

Insgesamt ist die Bevölkerung im Laufe des Jahres 1999 erneut in allen neuen Ländern – bis auf Brandenburg (+0,42 %) – zurückgegangen. Die höchsten Rückgänge hatte wiederholt Sachsen-Anhalt (-0,96 %) zu verzeichnen, gefolgt von Sachsen (-0,66 %), Thüringen (-0,56 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-0,52 %).

Die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1999 in den alten Ländern ist gekennzeichnet durch Zuwächse in allen Bundesländern – bis auf das Saarland (-0,25 %). Die höchsten Zuwächse verzeichneten Bayern (+0,57 %) und Baden-Württemberg (+0,48 %), gefolgt von Niedersachsen (+0,42 %), Schleswig-Holstein (+0,41 %), Hessen (0,28 %), Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz (jeweils +0,14 %)

6.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Während die Gewerbesteuerereinnahmen in den Kommunen der neuen Länder anstiegen, verlief die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die Haushalte der Städte und Gemeinden weniger erfreulich, wodurch sich letztlich auch die Stagnation des Gesamtsteueraufkommens in Ostdeutschland ergibt. Insgesamt reduzierte sich das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den neuen Ländern um -13,2 %. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM auf 270 DM für das erste und zweite Kind, die als Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Familienleistungsausgleich vorgenommen wurde. Aufgrund des relativ geringeren Einkommensniveaus sowie der höheren Fallzahlen in den neuen Ländern schlugen sich sämtliche familienpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs überproportional negativ in den öffentlichen Haushalten der neuen Länder nieder.

Bei der Betrachtung der Einkommensteuerentwicklung im Ländervergleich ist darauf hinzuweisen, dass der hohe Rückgang in Sachsen-Anhalt im Jahr 2000 (-27,8 %) vor dem Hintergrund eines überzeichneten Anstiegs im Vorjahr (+33,0 %) zu sehen ist. So wurde in Sachsen-Anhalt eine hohe Abschlusszahlung für das Jahr 1998 erst im Jahr 1999 kassenwirksam, wodurch optisch eine Aufkommenserhöhung im Jahr 1999 und daraus resultierend eine -minderung im Jahr 2000 bewirkt wird.

Zuwächse beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergaben sich per Saldo für die Gemeinden der alten Länder (+5,3 %), wobei sich unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern zeigten.

Bundesweit stieg das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um +4,1 %.

6.4 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner

Gemessen in DM je Einwohner ging das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in den Städten und Gemeinden der neuen Länder um -12,8 % (um 24 DM auf 161 DM) zurück, während die Gemeinden der alten Länder einen Anstieg ihrer Pro-Kopf-Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von +4,9 % (um 29 DM auf 630 DM) verzeichnen konnten. Damit lag auch im Jahr 2000 das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner in den neuen Ländern immer noch deutlich unter dem Westniveau. Durch die Kindergelderhöhung sowie infolge steuerpolitischer Maßnahmen, die sich vor allem in den unteren Einkommensklassen auswirken, konnten die Städte und Gemeinden in Ostdeutschland im Jahr 2000 nur noch 25,5 % des Betrages beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einnehmen, den die Kommunen in Westdeutschland im Durchschnitt je Einwohner verzeichnen konnten. Damit sank die Bedeutung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer je Einwohner im Ost-West-Vergleich um 5,3 %punkte gegenüber 1999, denn im Jahr 1999 konnten die ostdeutschen Städte und Gemeinden noch 30,8 % des Westniveaus je Einwohner einnehmen. Künftige familienpolitische Maßnahmen, wie bspw. die bevorstehende 2. Stufe der Umsetzung des BVerfG-Urteils zum Familienleistungsausgleich, werden erneut stärker zu Lasten der öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern gehen und damit die Ost-West-Relation weiter verschlechtern.

6.5 Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner

Die beiden wichtigsten Steuerarten für die Finanzierung der Städte- und Gemeindehaushalte sind die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Tendenziell ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für die Haushalte kleinerer Städte und Gemeinden relativ bedeutsamer, während die Gewerbesteuer die wichtigste Steuerquelle großstädtischer Haushalte ist.

Bezogen auf die Einwohner der Kommunen in den Bundesländern hatte im Jahr 2000 die Gewerbesteuer in Hessen mit 737 DM je Einwohner (DM/EW) das stärkste Gewicht, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (605 DM/EW) und Baden-Württemberg (574 DM/EW). Im bundesdeutschen Durchschnitt standen den Kommunen im Jahr 2000 Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 495 DM je Einwohner zur Verfügung. Die Kommunen der neuen Länder lagen mit durchschnittlich 215 DM je Einwohner 280 DM erneut deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Mit einem Betrag von 237 DM/EW (Brandenburg) bis 175 DM/EW (Thüringen) standen den Kommunen der neuen Länder pro Einwohner deutlich weniger Gewerbesteuereinnahmen zur Verfügung als den Kommunen der alten Länder, bei denen die Spannweite der Gewerbesteuerkraft je Einwohner jedoch deutlich größer war (von 737 DM/EW in Hessen bis 328 DM/EW im Saarland).

Ähnlich sieht die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus. Die Kommunen Hessens lagen mit einem Betrag von 804 DM je Einwohner vor Baden-Württemberg (694 DM/EW) und Bayern (674 DM/EW) an der Spitze, während die Kommunen der neuen Länder durchschnittlich nur einen Betrag von etwa 161 DM je Einwohner erhielten. Dies sind 469 DM weniger als die Kommunen der alten Länder durchschnittlich pro Einwohner aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einnehmen konnten.

6.6 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Bundesländern

Der Anteil der neuen Länder an den gesamten gemeindlichen Steuereinnahmen (ohne Stadtstaaten) ging im Jahr 2000 um 0,2 %punkte auf 8,1 % gegenüber dem Vorjahr zurück. An dieser Relation wird deutlich, dass die originäre Steuerkraft der Kommunen der neuen Länder nach wie vor sehr gering ist.

Das Gros des gesamtdeutschen gemeindlichen Steueraufkommens entfiel auf die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (27,7 %), Bayern (18,0 %), Baden-Württemberg (16,3 %) und Hessen (11,1 %). Auf die Kommunen in Niedersachsen entfiel ein Anteil von 9,6 % gefolgt von Rheinland-Pfalz (4,9 %), Schleswig-Holstein (3,2%) und Sachsen (2,8 %).

Das gemeindliche Steueraufkommen der alten Länder wurde überwiegend in Nordrhein-Westfalen (30,1 %), Bayern (19,6 %) und Baden-Württemberg (17,7 %) erbracht. Das gemeindliche Steueraufkommen der neuen Länder entfiel zu 34,1 % auf die Kommunen des Freistaates Sachsen. Die Kommunen der Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern trugen jeweils mit einem Anteil von 20,2 %, 18,2 %, 15,1 % und 12,4 % zum gemeindlichen Steueraufkommen der neuen Länder bei.

6.7 Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens – nach Steuerarten

Für die Kommunen der alten Länder ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einem Anteil von 42,2 % an den gesamten gemeindlichen Steuereinnahmen die

wichtigste Steuerquelle. Auf die Gewerbesteuer entfällt ein Anteil von 37,3 %. Die Grundsteuer B und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer tragen mit jeweils 13,8 % und 4,7 % zum gemeindlichen Steueraufkommen der alten Länder bei.

Etwas anders sehen die Relationen für die Kommunen der neuen Länder aus. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit 27,3 % von vergleichsweise geringerer Bedeutung als in den alten Ländern. Der Anteil der Gewerbesteuer an den gemeindlichen Steuereinnahmen der neuen Länder liegt dagegen bei 36,4 % und reicht damit nahezu an die Relation der alten Länder heran. Die geringe Ertragsteuerkraft der Gemeinden in den neuen Ländern kommt bspw. auch in der vergleichsweise hohen Bedeutung der Grundsteuer (23,5 %) und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (9,7 %) zum Ausdruck.

6.8 Anteil der Grundsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen

Die Bedeutung der Grundsteuer für das gemeindliche Steueraufkommen ist relativ gering. Auf die Grundsteuer A entfiel im Jahr 2000 ein Anteil von 0,6 % am gemeindlichen Steueraufkommen, wobei ihr in den einzelnen Ländern jeweils eine recht unterschiedliche Bedeutung zukam. Vor allem in Ländern mit ausgedehnten land- und forstwirtschaftlichen Flächen und gleichzeitig geringerer Bedeutung der ertrags- und einkommensabhängigen Steuern steigt die Rolle der Grundsteuer für die Finanzierung der Kommunalhaushalte (s. bspw. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern oder Niedersachsen und Schleswig-Holstein).

Der Anteil der Grundsteuer B am gemeindlichen Steueraufkommen lag im Bundesdurchschnitt bei 14,6 %, wobei – wie bei der Grundsteuer A – auch deren Rolle mit zunehmender Bedeutung der ertrags- und einkommensabhängigen Steuern sinkt (s. bspw. Hessen).

6.9 Anteil der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer am gemeindlichen Steueraufkommen

Die Gewerbesteuer war im Jahr 2000 vor allem für die Kommunen des Landes Hessen mit einem Anteil von 39,7 % am gemeindlichen Steueraufkommen des Landes Hessen und für die Kommunen Nordrhein-Westfalens (38,7 %) von Bedeutung. Auch in den neuen Ländern spielte die Gewerbesteuer – aufgrund der Schwäche des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer in Ostdeutschland – für das gemeindliche Steueraufkommen eine relativ hohe Bedeutung (Sachsen-Anhalt: 37,8 %, Brandenburg: 37,1 %).

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer spielte im Jahr 2000 die größte Rolle für die Gemeinden Schleswig-Holsteins (45,6 %), gefolgt von Bayern (44,9 %), Baden-Württemberg (44,0 %), Hessen (43,2 %) und dem Saarland (41,7 %). Von deutlich geringerer Bedeutung war der Einkommensteueranteil im Jahr 2000 für die kommunalen Haushalte der fünf neuen Länder (im Durchschnitt 27,3 %).

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer spielte auch im Jahr 2000 trotz seines geringen Aufkommens in den neuen Ländern (in die neuen Länder fließen nur 15 % des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer) für die Finanzierung der Gemeindehaushalte eine relativ größere Rolle (9,7 %) als in den alten Ländern (4,7 %).

7 Schlüsselzuweisungen

Bundesweit haben die Länder die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2000 um +6,5 % erhöht, wobei sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zeigen. Dieser Zuwachs entfiel – wie bereits im Vorjahr –

mit +8,1 % überwiegend auf die Kommunen der alten Länder. In den Kommunen der neuen Länder wuchsen die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen nur um +3,0 %. Gleichzeitig ist der Einnahmeanstieg in den neuen Ländern vor dem Hintergrund des Rückgangs im Vorjahr (-2,7 %) zu relativieren.

8 Investitionszuweisungen

Rückläufig waren im Jahr 2000 bundesweit erneut die Zuweisungen der Länder für Investitionen (-1,1 % nach einem Rückgang im Vorjahr um -3,8 %). Jedoch waren die Kommunen der alten und neuen Länder von diesen Zuweisungsverlusten unterschiedlich betroffen: Während die Länder des früheren Bundesgebietes ihre Investitionszuweisungen an die Kommunen ausweiteten (+3,9 %), mußten die Kommunen der fünf neuen Länder erhebliche Kürzungen ihrer investiven Zuweisungen hinnehmen (-7,5 %).

Hinzuweisen ist bei der Interpretation der Ergebnisse darauf, dass die Stagnation der Zuweisungen für Investitionen an die Saarländischen Kommunen vor dem Hintergrund des hohen Rückganges im Vorjahr (-45,0 %) zu sehen ist, ebenso verliert der Anstieg in Baden-Württemberg um +6,9 % anhand der Vorjahresentwicklung (-13,9 %) an Bedeutung. Auch die erneut rückläufigen Investitionszuweisungen an die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns (-2,9 %), Brandenburgs (-10,3 %) und Sachsen-Anhalts (-8,3 %) sind im Zusammenhang mit der Vorjahresentwicklung zu sehen und insofern kritisch zu beurteilen³.

9 Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner

Die geringe Steuerkraft der Gemeinden der neuen Länder führt zu einer hohen Abhängigkeit vom kommunalen Finanzausgleich und spiegelt sich in hohen Zuweisungsvolumina wider. Während im Jahr 2000 nur etwa 8 % der gemeindlichen Steuereinnahmen auf die neuen Länder entfielen, waren die Gemeinden der neuen Länder mit gut 33 % an den Zuweisungen beteiligt.

Bezogen auf einen Einwohner bekamen die Kommunen der neuen Länder im Jahr 2000 nur 591 DM an Steuern, während die Kommunen der alten Länder 1.494 DM je Einwohner einnehmen konnten. Damit ist das gemeindliche Pro-Kopf-Steueraufkommen der alten Länder – wie auch im Vorjahr – etwa 2 ½ mal so hoch wie das der neuen Länder.

Die geringe Steuerkraft der Kommunen der neuen Länder spiegelt sich in einer hohen Zuweisungsabhängigkeit wider und kommt in hohen Zuweisungsbeträgen je Einwohner zum Ausdruck. So haben die Kommunen der neuen Länder mit 1.506 DM je Einwohner mehr als den doppelten Betrag an Zuweisungen bekommen, der auf die Kommunen der alten Länder entfiel, die nur 670 DM/EW erhielten (Zuweisungen = Schlüsselzuweisungen + Investitionszuweisungen).

Die niedrigsten Zuweisungsbeträge je Einwohner erhielten auch im Jahr 2000 die Bayerischen Kommunen (491 DM). Die Kommunen Sachsen-Anhalts bekamen mit durchschnittlich 1.738 DM die höchsten Zuweisungsbeträge je Einwohner.

Bei der Interpretation der Zuweisungsbeträge je Einwohner ist darauf zu achten, dass der „Kommunalisierungsgrad“ – im Sinne einer Aufgabenteilung zwischen Land und

³ Vgl. DStGB-Dokumentation Nr. 14, „DStGB-Analyse zu Kommunalfinzen – Weiterhin West-Ost-Gefälle bei Steuereinnahmen“, Tabellenblatt 7, eingestellt als pdf-Datei auf der Homepage des DStGB, www.dstgb.de, in der Rubrik „Dokumentationen“ (www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/artikel/dokumentation/analyse_zu_kommunalfinzen/doku14.pdf).

Kommunen – nach dem sich die Höhe der erforderlichen Finanzausstattung richtet, von Land zu Land unterschiedlich ist. Insofern unterscheidet sich auch die Finanzausstattung der Kommunen von Land zu Land, die in Form von Zuweisungen über den kommunalen Finanzausgleich gewährt wird.

Da Steuereinnahmen und Zuweisungen den Kern der kommunalen Finanzausstattung bilden, ist ein Blick auf die Summe dieser beiden Einnahmearten je Einwohner aufschlussreich. Festzustellen ist, dass die Summe aus Zuweisungen und Steuereinnahmen je Einwohner in den alten und neuen Ländern im Jahr 2000 nicht gravierend voneinander abwich. In der Summe bekamen die Kommunen der alten Länder mit 2.163 DM jedoch 66 DM je Einwohner mehr als die Kommunen der neuen Länder (2.097 DM), was auf die bessere Entwicklung der Steuereinnahmen im Westen ebenso zurückzuführen ist wie auf die höheren Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich.

Die Bedeutung der Ertragsteuern (Gewerbesteuer, Einkommensteuer) für die Haushalte der Städte und Gemeinden spiegelt sich auch in der Höhe der Steuereinnahmen je Einwohner wider. Die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern lagen mit Pro-Kopf-Beträgen zwischen 1.859 DM und 1.501 DM an der Spitze. Die niedrigsten Steuereinnahmen je Einwohner hatten die Gemeinden der neuen Länder mit Beträgen zwischen 509 DM (Thüringen) und 639 DM (Brandenburg) zu verzeichnen.

10 Verwaltungs- und Benutzungsgebühren

Bundesweit gingen die kommunalen Verwaltungs- und Benutzungsgebühren im Jahr 2000 um $-0,7\%$ zurück. Auf die Kommunalhaushalte der neuen Länder entfiel ein Rückgang von $-3,8\%$, während der Rückgang in den alten Ländern mit $-0,3\%$ nicht ganz so stark ausfiel.

Bei der Interpretation der Entwicklung der Gebühreneinnahmen in den einzelnen Ländern müssen zwar Ausgliederungseffekte beachtet werden. Der Ausgliederungstrend hat sich im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich abgeschwächt, so dass auch bei Berücksichtigung von Ausgliederungen von einem rückläufigen Gebührenaufkommen auszugehen ist. Ursächlich für die Gebührenrückgänge im Jahr 2000 waren vor allem Verfahrensvereinfachungen bei den Baugenehmigungen sowie rückläufige Abfall- und Entsorgungsmengen. Aufkommenserhöhend wirkte sich dagegen die Energieverteuerung durch die Einführung der Ökosteuern per 01.04.1999 (erste Stufe) und 01.01.2000 (zweite Stufe) aus.

11 Personalausgaben

Die Entwicklung der kommunalen Personalausgaben ist auch im Jahr 2000 durch fortgesetzte Haushaltskonsolidierung gekennzeichnet. Trotz der Tarifvereinbarungen⁴ stiegen die Personalausgaben im Jahr 2000 bundesweit nur um $+0,5\%$, wobei das

⁴ Tarifabschluss 1999: Anhebung der Vergütungen für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst ab 01.04.1999 um $+3,1\%$ sowie Einmalzahlungen für Januar bis März 1999 in Höhe von 300 bzw. 258 DM und entsprechende Erhöhung der Beamtenbesoldung um $+2,9\%$ per 01.06.1999. Tarifabschluss 2000: Anhebung der Vergütungen für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst ab 01.08.2000 um $+2,0\%$ sowie Einmalzahlungen für die Monate April bis Juli 2000 in Höhe von jeweils 100 DM sowie Einmalzahlungen für Beamte in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 11 für die Monate September bis Dezember 2000 in Höhe von jeweils 100 DM. Auch die Besoldungserhöhung für Beamte um $1,8\%$ zum 01.01.2001 wirkte sich kassenmäßig bereits auf die Personalausgaben des Jahres 2000 aus. Gleichzeitig wurden in den neuen Ländern zum 01.08.2000 die Bezüge von $86,5\%$ auf $87,0\%$ des Westniveaus angehoben sowie eine weitere Anpassung zum 01.01.2001 auf $88,5\%$ vereinbart, die sich ebenfalls bereits im Dezember 2000 kassenmäßig ausgewirkt hat.

Bild unter den Ländern nicht einheitlich ist. In den Kommunalhaushalten der alten Länder nahmen die Personalausgaben mit +1,2 % zu, während sie in den Kommunen der neuen Länder um -2,6 % zurückgingen.

Der Rückgang der Kommunen in den neuen Ländern ist zum einen auf Ausgliederungseffekte (vor allem im Kinder- und Jugendhilfebereich, aber auch im Krankenhausbereich) zurückzuführen. Zum anderen kommen in diesem Ergebnis aber auch die Entlastungseffekte durch die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge infolge der Einführung der Ökosteuern zum Ausdruck. Da der Angestelltenanteil in den Kommunalverwaltungen der neuen Länder deutlich höher ist als in den alten Ländern, schlägt sich die Absenkung der Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung hier stärker nieder.

Insgesamt trug auch der fortgesetzte Personalabbau zur günstigen Personalausgabenentwicklung der Kommunen bei: So konnte durch Personalabbau die Beschäftigtenzahl bei den Kommunen zur Jahresmitte 2000 erneut reduziert werden (um -1,5 % im Jahr 2000 nach einem Personalabbau im Vorjahr um -2,7 %).

12 Zinsausgaben

In fast allen Ländern waren auch im Jahr 2000 die Zinsausgaben rückläufig. Bundesweit ergab sich ein Rückgang von -2,9 %, der jedoch etwas geringer als noch im Vorjahr ausfiel (-4,4 %). Auf die Kommunen der alten Länder entfiel ein Rückgang von -3,3 %, während die Kommunen der neuen Länder nur einen Rückgang von -1,2 % verzeichnen konnten.

13 Laufender Sachaufwand

Die Entwicklung des laufenden Sachaufwandes im Jahr 2000 ist durch den Nachholbedarf gekennzeichnet, der sich in der Konsolidierungsphase der Vorjahre angestaut hatte. Bundesweit nahm der laufende Sachaufwand mit +1,8 % zu, wobei auf die Kommunen der alten Länder ein Zuwachs von +2,8 % entfiel, während die Kommunen der neuen Länder einen Rückgang von -3,1 % zu verzeichnen hatten.

14 Sachinvestitionen

Nach einer vorübergehenden Stärkung der kommunalen Investitionen im Jahr 1999 (+1,4 %) führten die Kommunen bundesweit ihre Investitionen im Jahr 2000 zurück (-0,7 %). Vor allem in der verhaltenen Investitionstätigkeit der Kommunen kommen deren Konsolidierungsbemühungen und -zwänge zum Ausdruck. Da ein Großteil der kommunalen Aufgaben gesetzlich vorgeschrieben ist (v.a. im Sozialbereich), nehmen die Kommunen zuerst bei den freiwilligen Aufgaben Ausgabenkürzungen vor, was in erster Linie zu Lasten der Investitionen geht. Vielfach müssen Investitionsvorhaben auch infolge mangelnder Verschuldungsspielräume (das Gemeindehaushaltsrecht lässt eine Ausweitung der Verschuldung nur in Abhängigkeit von der dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen zu) aufgegeben oder zurückgestellt werden. Außerdem sind die Kommunen oftmals gezwungen, ihre Investitionstätigkeit angesichts rückläufiger investiver Mittel seitens der Länder einzustellen.

Lediglich die Kommunen Baden-Württembergs, Hessens und Niedersachsens weiteten im Jahr 2000 ihre Investitionen aus, was zumindest teilweise nur infolge einer Erhöhung der Investitionszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich möglich war.

Bundesweit waren die kommunalen Investitionen mit -0,7 % rückläufig. Wie auch im Vorjahr verlief die Entwicklung in den alten und neuen Ländern unterschiedlich. Die Kommunen der alten Länder konnten – infolge einer stärkeren Investitionstätigkeit in

Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen – per Saldo einen Zuwachs von +2,1 % verzeichnen, während die Kommunen der neuen Länder ihre Investitionstätigkeit erneut massiv einschränkten (-9,1 %).

Problematisch ist der hohe Rückgang in den neuen Ländern insbesondere vor dem Hintergrund der eingeschränkten Investitionstätigkeit im Vorjahr (-7,0 %) und angesichts des nach wie vor bestehenden Nachholbedarfs Ostdeutschlands im Infrastrukturbereich.

15 Ausgaben für Baumaßnahmen

Maßgeblich für die Beurteilung der Perspektiven in der Infrastrukturentwicklung in den neuen Ländern ist die Entwicklung der Ausgaben für Baumaßnahmen. Die Baumaßnahmen wurden von den Kommunen der neuen Länder auch im Jahr 2000 deutlich zurückgefahren (-9,0 %), nachdem bereits in den Jahren 1999 und 1998 Einbrüche von -6,7 % (1999) und -3,0 % (1998) zu verzeichnen waren.

Dagegen investierten die Kommunen der alten Länder im Jahr 2000 mit +3,9 % etwas mehr in Baumaßnahmen als im Jahr zuvor (+1,3 %).

Bundesweit stagnierten die Ausgaben für Baumaßnahmen im Jahr 2000 etwa auf dem Vorjahresniveau (+0,2 %).

16 Soziale Leistungen

Bundesweit nahmen die sozialen Leistungen im Jahr 2000 erneut zu (+2,0 %), nachdem sie im Vorjahr erstmalig stagnierten. Deutlich stärker fiel der Anstieg der Sozialausgaben in den neuen Ländern aus (+3,6 %), während die Kommunen der alten Länder einen Zuwachs von +1,7 % verzeichneten.

Zurückzuführen ist der erneute Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen auf eine Zunahme der Sozialhilfe außerhalb (neue Länder) sowie innerhalb von Einrichtungen (alte und neue Länder), aber auch auf höhere Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe (alte und neue Länder).

Bedeutsam ist, dass auch im Jahr 2000 die Arbeitslosenzahlen in den neuen Ländern durch ABM und Weiterbildungsmaßnahmen erheblich „kaschiert“ wurden. So war auch im Jahr 2000 in den neuen Ländern der Anteil der „verdeckten Arbeitslosigkeit“ infolge ABM und Weiterbildungsmaßnahmen an der Gesamtarbeitslosigkeit⁵ mit knapp 18 % deutlich höher als im Westen (gut 7 %)⁶. Nach wie vor besteht aufgrund der hohen Zahl der „verdeckt“ Arbeitslosen in den neuen Ländern die Gefahr des fortgesetzten Sozialausgabenanstiegs – zumindest dann, wenn die Betroffenen nicht erfolgreich in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden können und sie – nach Auslaufen der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz – auf Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe zurückgreifen müssen.

⁵ Summe aus registrierten und „verdeckt“ Arbeitslosen. Zu den „verdeckt“ Arbeitslosen gehören Bezieher von ABM und Weiterbildungsmaßnahmen ebenso wie Empfänger von Altersrente wegen Arbeitslosigkeit sowie Kurzarbeiter, Teilnehmer an Deutschsprachlehrgängen, Empfänger von Altersübergangs- und Vorruhestandsgeld sowie Personen, die gemäß § 125 SGB II (Minderung der Leistungsfähigkeit), § 126 SGB III (Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit) und § 428 SGB III (58jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen müssen) Leistungen empfangen, aber nicht als registrierte Arbeitslose gezählt werden.

⁶ Während es im Osten im Jahr 2000 ca. 380.000 Personen gab, die infolge von ABM und Weiterbildungsmaßnahmen „verdeckt“ arbeitslos waren, waren es im Westen „nur“ 253.000 Personen. Vgl. Jahresgutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

16.1 Soziale Leistungen je Einwohner

Ein Ländervergleich der Ausgaben für soziale Leistungen zeigt, dass die Aufwendungen je Einwohner sowohl im Jahr 2000 als auch bereits im Jahr 1999 in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen am höchsten waren. Die geringsten Beträge je Einwohner wandten in beiden Jahren die Kommunen in Thüringen, Sachsen, Brandenburg und Baden-Württemberg auf. Im Durchschnitt gaben die Kommunen der alten Länder im Jahr 2000 je Einwohner 725 DM für soziale Leistungen aus, während die Kommunen der neuen Länder mit 483 DM um 242 DM geringere Aufwendungen zu verzeichnen hatten. Die Ursache für die heute (noch) unterschiedlichen Pro-Kopf-Aufwendungen für soziale Leistungen in den alten und neuen Ländern liegen in der hohen Zahl der Hilfeempfänger in Ostdeutschland, die nicht den „vollen Satz“ Sozialhilfe bekommen, sondern nur ergänzende Leistungen. Dies betrifft vor allem die „verdeckt“ Arbeitslosen in Ostdeutschland, die sich bspw. in ABM und Weiterbildungsmaßnahmen befinden. Die „verdeckt“ Arbeitslosen haben primäre Ansprüche auf Leistungen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes; da diese jedoch oftmals nicht ausreichen, beziehen sie gleichzeitig zur Sicherung ihres Existenzminimums ergänzende Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe. Für die mittel- und langfristige Entwicklung der sozialen Leistungen in den neuen Ländern birgt die hohe Zahl derjenigen, die heute nur ergänzende Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe beziehen, ein großes Haushaltsrisiko. So besteht die Gefahr, dass die Betroffenen nach Auslaufen der Ansprüche im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes Sozialleistungen „in voller Höhe“ beziehen werden.

Gemessen in DM je Einwohner sind die Ausgaben für soziale Leistungen im Jahr 2000 bundesweit um 12 DM gestiegen, wobei der Anstieg in den neuen Ländern mit 19 DM vergleichsweise stärker war als in den alten Ländern (10 DM), was vor allem auf die gestiegenen Fallzahlen in der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen zurückzuführen ist, denn anders als in den alten Ländern machte sich die Entlastung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern nicht bemerkbar. In der Summe leicht aufkommenserhöhend wirkten sich auch die Maßnahmen des Sparpakets 2000 aus, wonach die originäre Arbeitslosenhilfe (für Zivildienstleistende u.ä. Gruppen) zum 01.01.2000 entfiel und zudem die Kommunen einiger Länder einen stärkeren Beitrag an den Unterhaltsvorschusszahlungen zu leisten hatten.

Hinsichtlich des Ländervergleichs der Ausgaben für soziale Leistungen ist zu beachten, dass der Umfang der von den Kommunen im Sozialbereich zu erledigenden Aufgaben von Land zu Land unterschiedlich ist. Insofern können sich hinter den bezifferten Pro-Kopf-Beträgen in den einzelnen Ländern unterschiedliche „Aufgabenbündel“ verbergen, die einen sicheren Ländervergleich nur im Ansatz ermöglichen.

16.2 Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen

Da sich die Entlastung des Arbeitsmarktes zumindest in den alten Ländern dämpfend auf die Fallzahlen bei der Sozialhilfe auswirkte, ging der Anteil der Ausgaben für soziale Leistungen außerhalb von Einrichtungen an den Gesamtausgaben für soziale Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 %punkte auf 35,6 % zurück. Spiegelbildlich dazu erhöhte sich der Anteil der Ausgaben für soziale Leistungen innerhalb von Einrichtungen um 1,1 %punkte auf 37,6 %, was insofern problematisch ist, als darin ein Indiz für gestiegene (und weiter steigende!) Kosten im Rahmen stationärer Pflegeleistungen zu sehen ist.

Gestiegen ist auch der Anteil der Ausgaben für Jugendhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen. So gaben die Kommunen bundesweit im Jahr 2000 9,7 % ihrer so-

zialen Leistungen für Zahlungen im Rahmen der *Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen* aus (1999: 9,4 %). Auch die Bedeutung der *Jugendhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen* stieg gegenüber 1999 um 0,3 %punkte auf 5,9 %. Zurückzuführen sind die Ausgabenzuwächse im Bereich der Jugendhilfe vor allem auf gestiegene Leistungen der Kommunen in den Kindertagesbetreuungsstätten (Erhöhung der Fallzahlen und Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten) sowie auf höhere Zahlungen bei den Hilfen zur Erziehung in Kinder- und Jugendheimen.

Zurückgegangen ist dagegen der Anteil der *Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz* (um 0,6 %punkte auf 5,3 %).

Die Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen der alten Länder und neuen Länder ist nahezu identisch. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben in den neuen Ländern eine vergleichsweise geringere Bedeutung. Dagegen ist der Anteil der Jugendhilfeleistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen an den sozialen Leistungen etwas höher als in den alten Ländern.

16.3 Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen

Rückläufig mit bundesdurchschnittlich $-1,9\%$ waren im Jahr 2000 die *Sozialhilfeleistungen außerhalb von Einrichtungen*. Bis auf Hessen haben die Kommunen in den sämtlichen Ländern des früheren Bundesgebiets in dieser Leistungskategorie weniger ausgegeben als im Vorjahr, so dass sich per Saldo ein Rückgang für die alten Länder von $-2,6\%$ ergab. Dagegen hatten die Kommunen der neuen Länder erneut einen Zuwachs zu verzeichnen ($+3,3\%$).

Zurückzuführen ist die unterschiedliche Entwicklung in den alten und neuen Ländern in dieser Ausgabenkategorie auf die unterschiedliche wirtschaftliche Lage in beiden Teilen Deutschlands. Während im Westen die Entlastung des Arbeitsmarktes (die in hohem Maße demografisch bedingt war) zu einem Rückgang der Sozialhilfeempfänger führte, war in den neuen Ländern von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt noch nicht die Rede. Gleichzeitig stieg in den neuen Ländern die Zahl der Sozialhilfebezieher nach dem Auslaufen zahlreicher ABM und Weiterbildungsprogramme, so dass sich insgesamt die kommunalen Ausgaben für Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen um $+3,3\%$ erhöhten.

16.4 Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen

Eine andere Entwicklung als bei der *Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen* ergibt sich per Saldo bei der *Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen*. Bundesdurchschnittlich nahmen die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen innerhalb von Einrichtungen um $+4,9\%$ zu. Die Kommunen der alten Länder sind hiervon mit einem Zuwachs von $+5,5\%$ betroffen; die Kommunen der neuen Länder verzeichneten einen Zuwachs von $+0,9\%$.

Vor allem vor dem Hintergrund der Vorjahresentwicklung ($+1,5\%$) ist der erneute Ausgabenanstieg in den Pflegeeinrichtungen kritisch zu beurteilen. Deutlich zeigt sich an der Entwicklung im Zeitablauf, dass sich die Entlastungseffekte infolge der Einführung der Pflegeversicherung „aufgebraucht“ haben und den Kommunen künftig weitere Kostensteigerungen für Leistungen der stationären Pflege drohen, die insbesondere in Kombination mit gestiegenen Fallzahlen ernste Haushaltsrisiken für die Kommunen bergen.

16.5 Sozialhilfe an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte

Die Leistungen für Sozialhilfe an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte sanken bundesdurchschnittlich um $-2,1\%$. Der Rückgang fiel in den neuen Ländern mit $-10,8\%$ wesentlich stärker aus als der Rückgang in den alten Ländern ($-2,0\%$). Allerdings ist dieser hohe Rückgang angesichts des sehr niedrigen Ausgangsniveaus in den neuen Ländern zu relativieren. Insgesamt spielten die *Sozialhilfeleistungen an Kriegsoffer und ähnliche Anspruchsberechtigte* mit einem Anteil von bundesdurchschnittlich $2,1\%$ an den gesamten Ausgaben für soziale Leistungen eine nur untergeordnete Rolle, so dass sich Rückgänge in dieser Kategorie nicht wesentlich auf das Gesamtniveau der sozialen Leistungen auswirken.

16.6 Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen

In allen Bundesländern – bis auf Thüringen – sind Zuwächse in der Ausgabenkategorie *Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen* zu verzeichnen. Bundesdurchschnittlich ergab sich im Jahr 2000 ein Zuwachs von $+7,7\%$. Dabei fällt der Zuwachs in den Kommunen der alten Länder mit $+8,4\%$ – wie auch im Vorjahr – etwas höher aus als in den neuen Ländern ($+4,0\%$). Bereits im Jahr 1999 hatten sich erhebliche Ausgabenzuwächse in dieser Kategorie ergeben ($+4,2\%$ bundesweit), was die gestiegene Bedeutung von Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe für die Entwicklung der Sozialhaushalte der Kommunen unterstreicht.

16.7 Jugendhilfe innerhalb von Einrichtungen

Bundesweit stiegen im Jahr 2000 die *Jugendhilfeleistungen in Einrichtungen* um $+4,5\%$, wobei der Zuwachs in den alten und neuen Ländern jeweils identisch war. Auch die Entwicklung dieser Ausgabenkategorie ist vor dem Hintergrund des Anstiegs im Vorjahr ($+3,2\%$ bundesweit) kritisch zu sehen.

16.8 Ausgaben für sonstige soziale Leistungen

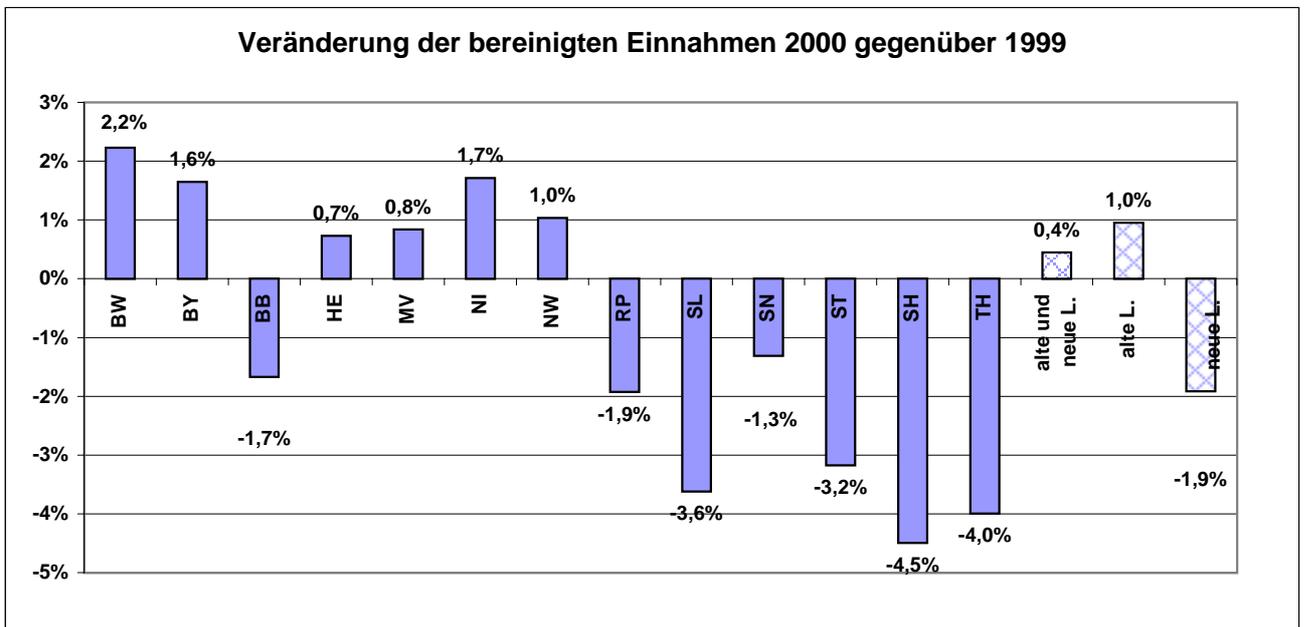
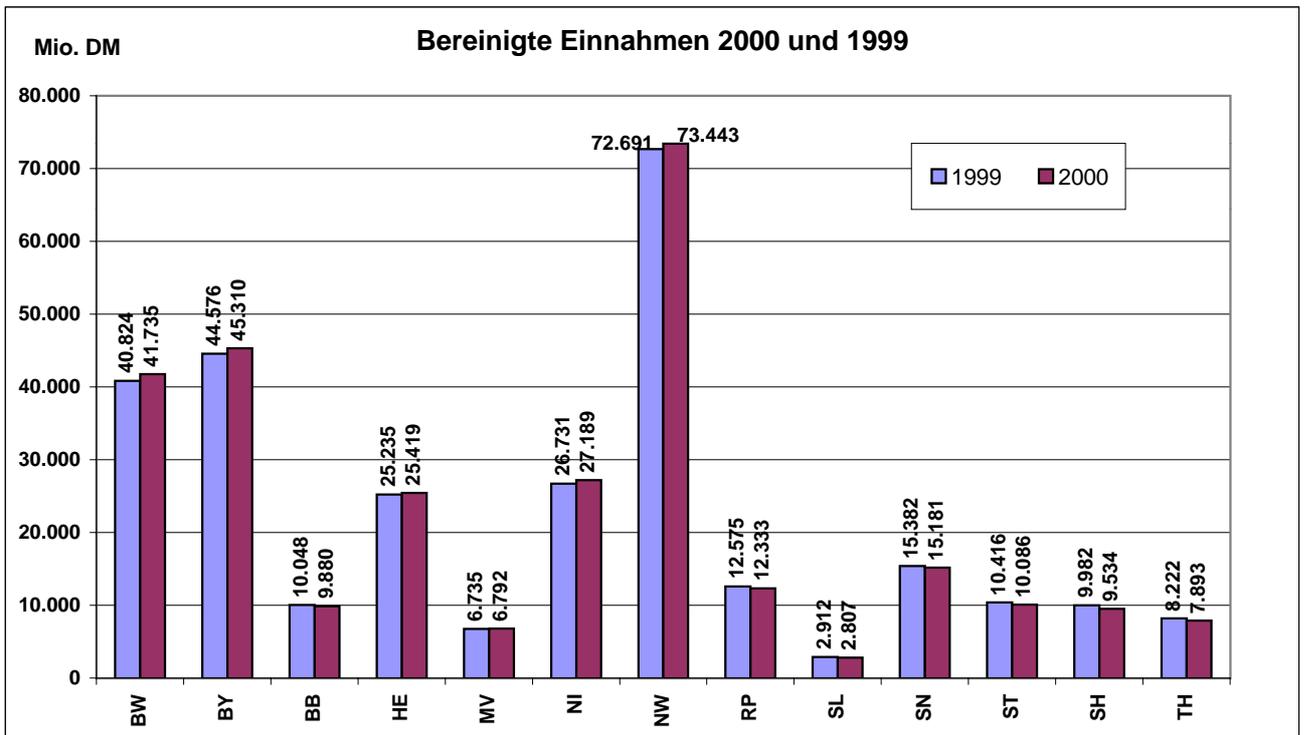
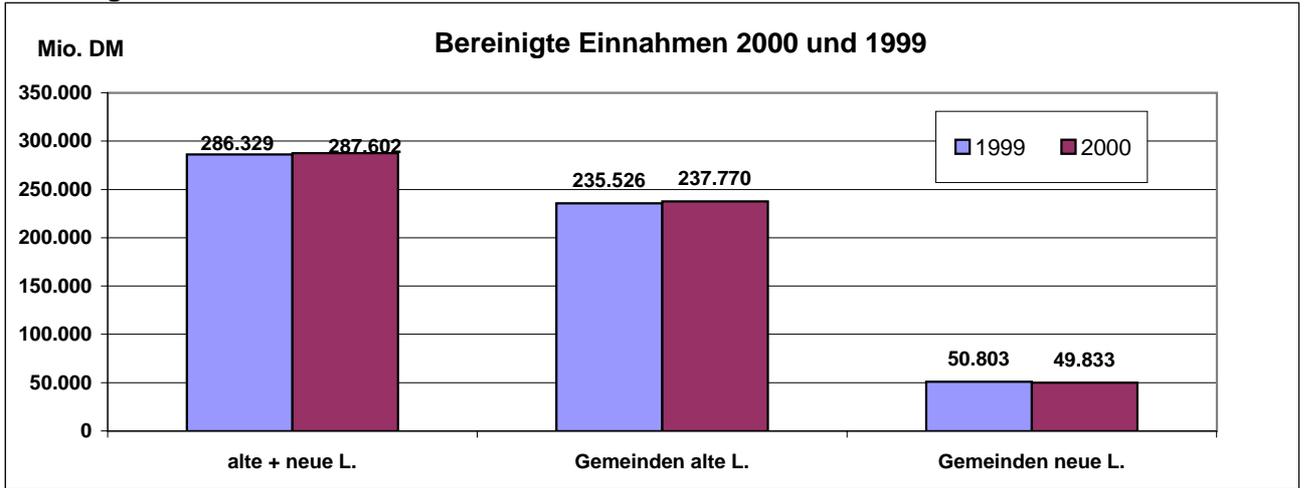
In der Kategorie *sonstige soziale Leistungen* ergibt sich im Ländervergleich ein uneinheitliches Bild, was zum Teil daran liegt, dass länderweise unterschiedliche Leistungen in dieser Kategorie erfasst werden. Bundesweit sind die Ausgaben für sonstige soziale Leistungen im Jahr 2000 um $+18,0\%$ gestiegen.

16.9 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Bundesweit gingen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2000 um $-8,6\%$ zurück, wobei sich – anders als im Vorjahr – eine gleichgerichtete Entwicklung in den alten und neuen Ländern ergab. Zurückzuführen ist die Entwicklung auf eine geringere Zahl der Antragsteller. Außerdem können Asylbewerber unter bestimmten Voraussetzungen (bspw. Aufenthaltsdauer länger als 3 Jahre) seit Mitte des Jahres 2000 erstmals Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe beziehen, so dass sich bereits im Jahr 2000 eine leichte „Umschichtung“ der Leistungen zu Lasten der Sozialhilfe und zugunsten der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ergab, die sich jedoch in den Folgejahren noch verstärken wird.

2000 und 1999

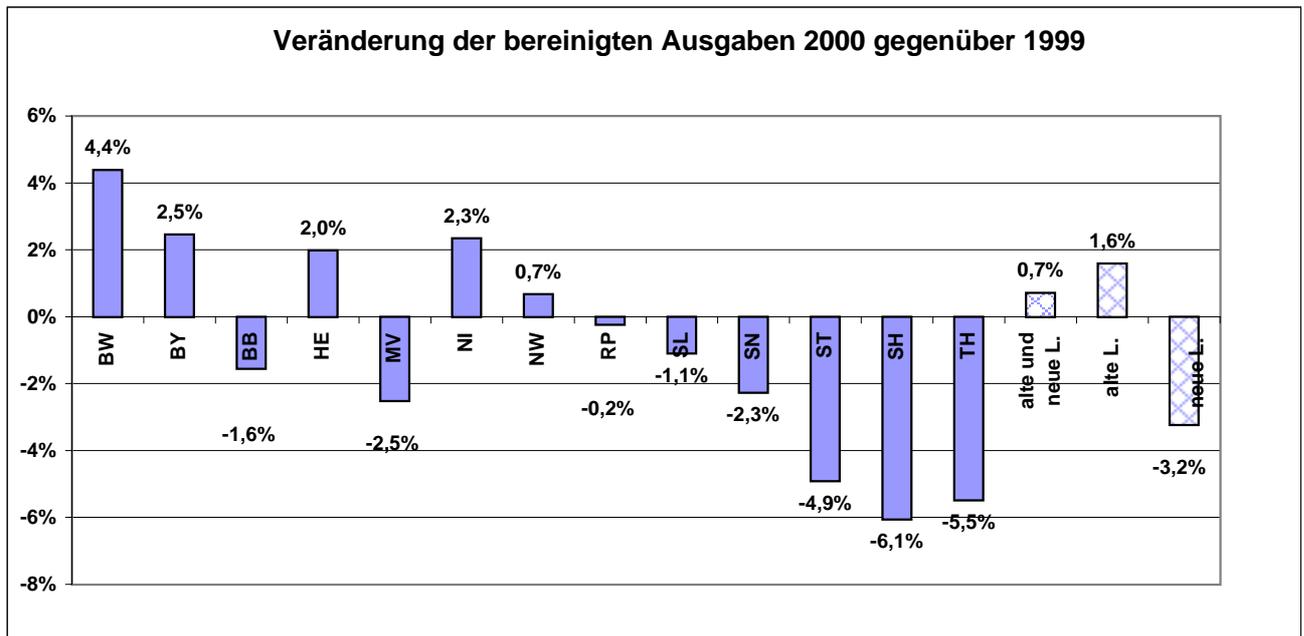
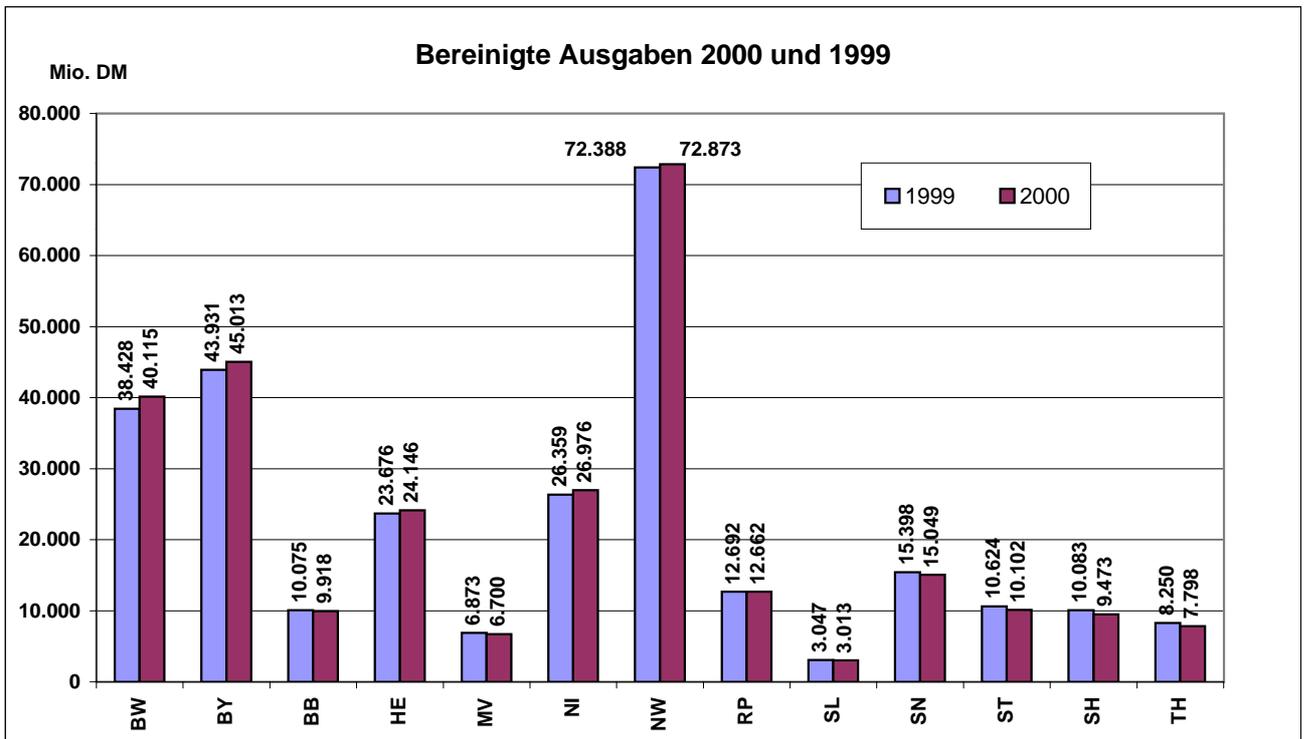
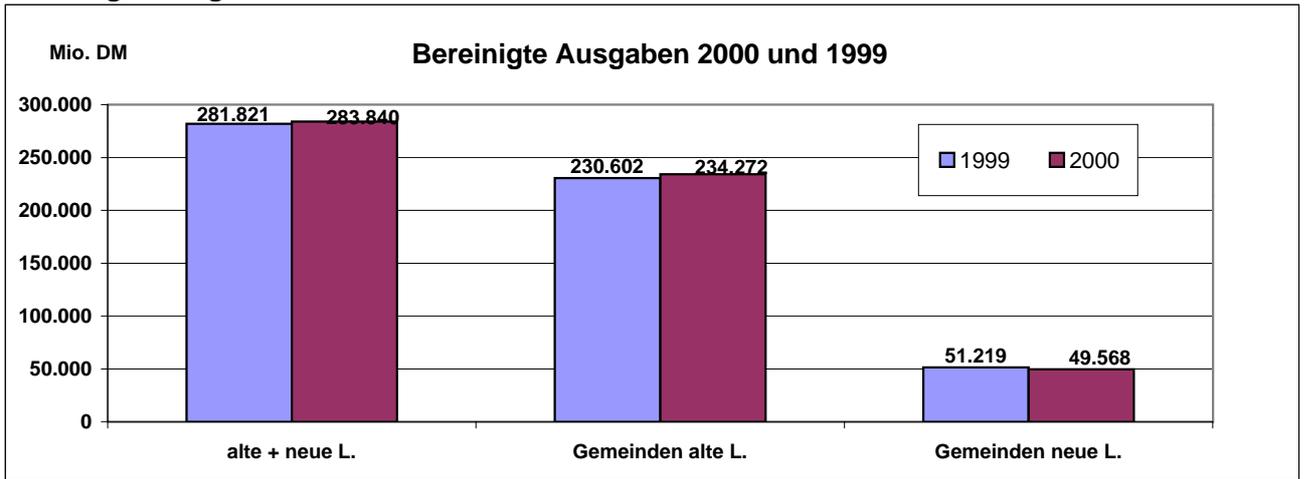
Bereinigte Einnahmen



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte*
 2000 und 1999
 Bereinigte Ausgaben

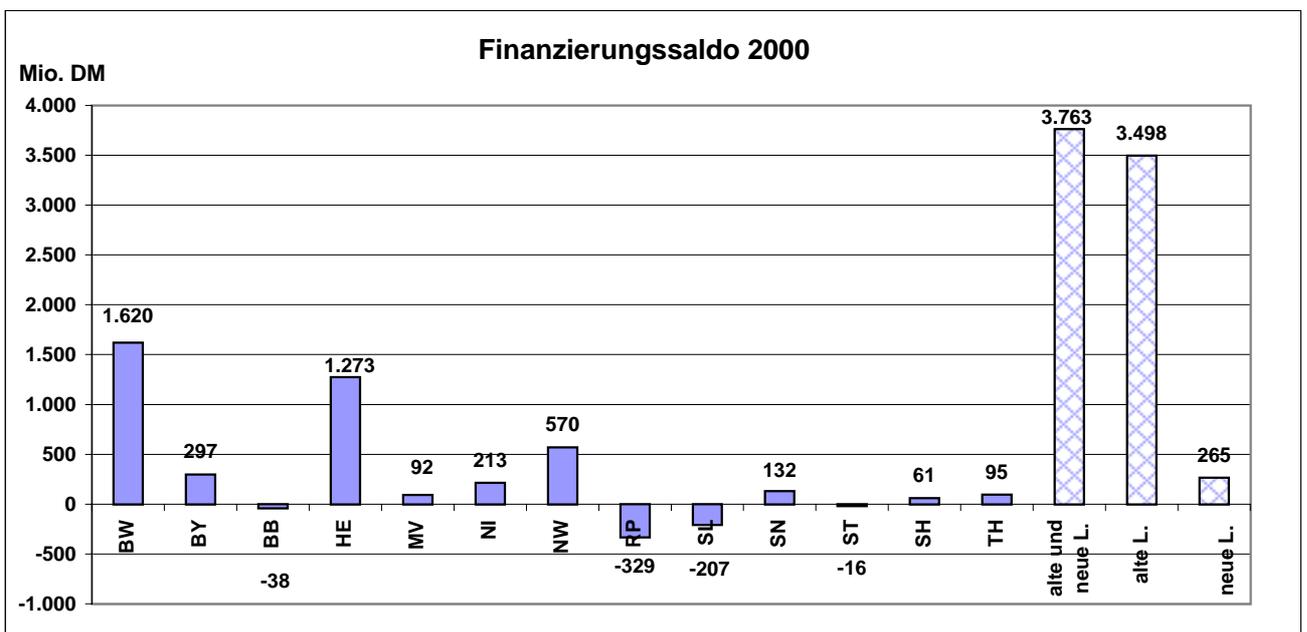
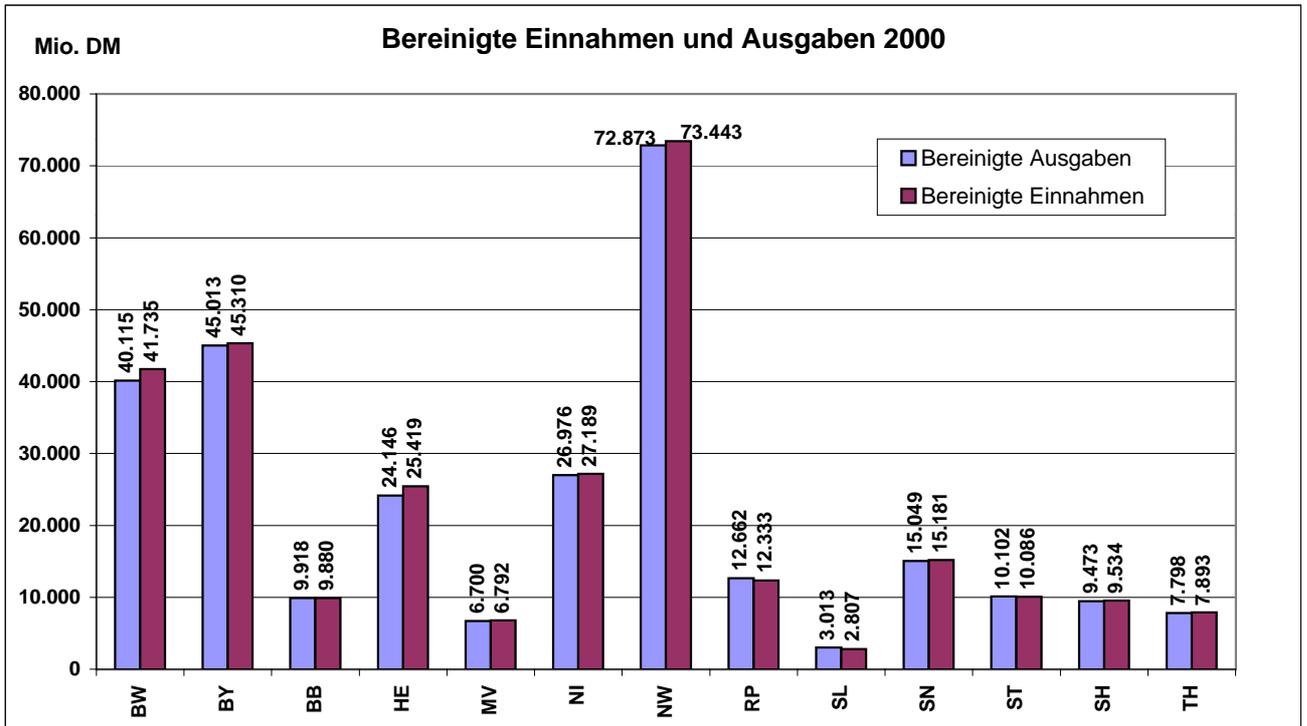
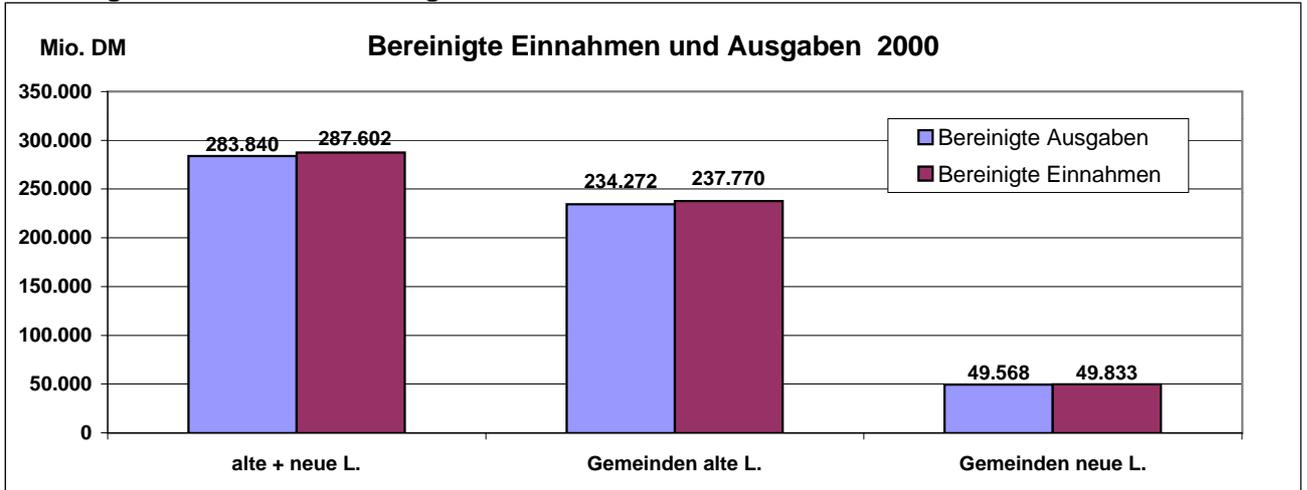


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

2000

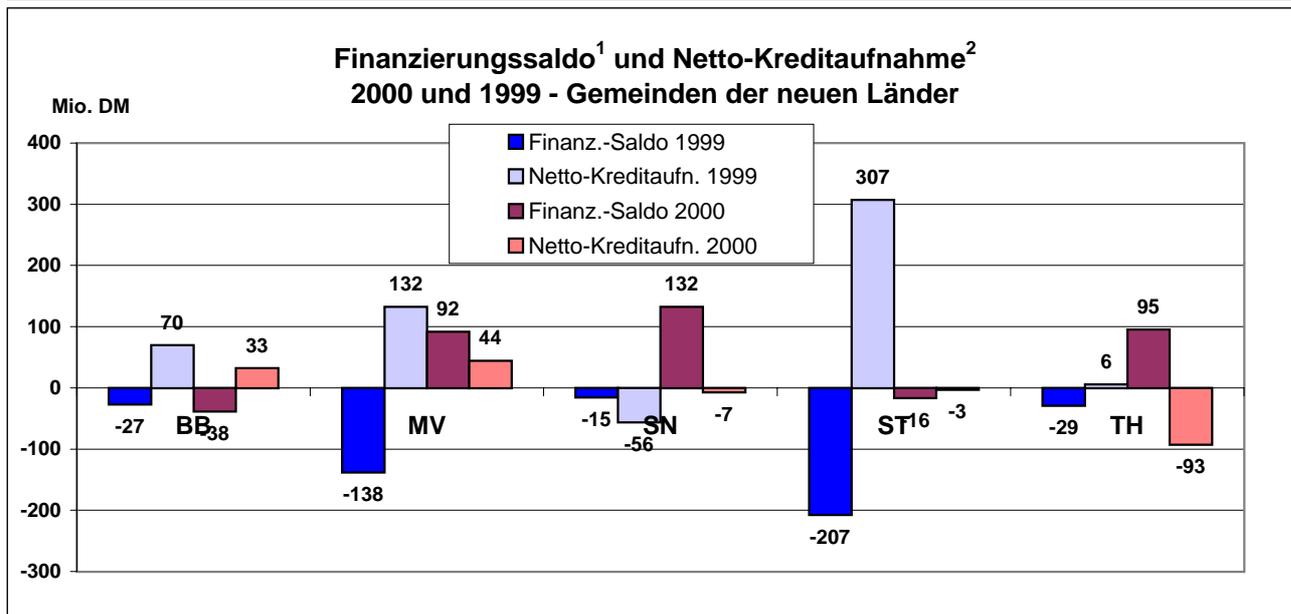
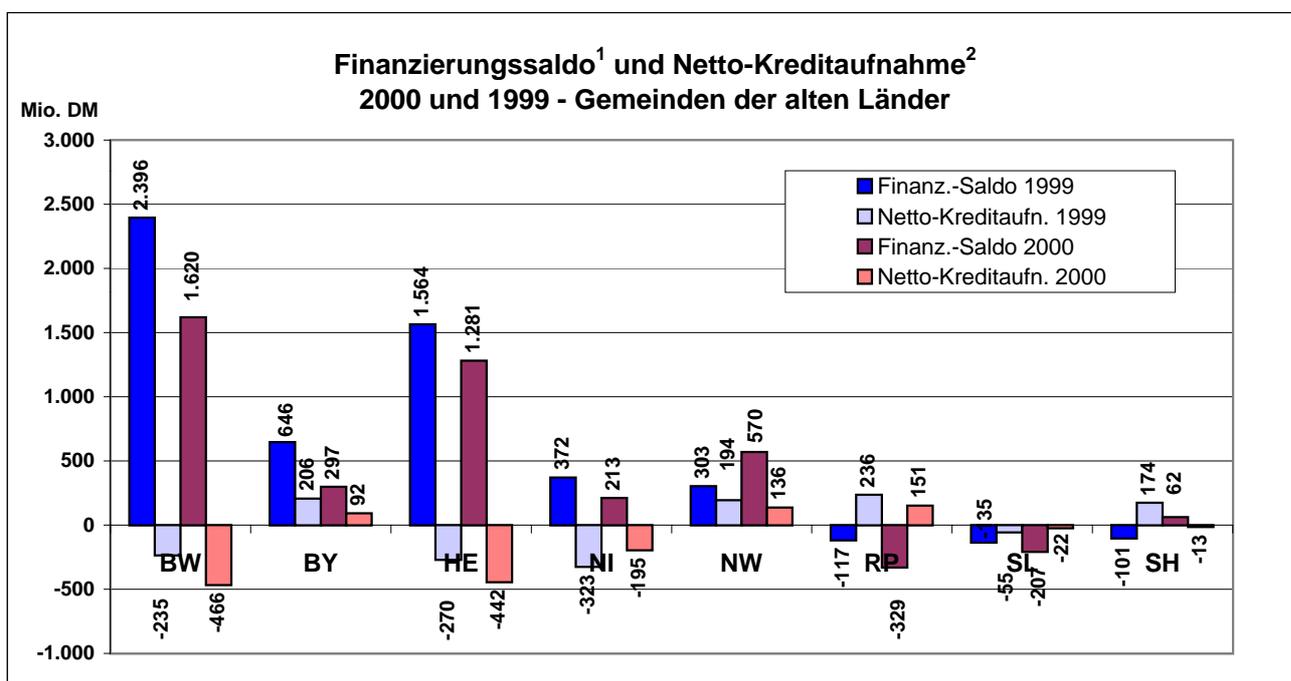
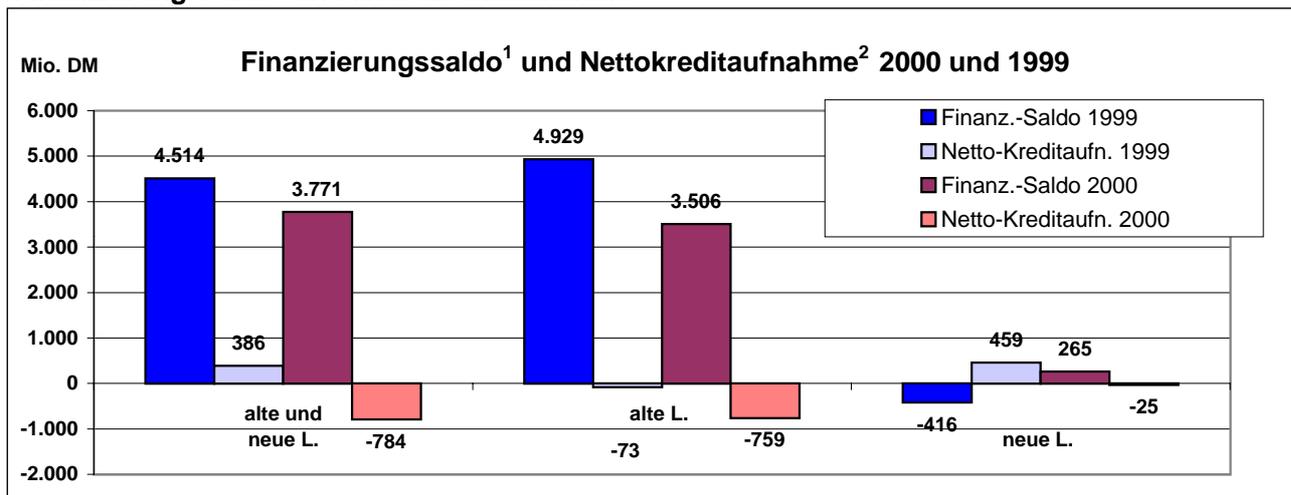
Bereinigte Einnahmen und Ausgaben



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Finanzierungssaldo¹ und Nettokreditaufnahme²



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

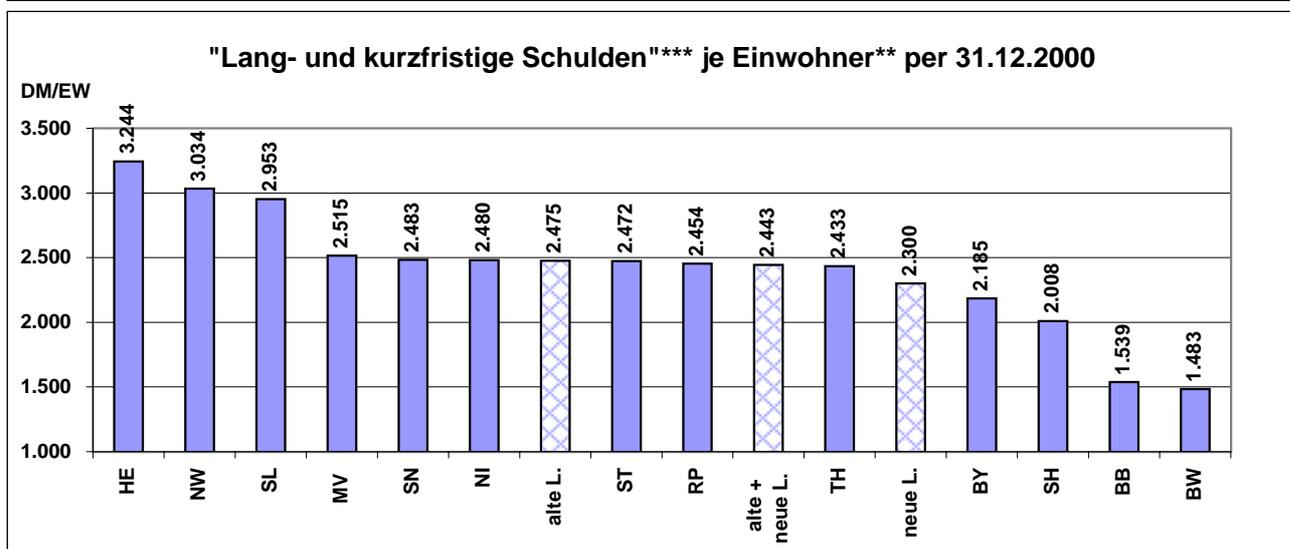
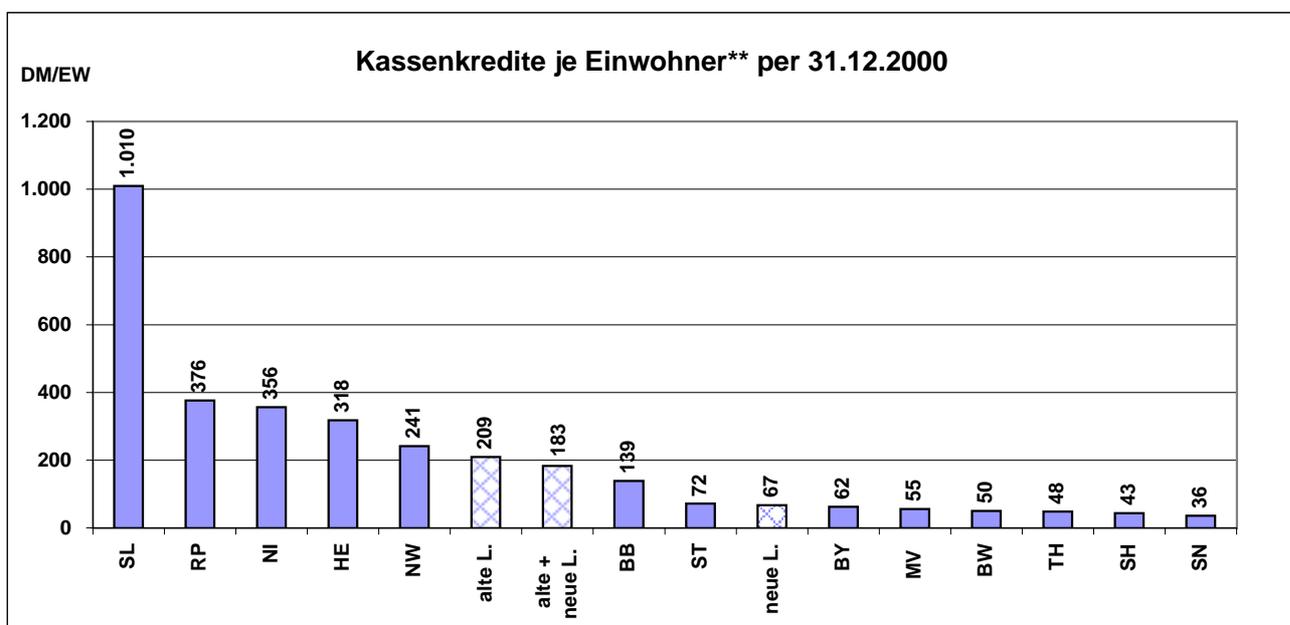
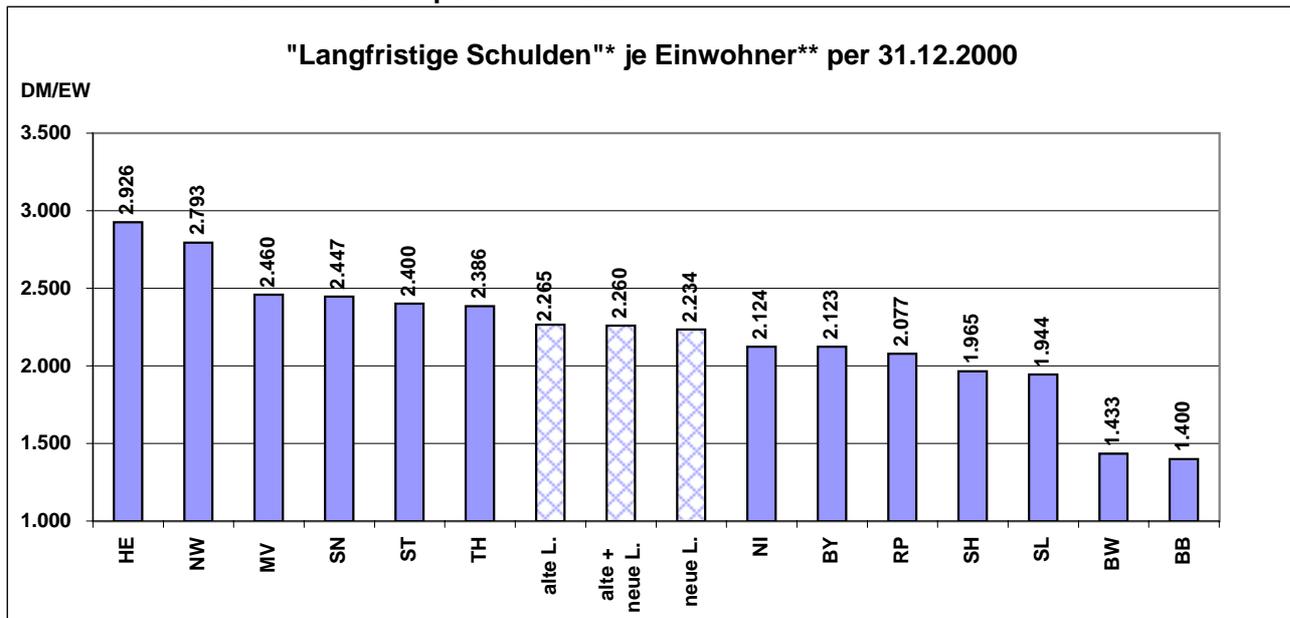
¹ Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

² Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

2000

Schuldenstand der Kommunen per 31.12.2000



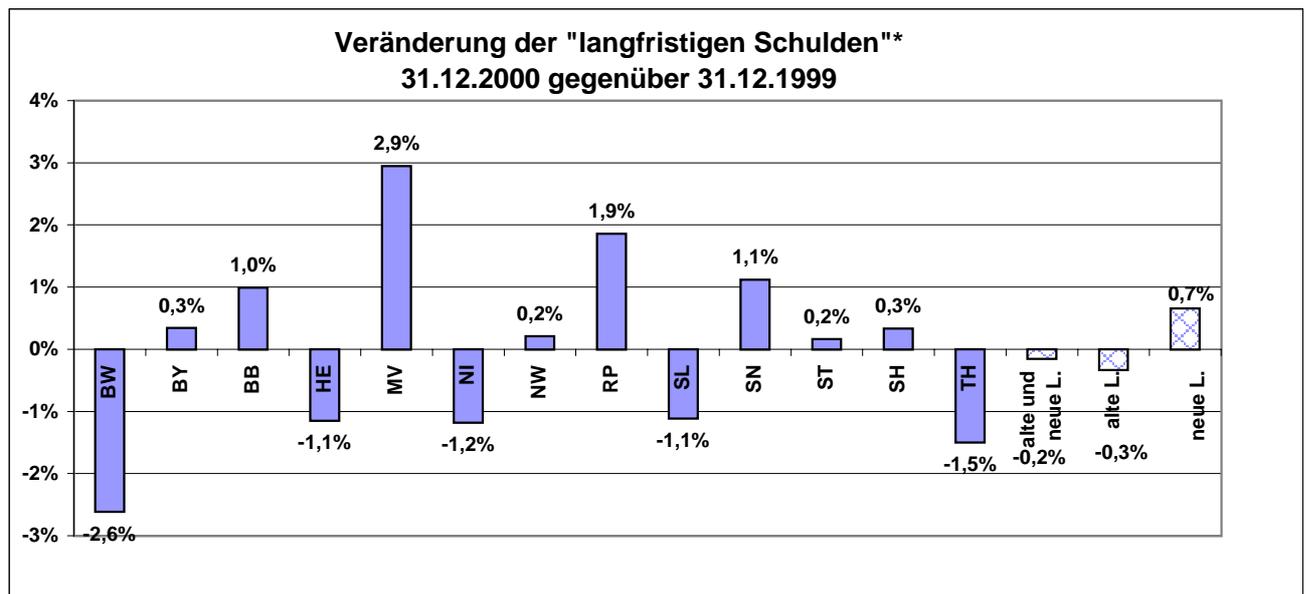
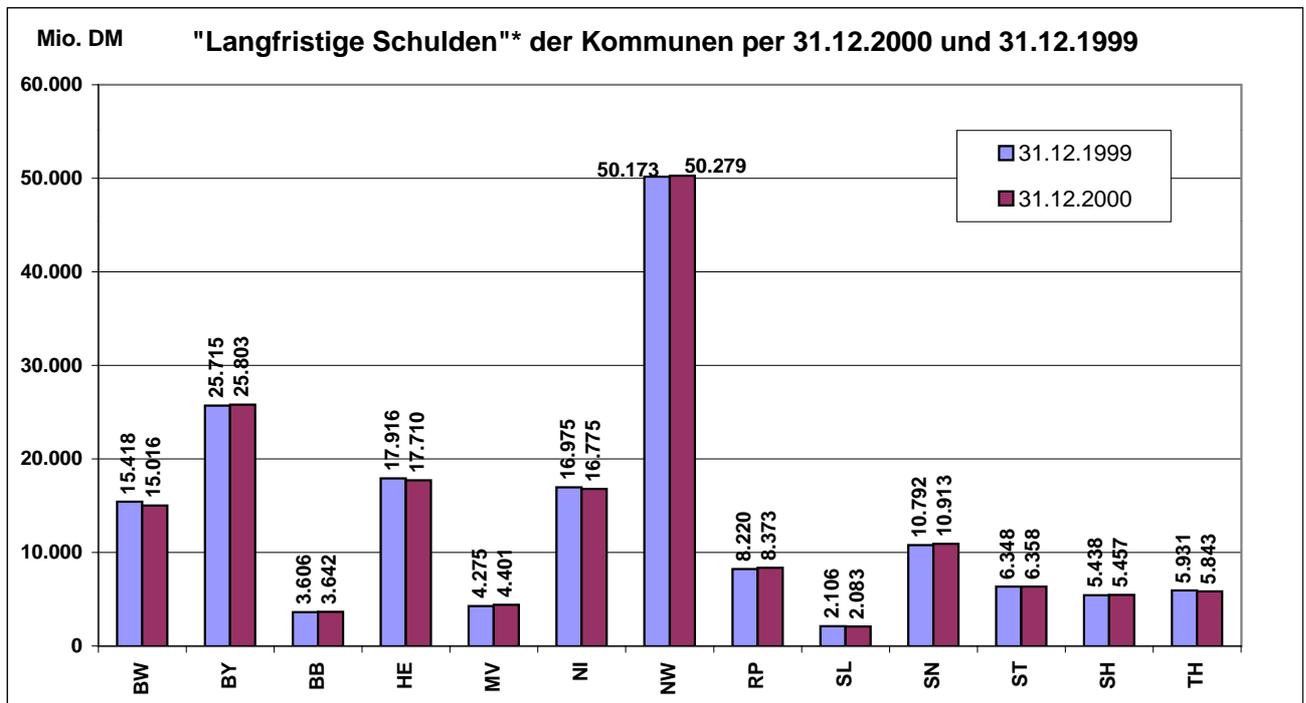
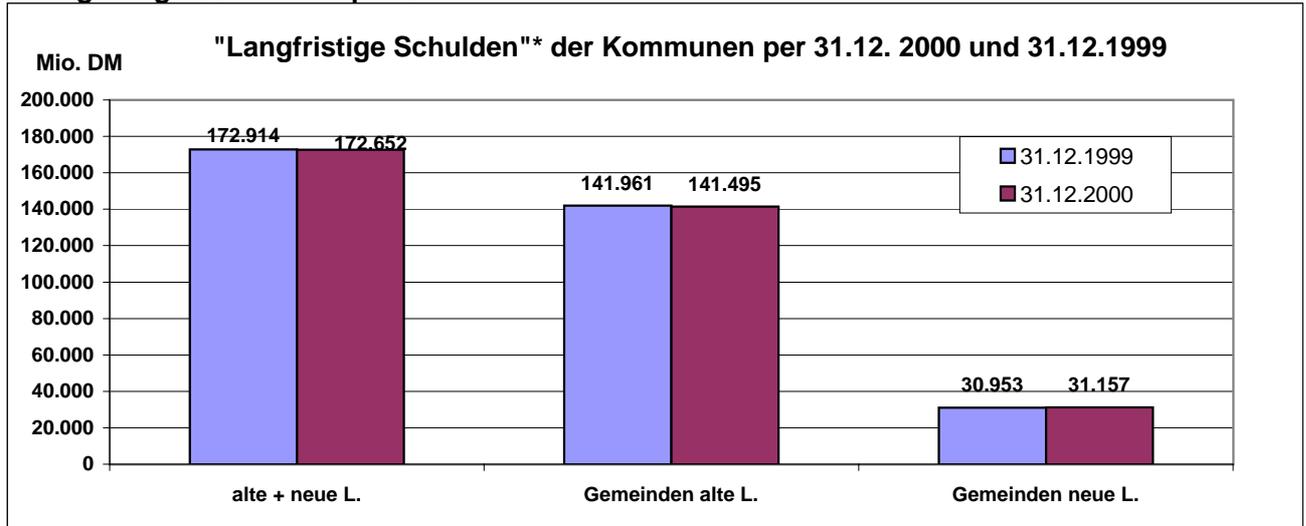
* Kredite bei Verwaltg., sonst.öffentl. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen.

** Berechnet auf der Basis des Einwohnerstandes per 31.12.1999.

*** Kredite bei Verwaltg., sonst.öffentl. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen, einschließlich Kassenkredite.

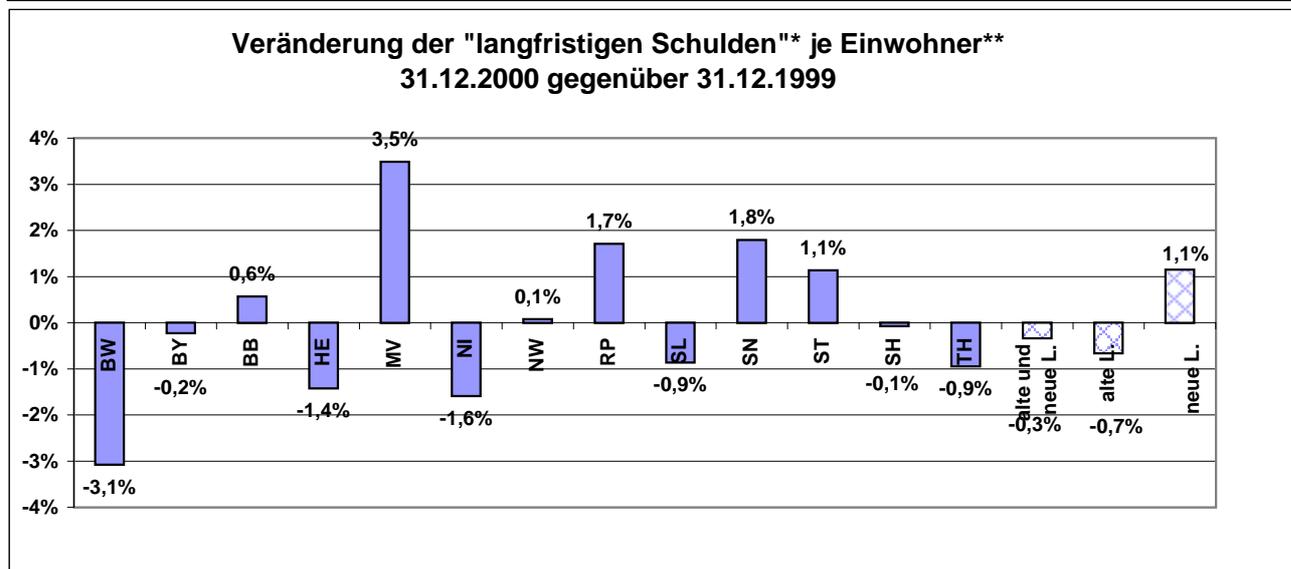
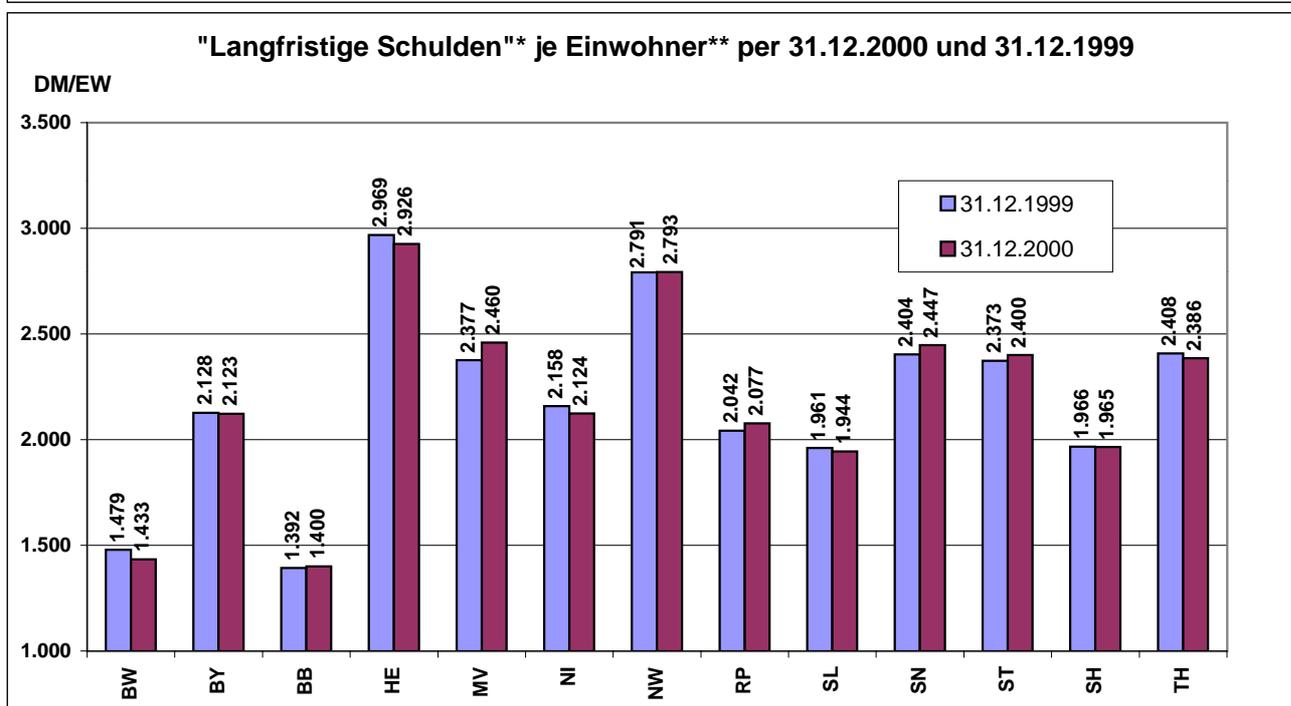
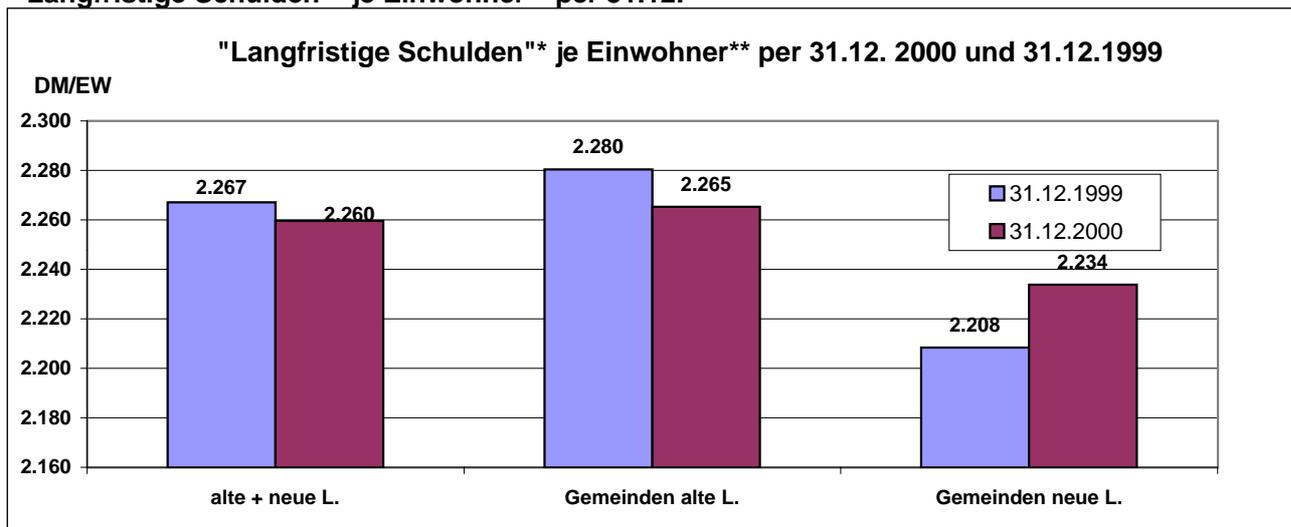
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

"Langfristige Schulden"* per 31.12.



* Kredite bei Verwaltg., sonst.öffentl. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen. Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

"Langfristige Schulden"* je Einwohner** per 31.12.

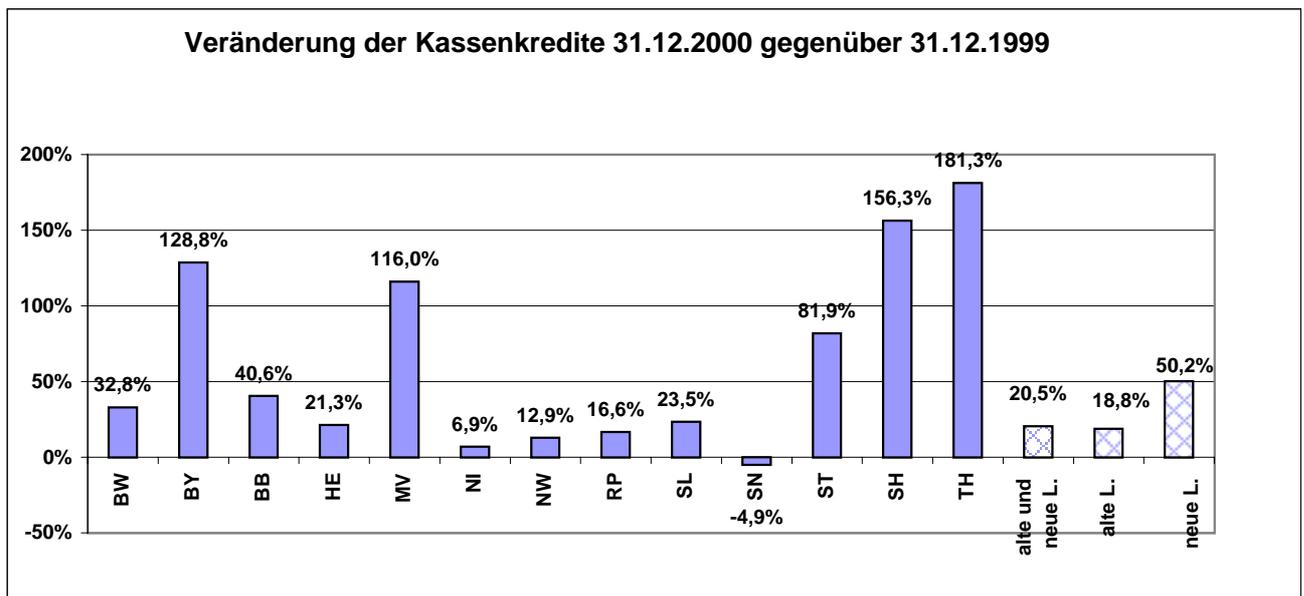
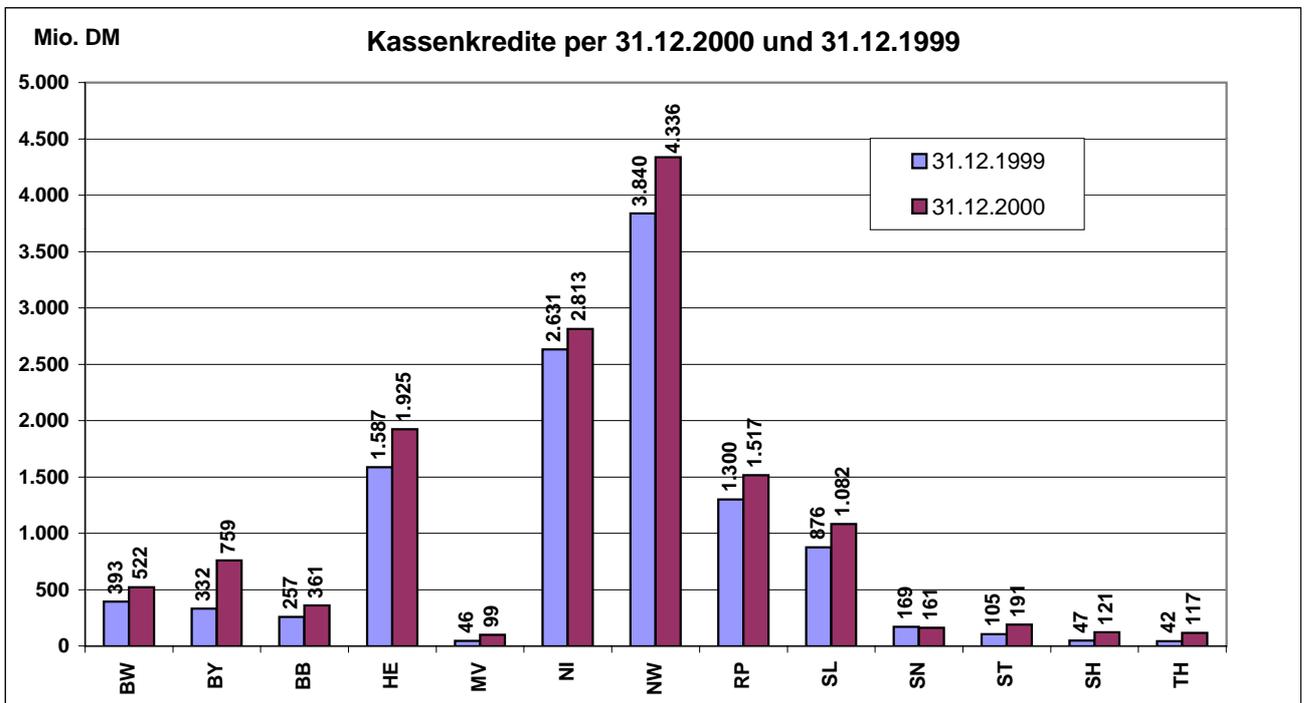
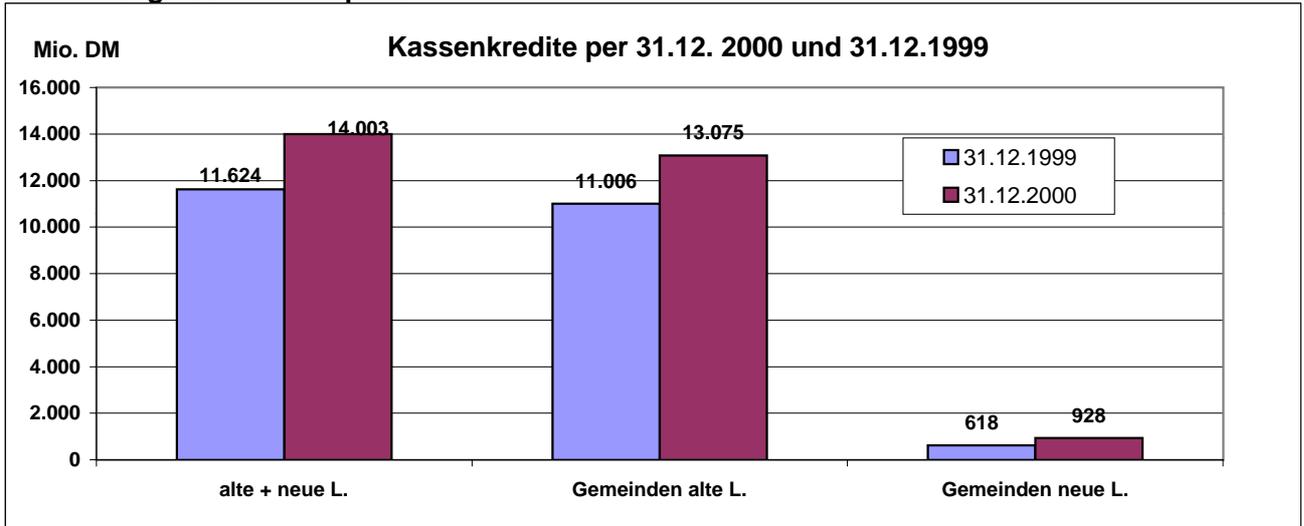


* Kredite bei Verwaltg., sonst.öf. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen. Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.

** Die Berechnungen zum 31.12.1999 u. 31.12.2000 basieren jeweils auf d. Einwohnerstand per 31.12.1998 bzw. 31.12.1999.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

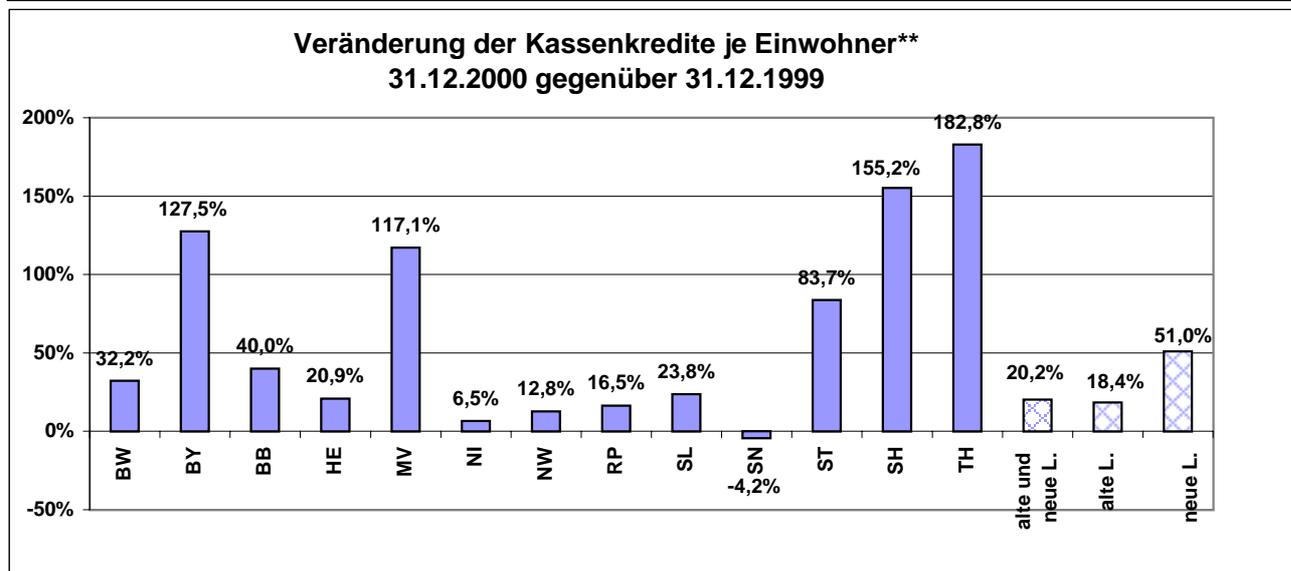
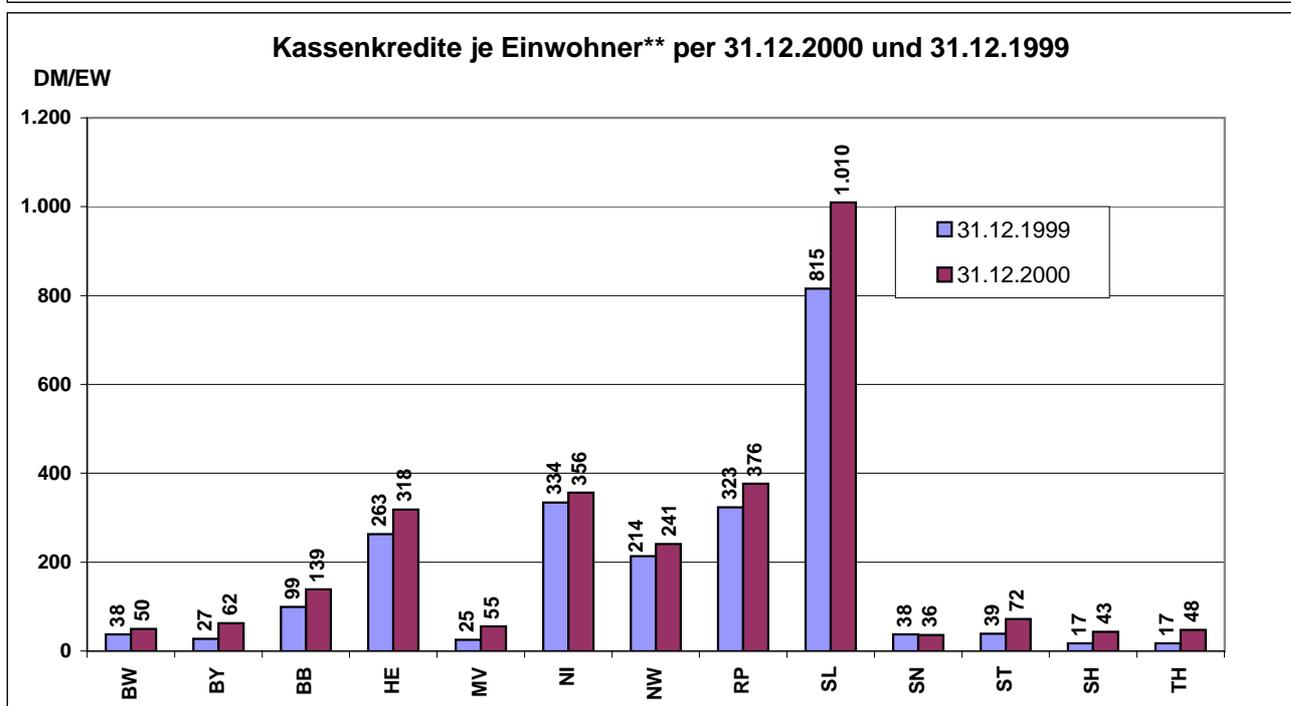
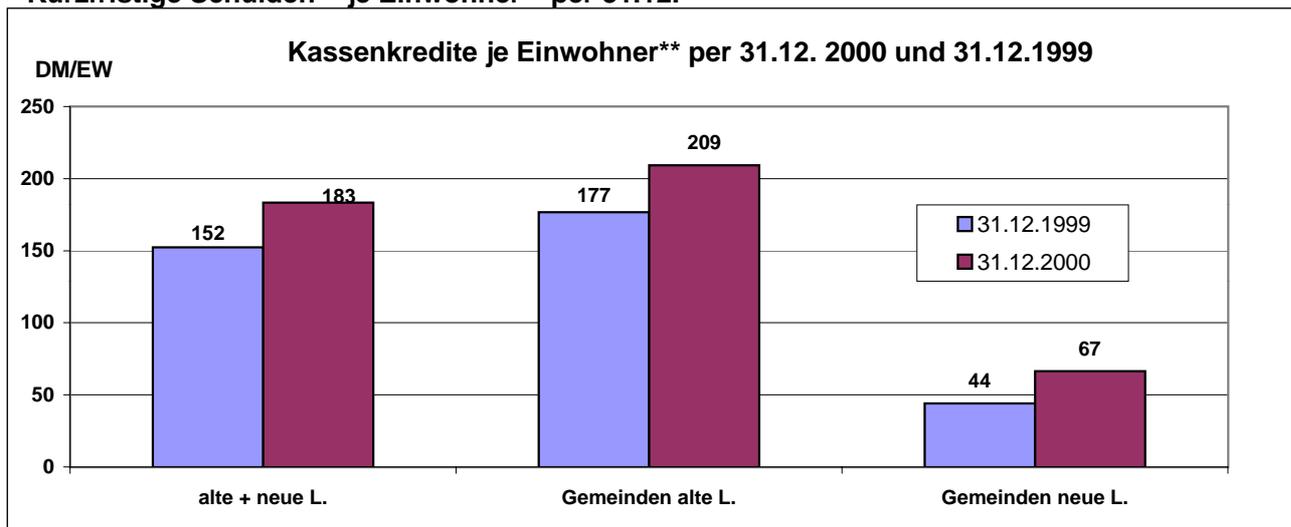
"Kurzfristige Schulden"* per 31.12.



* Kassenverstärkungskredite. Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

"Kurzfristige Schulden"* je Einwohner** per 31.12.

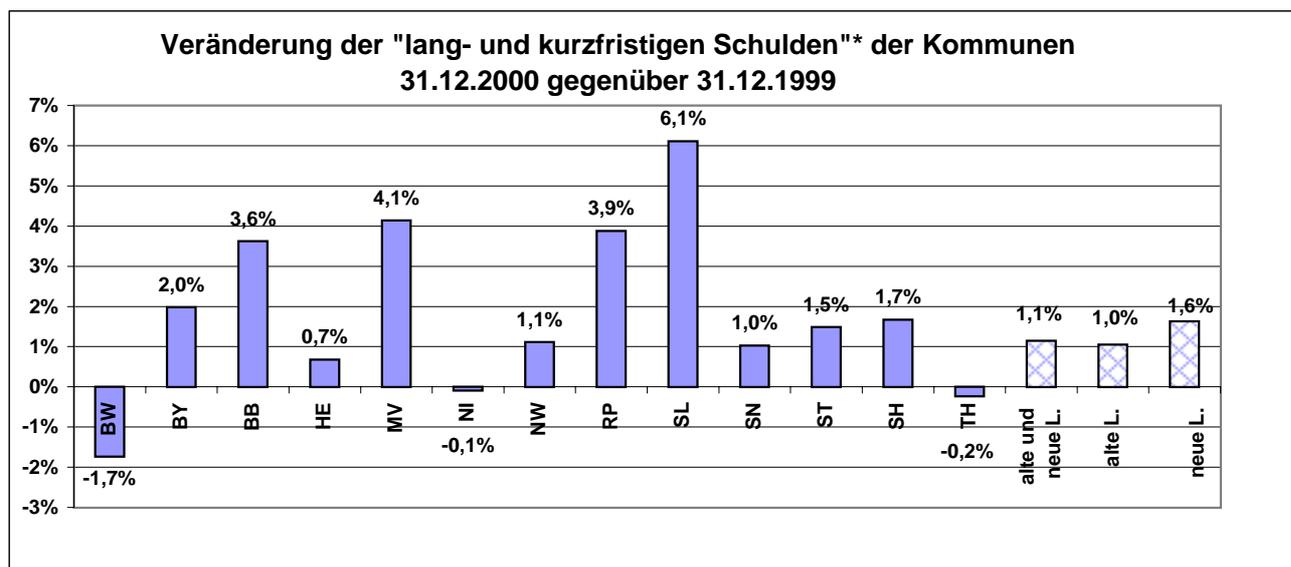
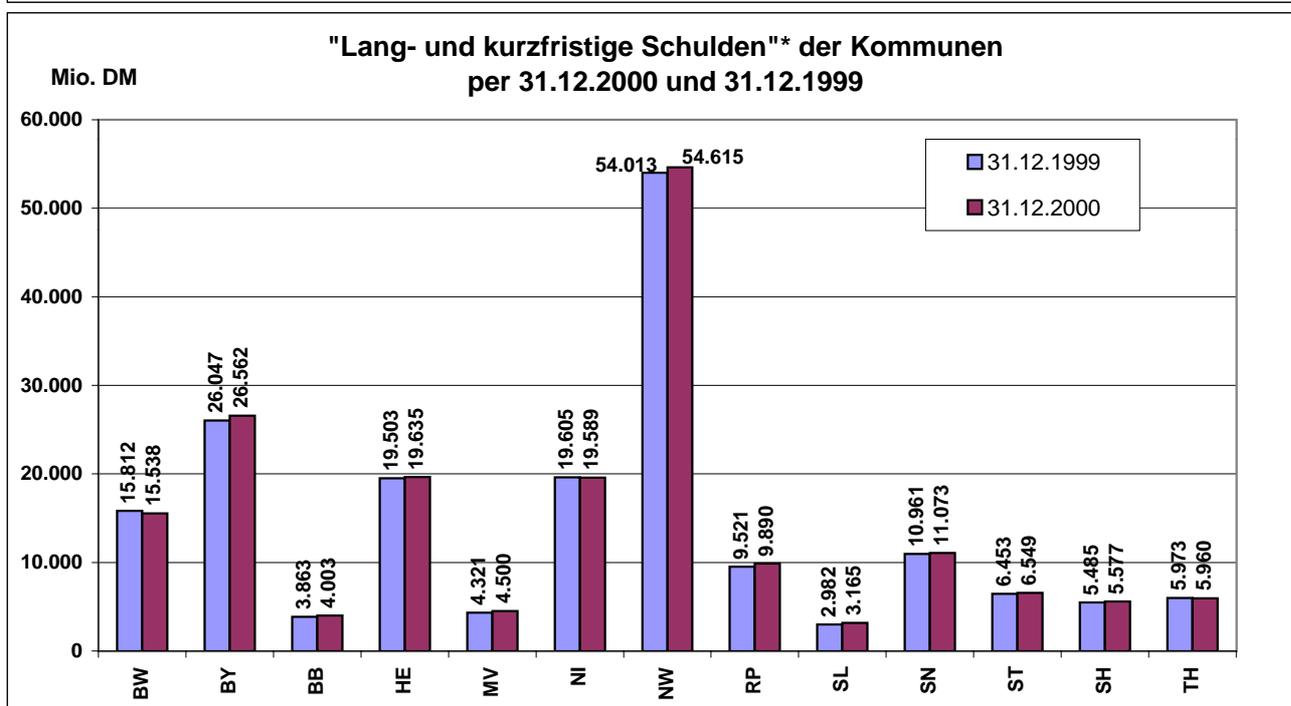
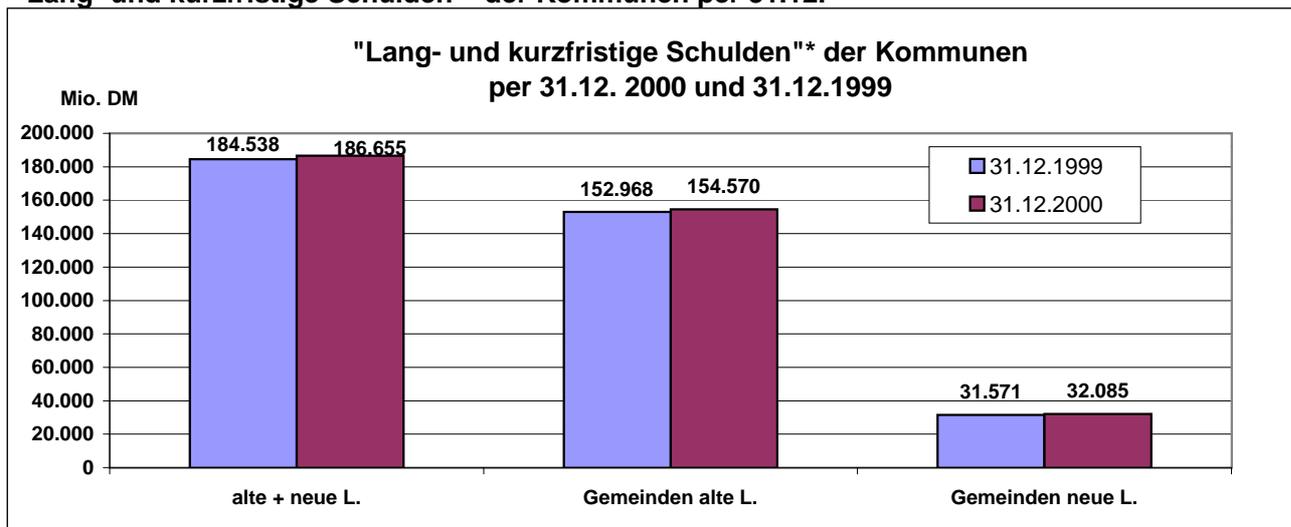


* Kassenverstärkungskredite. Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.

** Die Berechnungen zum 31.12.1999 u. 31.12.2000 basieren jeweils auf d. Einwohnerstand per 31.12.1998 bzw. 31.12.1999.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

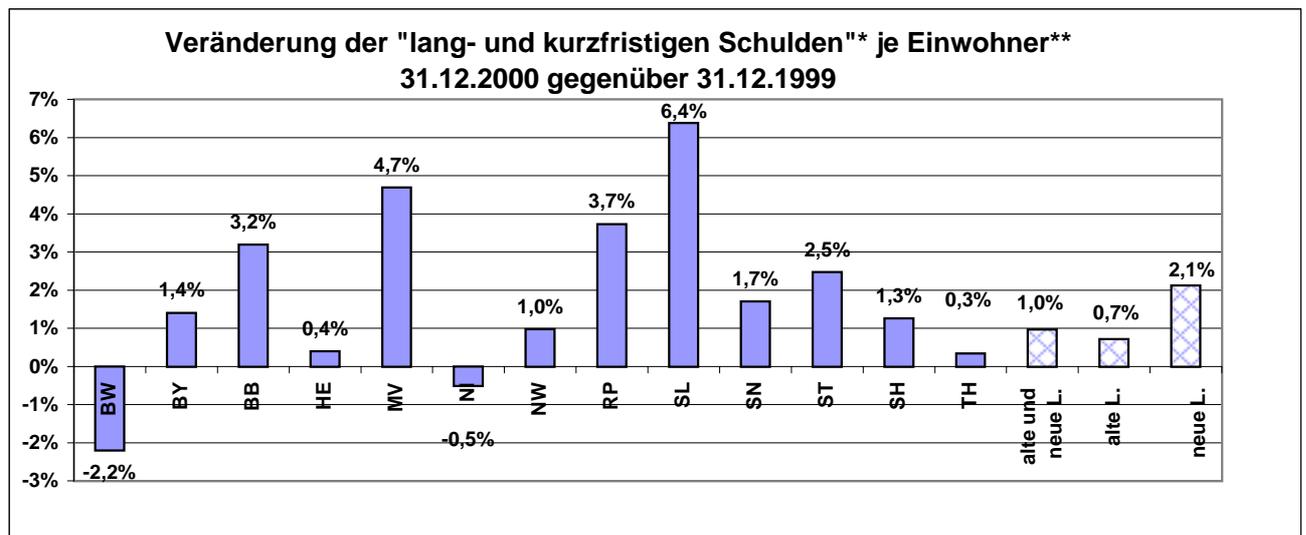
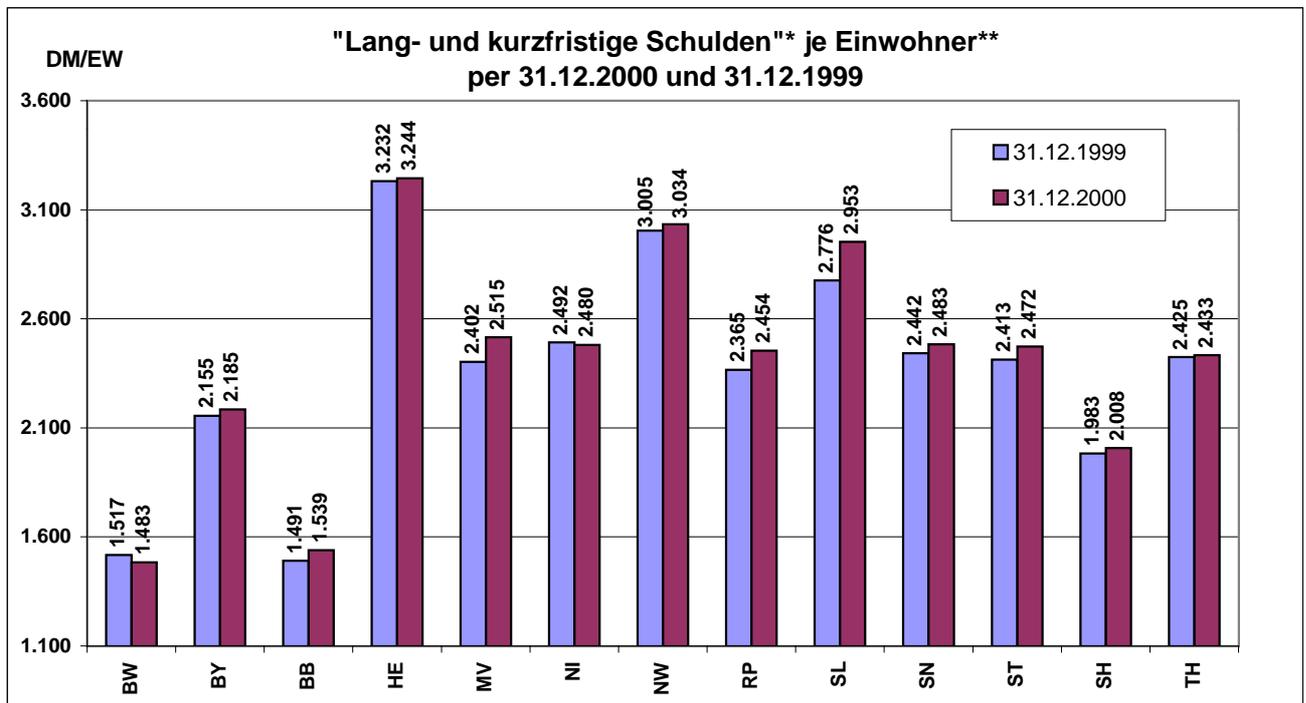
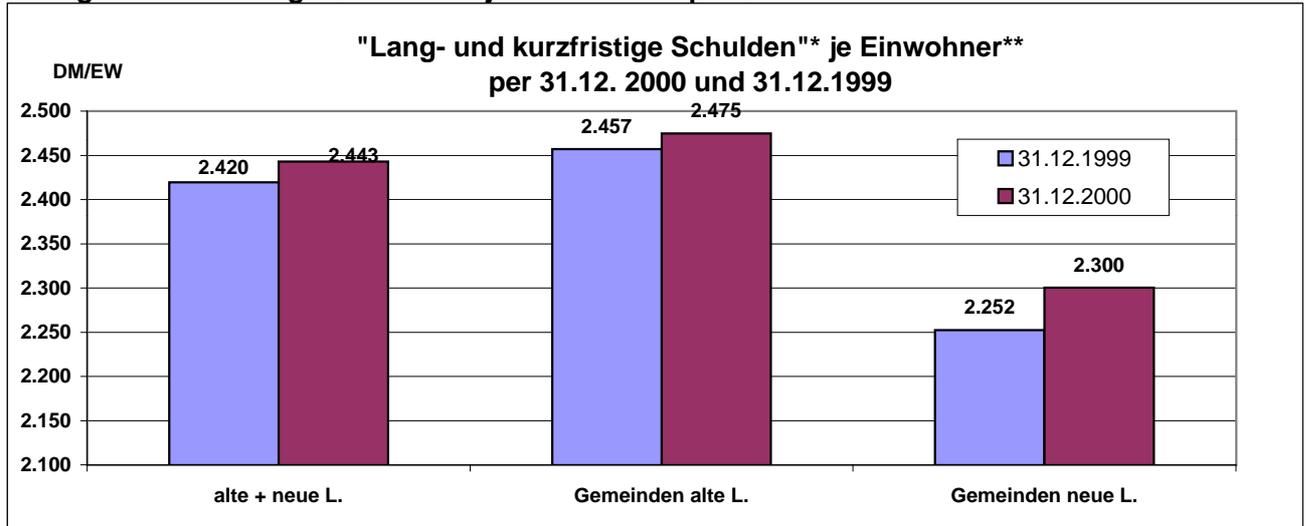
"Lang- und kurzfristige Schulden"* der Kommunen per 31.12.



* Kredite bei Verwaltg., sonst. öff. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen, einschl. Kassenkredite.
Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

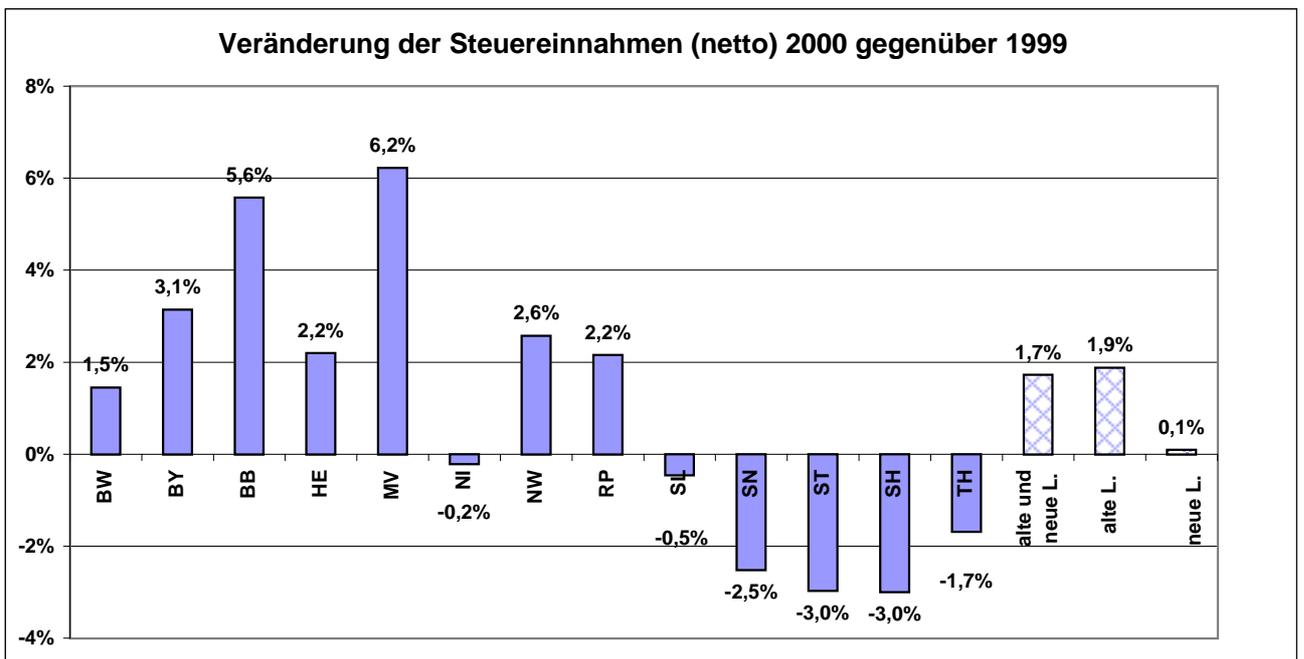
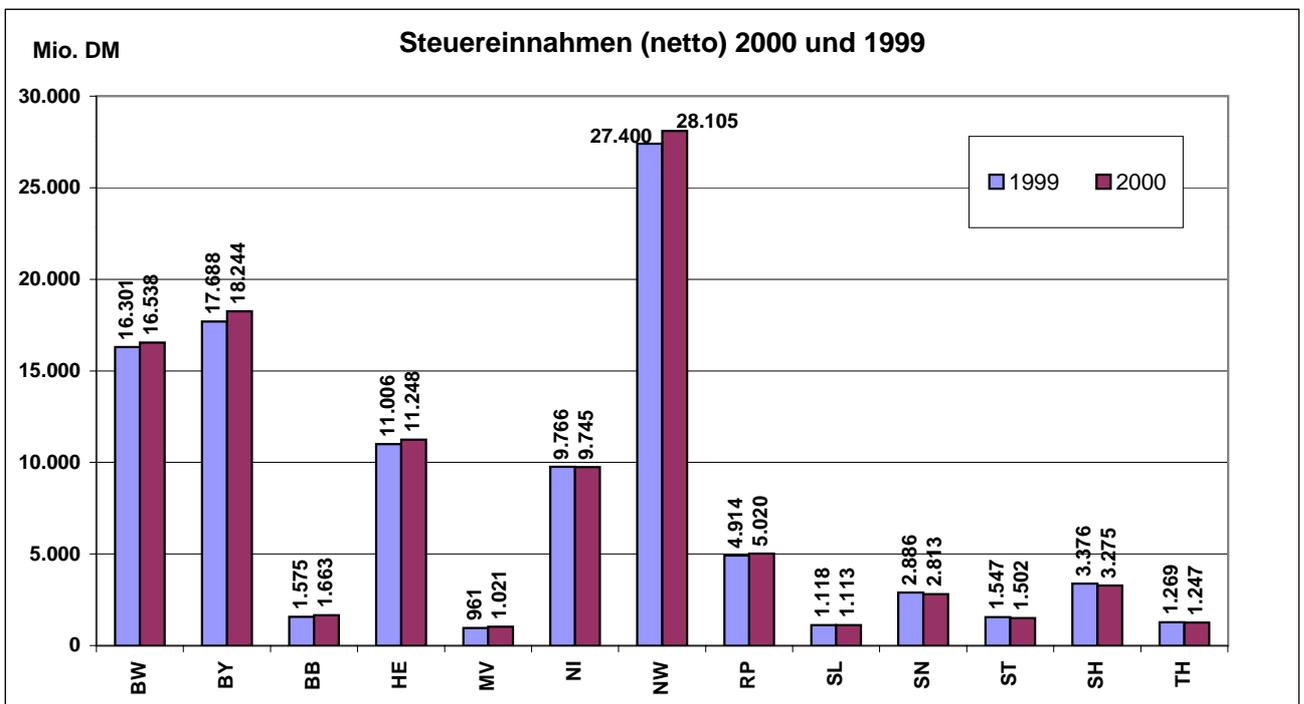
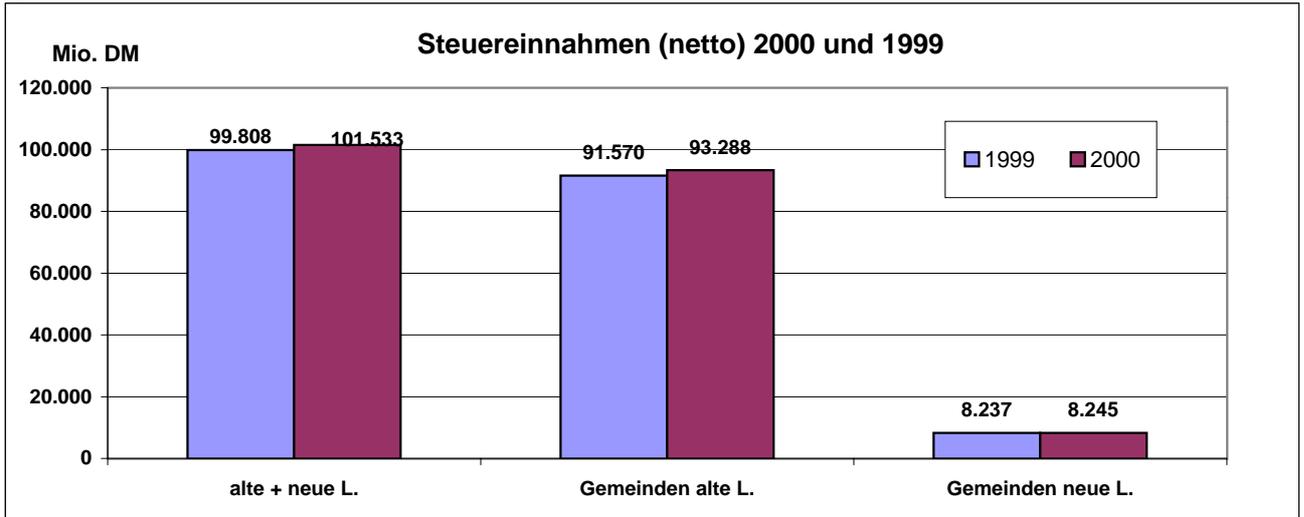
"Lang- und kurzfristige Schulden"* je Einwohner** per 31.12.



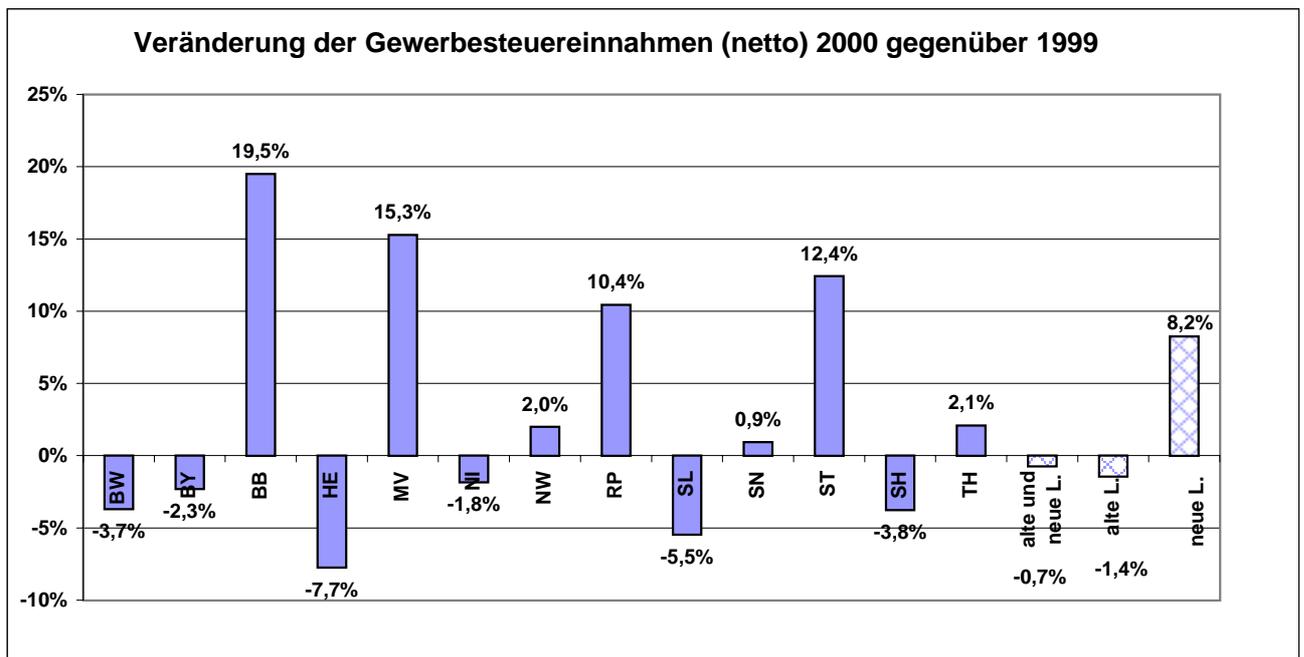
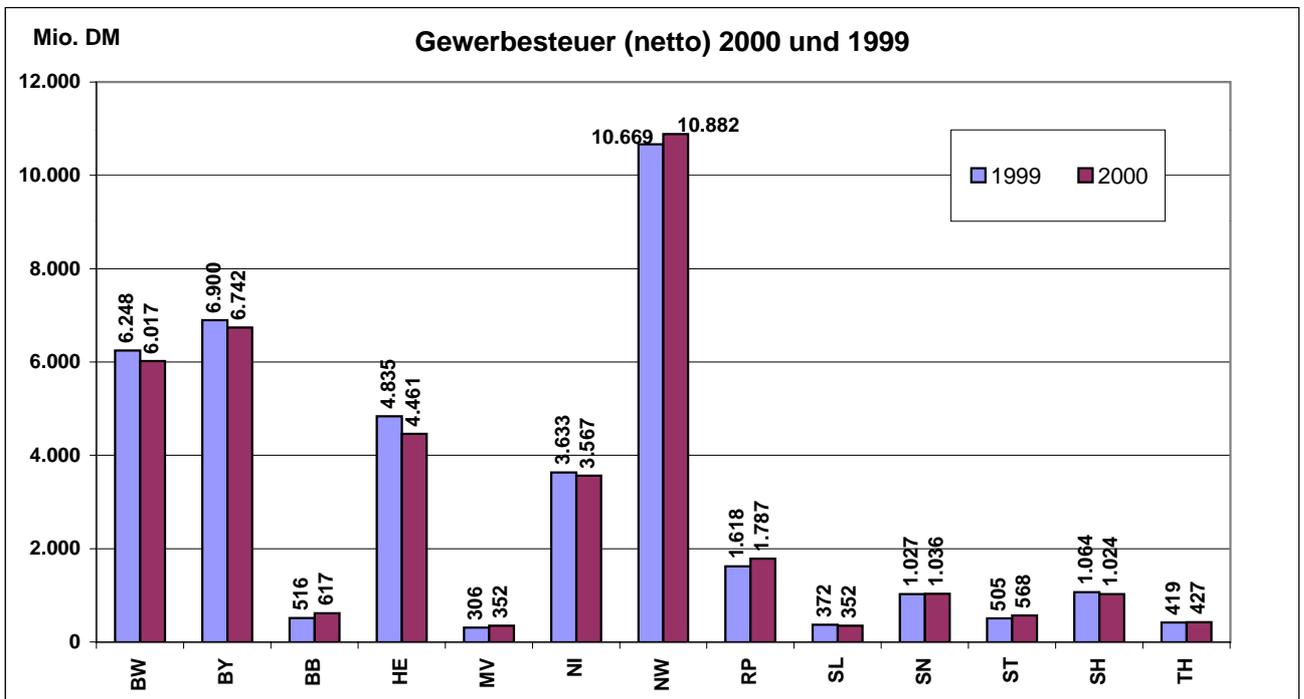
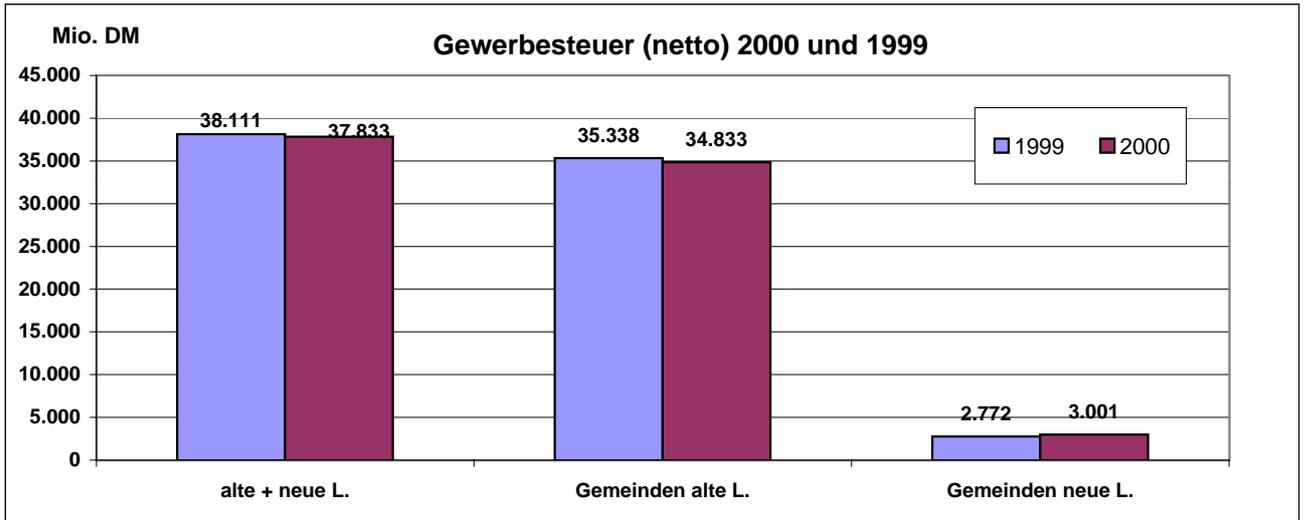
* Kredite bei Verwaltg., sonst. öff. Bereichen u. am Kreditmarkt, ohne innere Darlehen, einschl. Kassenkredite. Geringe Abweichungen zu den Angaben der Schuldenstatistik ergeben sich infolge unterschiedlicher Erfassungsmethoden in Kassen- und Schuldenstatistik.

** Die Berechnungen zum 31.12.1999 u. 31.12.2000 basieren jeweils auf d. Einwohnerstand per 31.12.1998 bzw. 31.12.1999.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

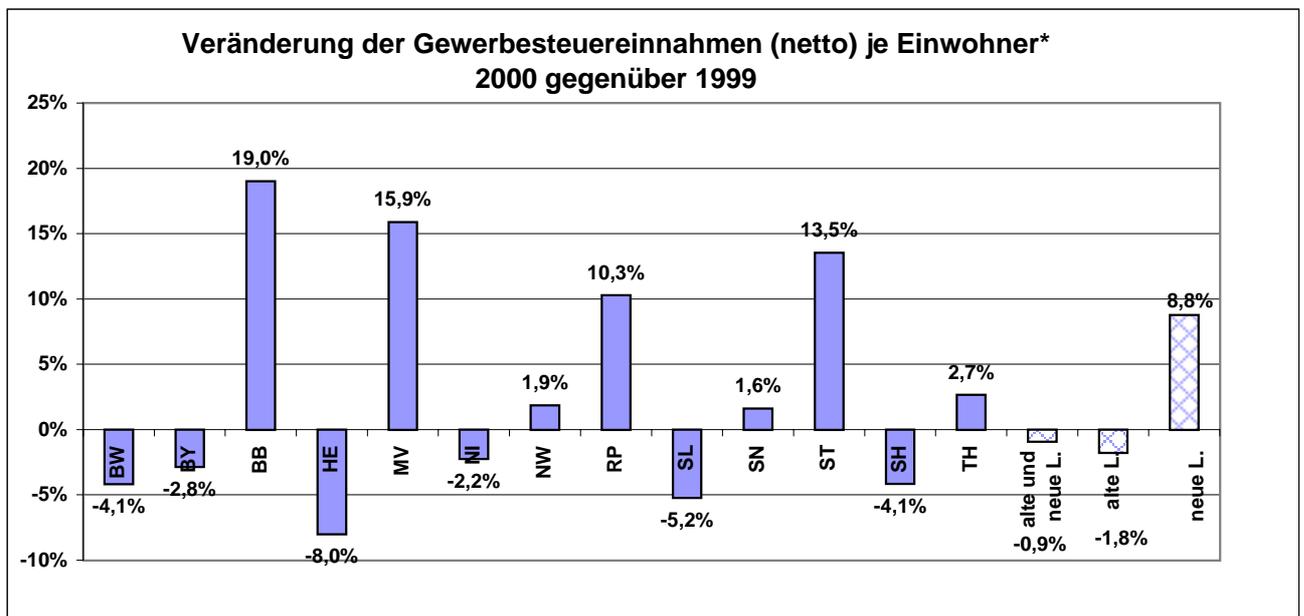
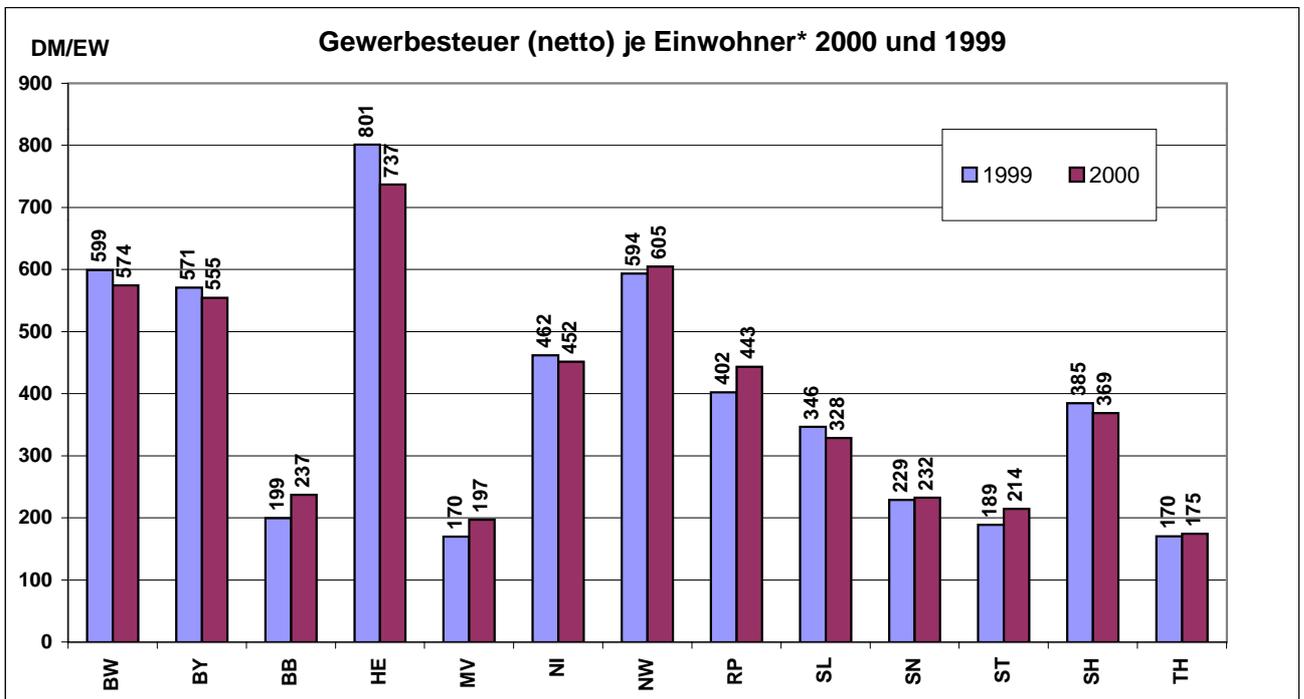
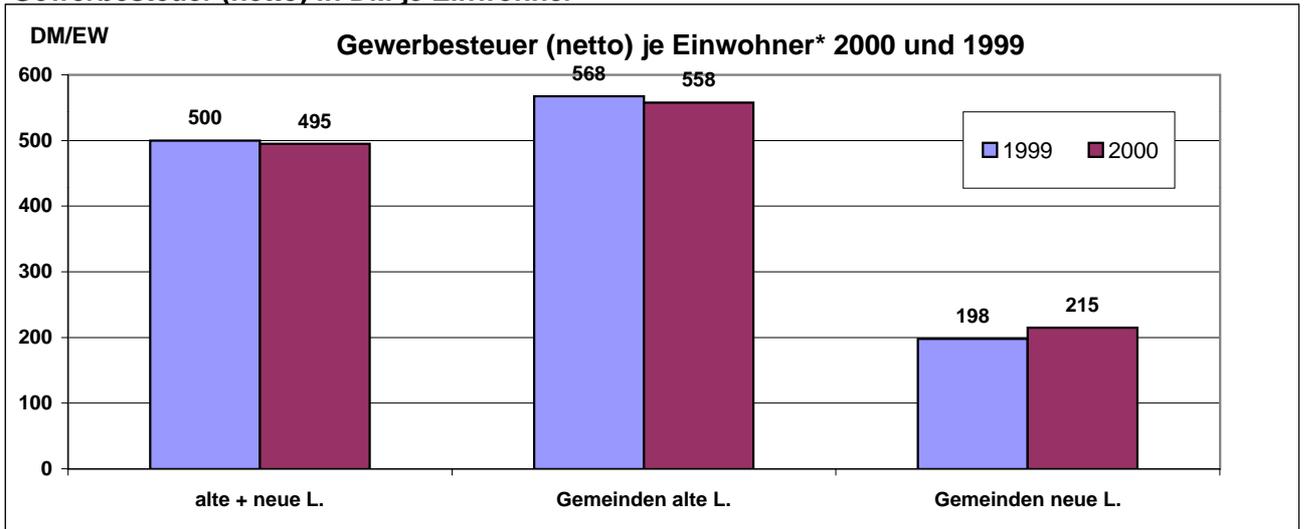


Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

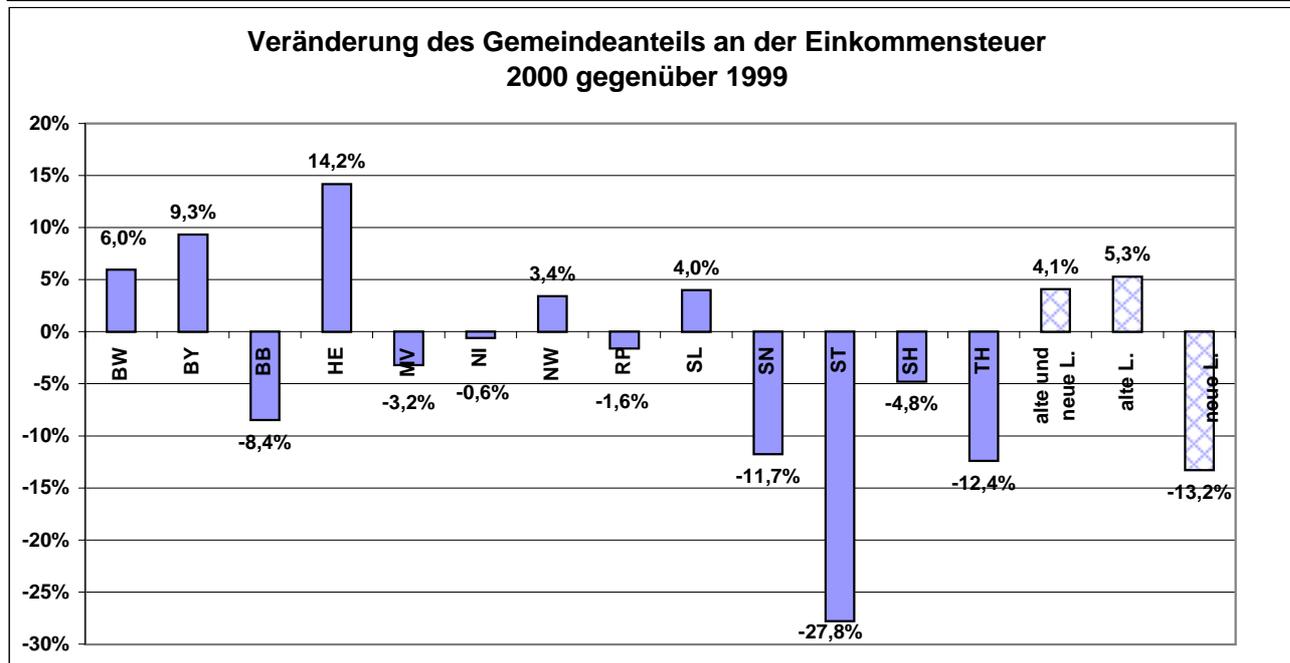
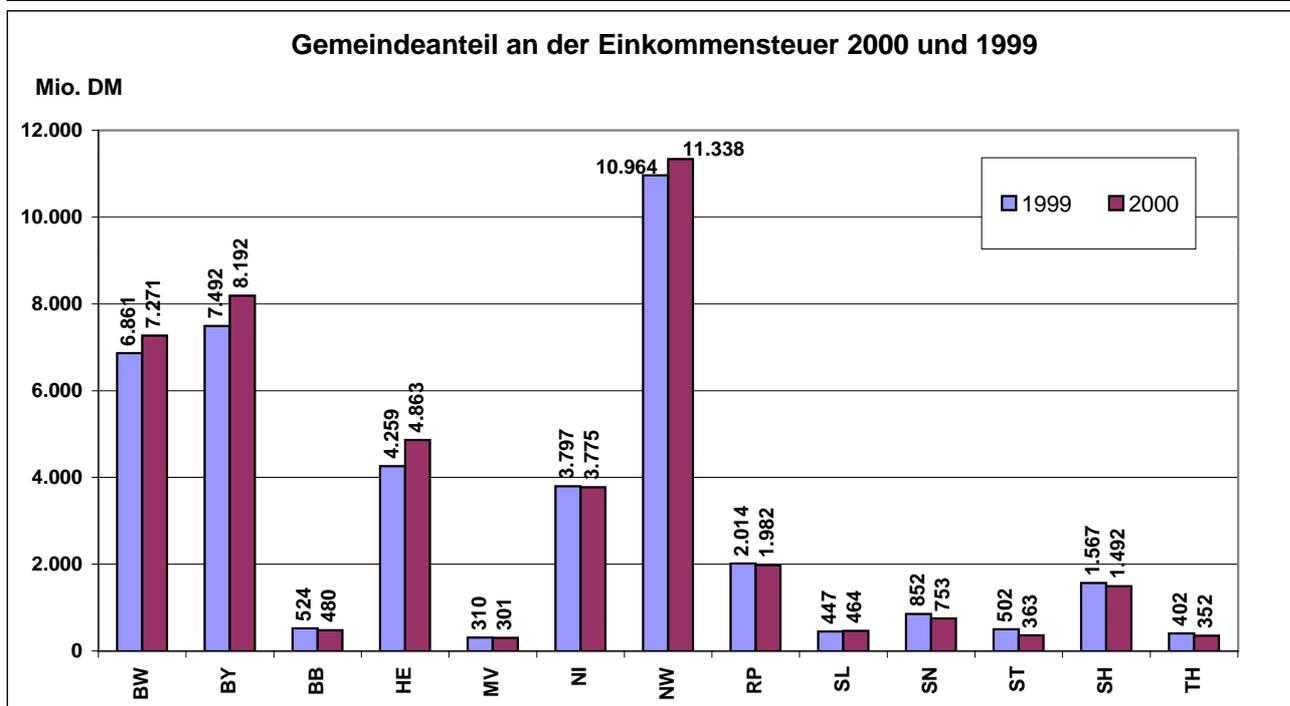
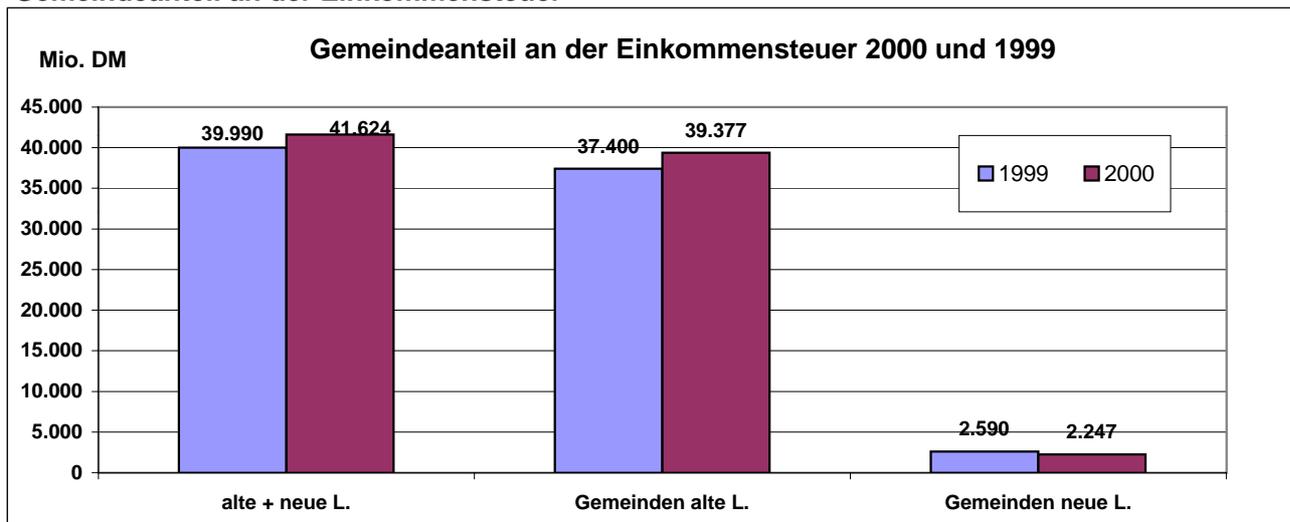
Gewerbsteuer (netto) in DM je Einwohner



* Die Berechnungen für 1999 und 2000 basieren jeweils auf dem Einwohnerstand per 31.12.1998 bzw. 31.12.1999.

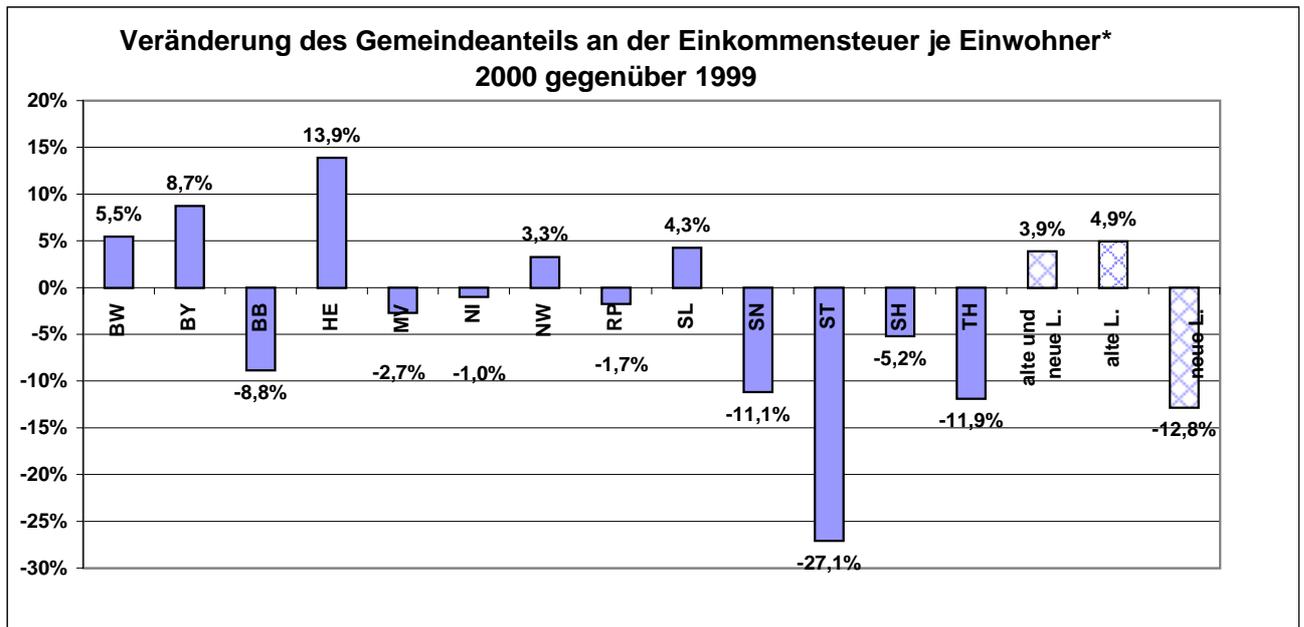
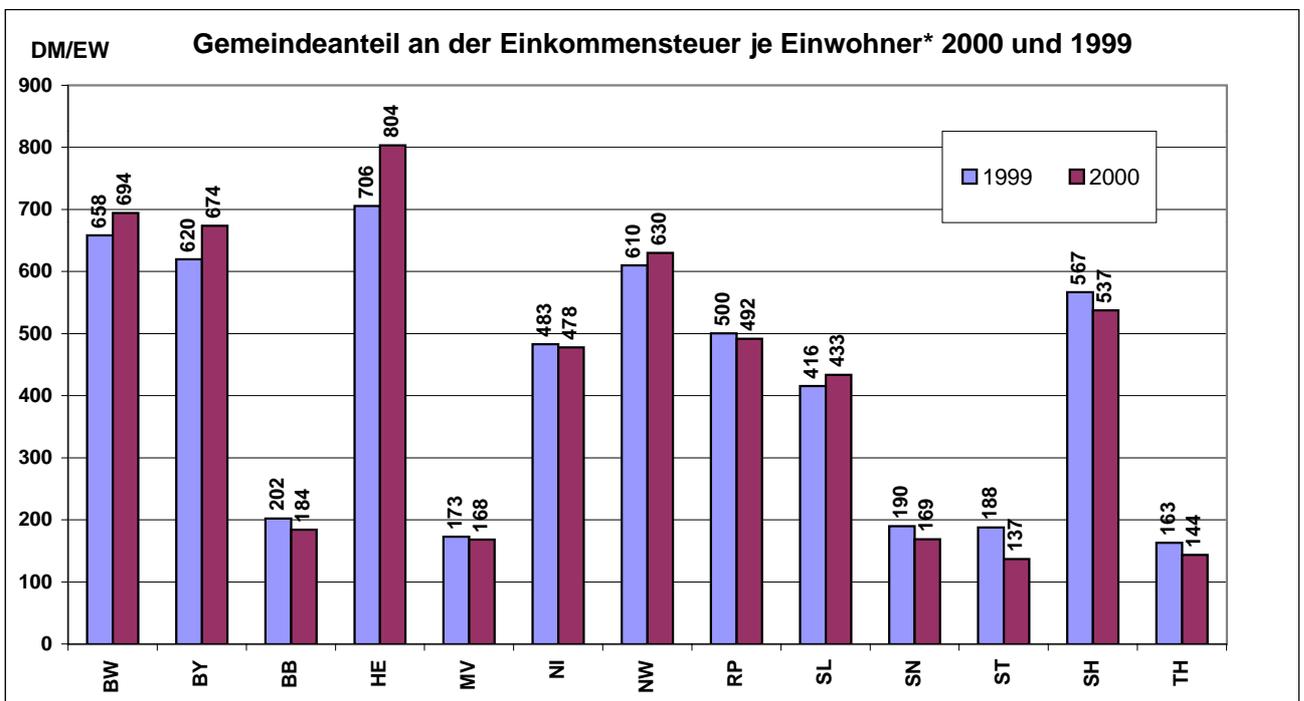
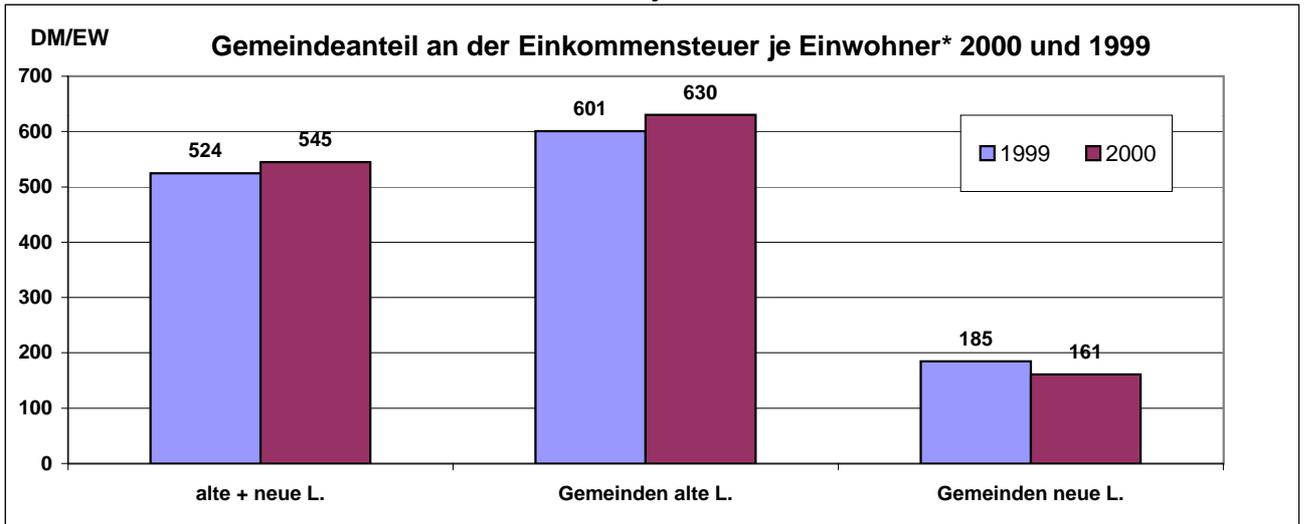
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in DM je Einwohner

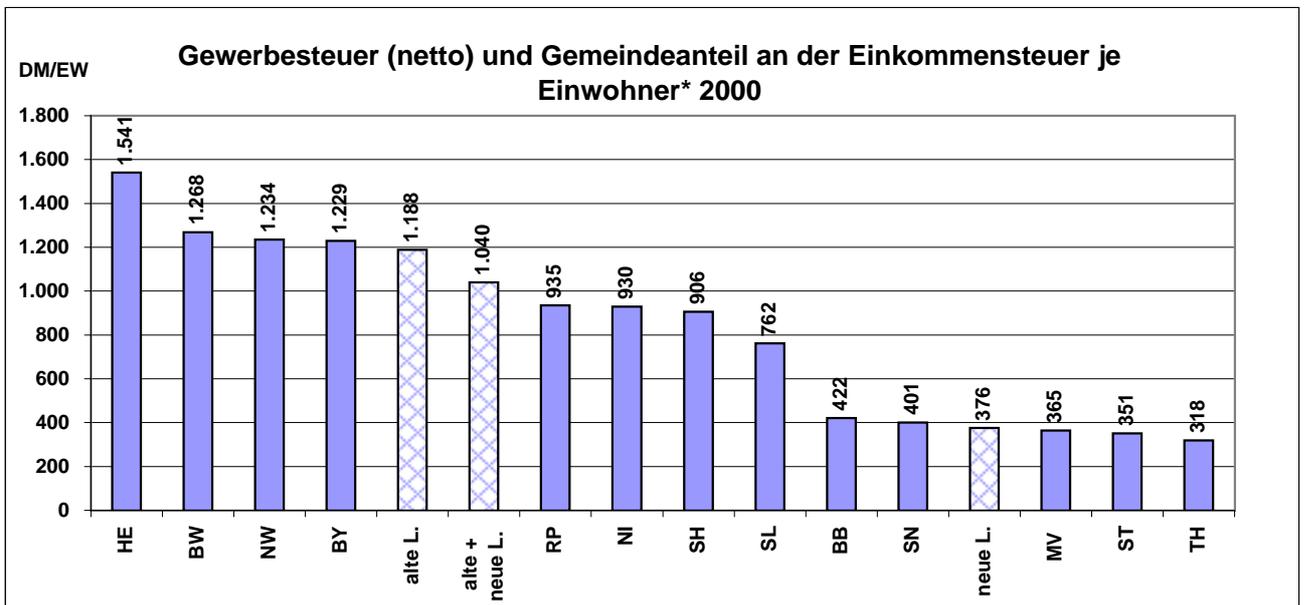
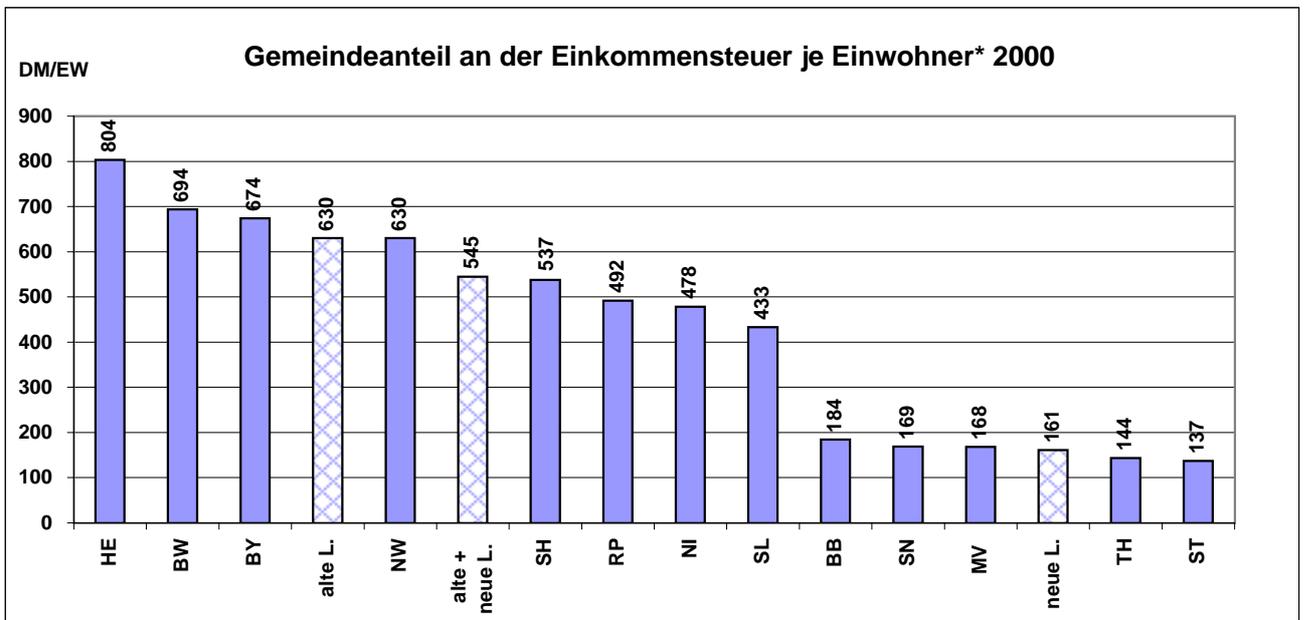
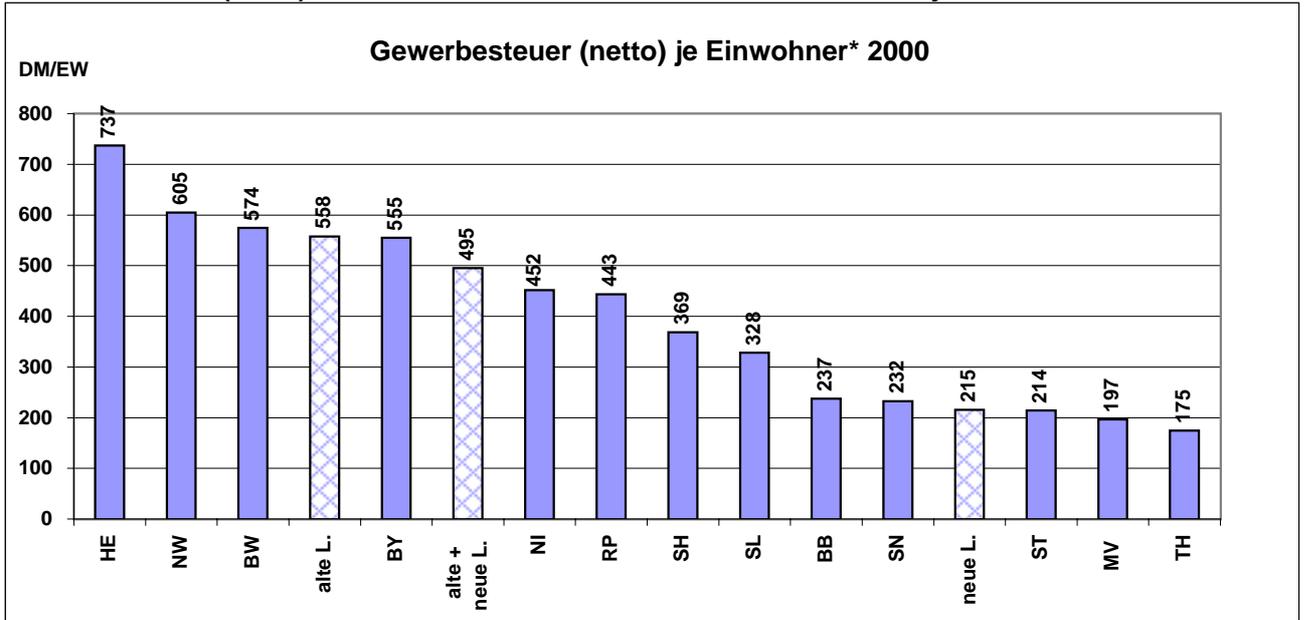


* Die Berechnungen für 1999 und 2000 basieren jeweils auf dem Einwohnerstand per 31.12.1998 bzw. 31.12.1999.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

2000

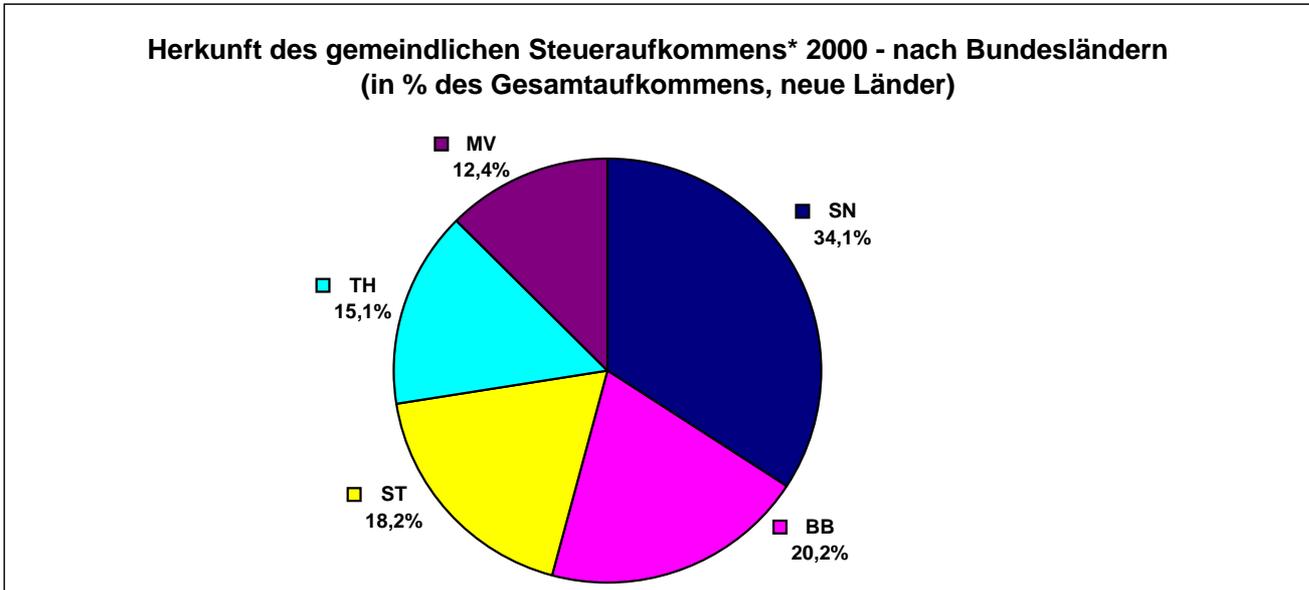
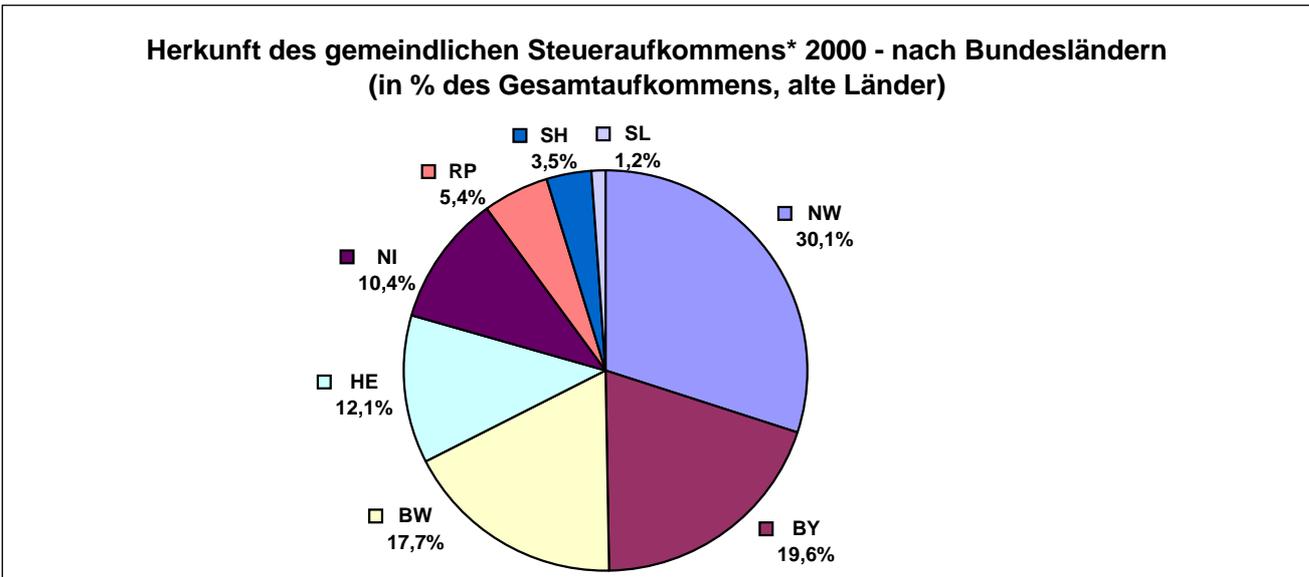
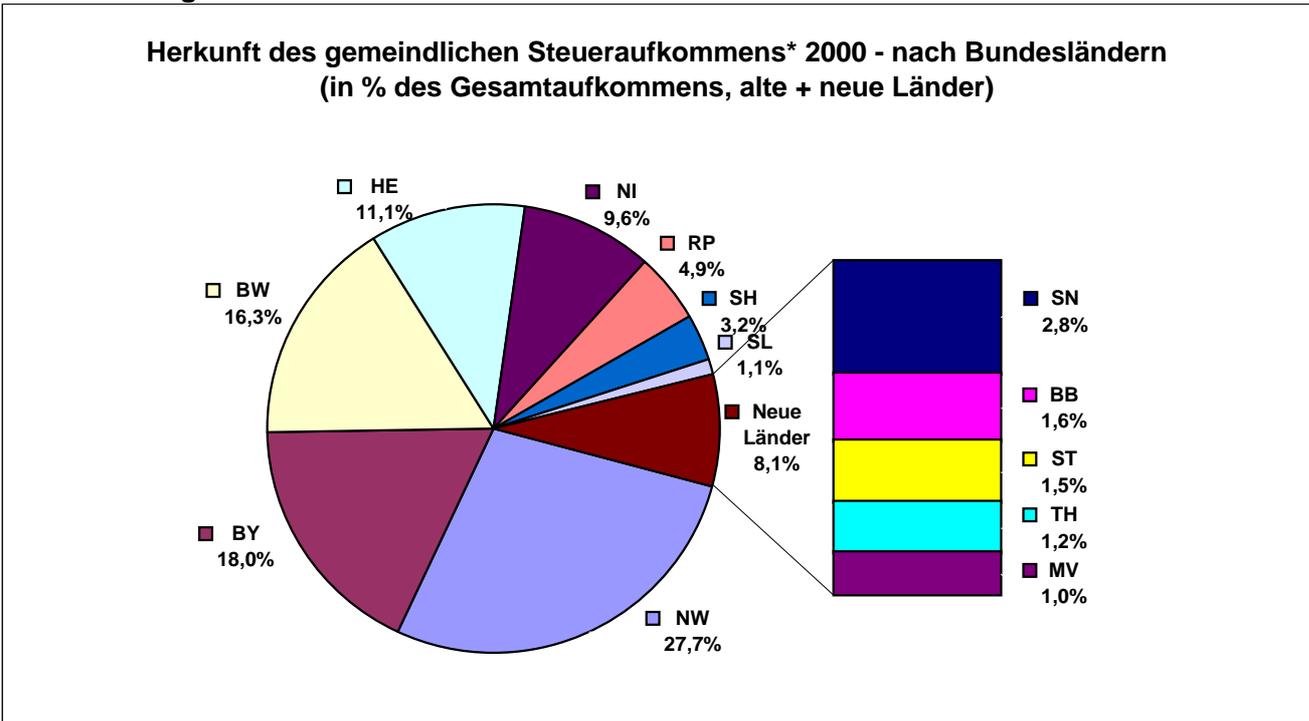
Gewerbsteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer je Einwohner



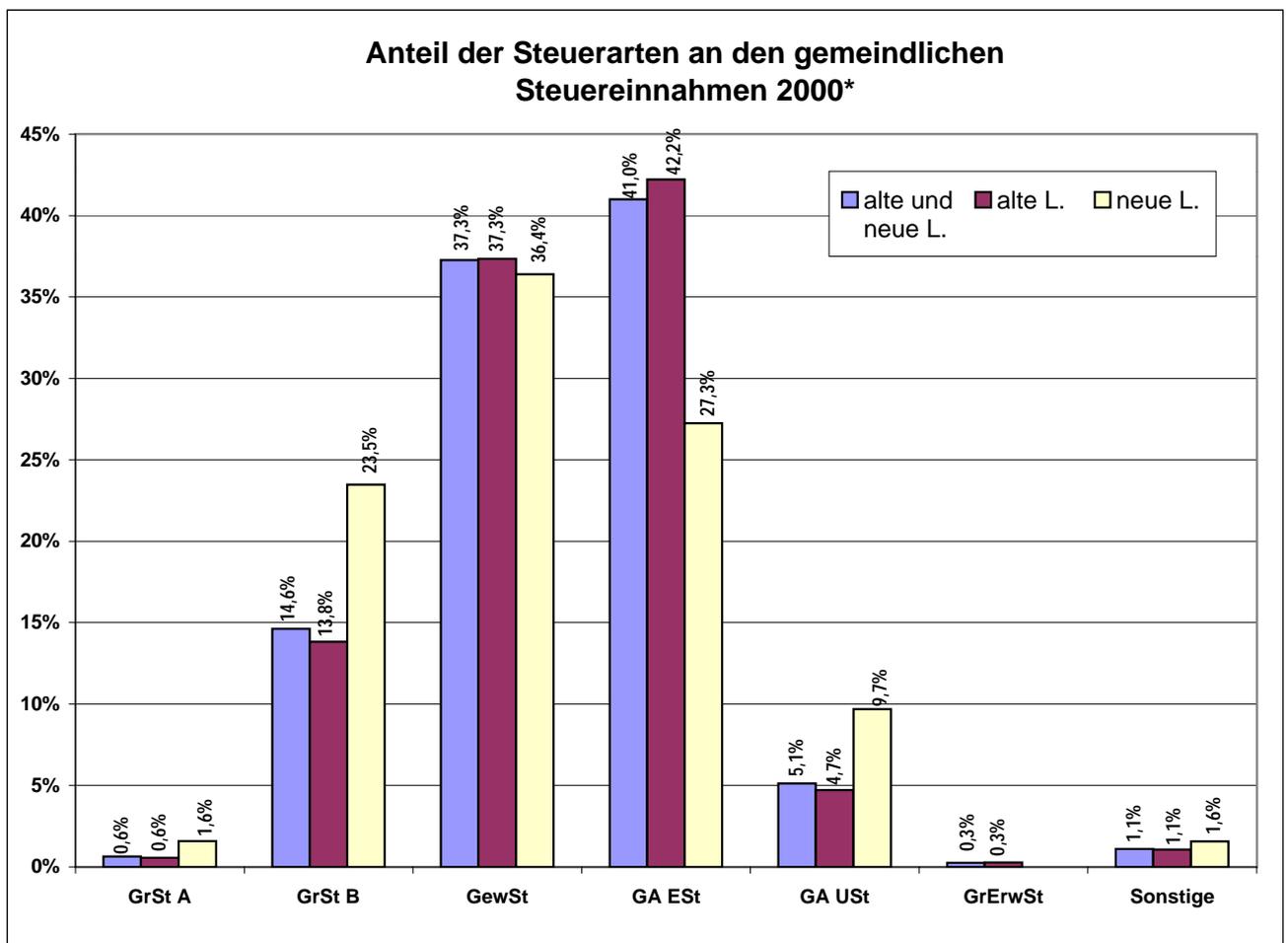
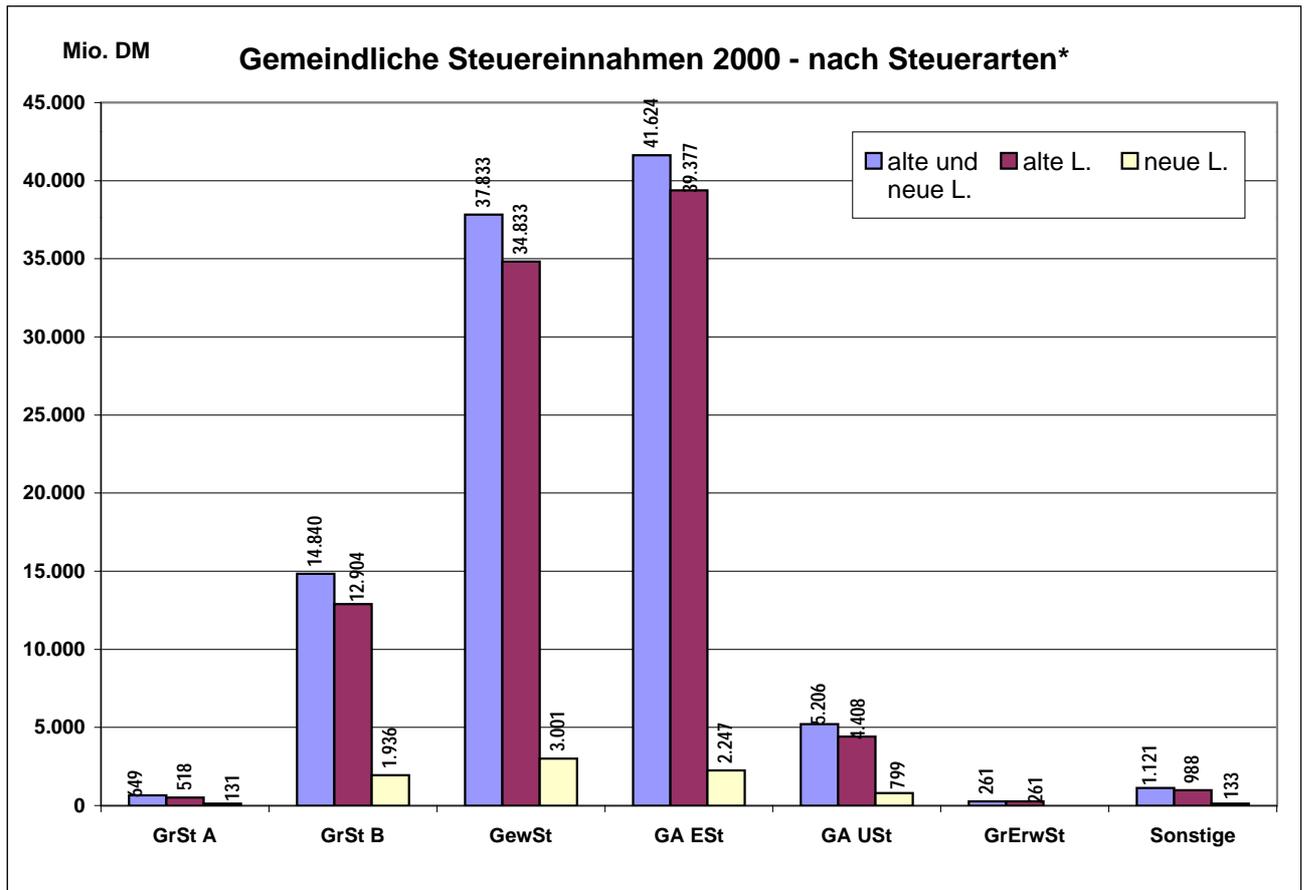
* Einwohnerstand per 31.12.1999.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Struktur des gemeindlichen Steueraufkommens der Flächenländer 2000 - nach Bundesländern



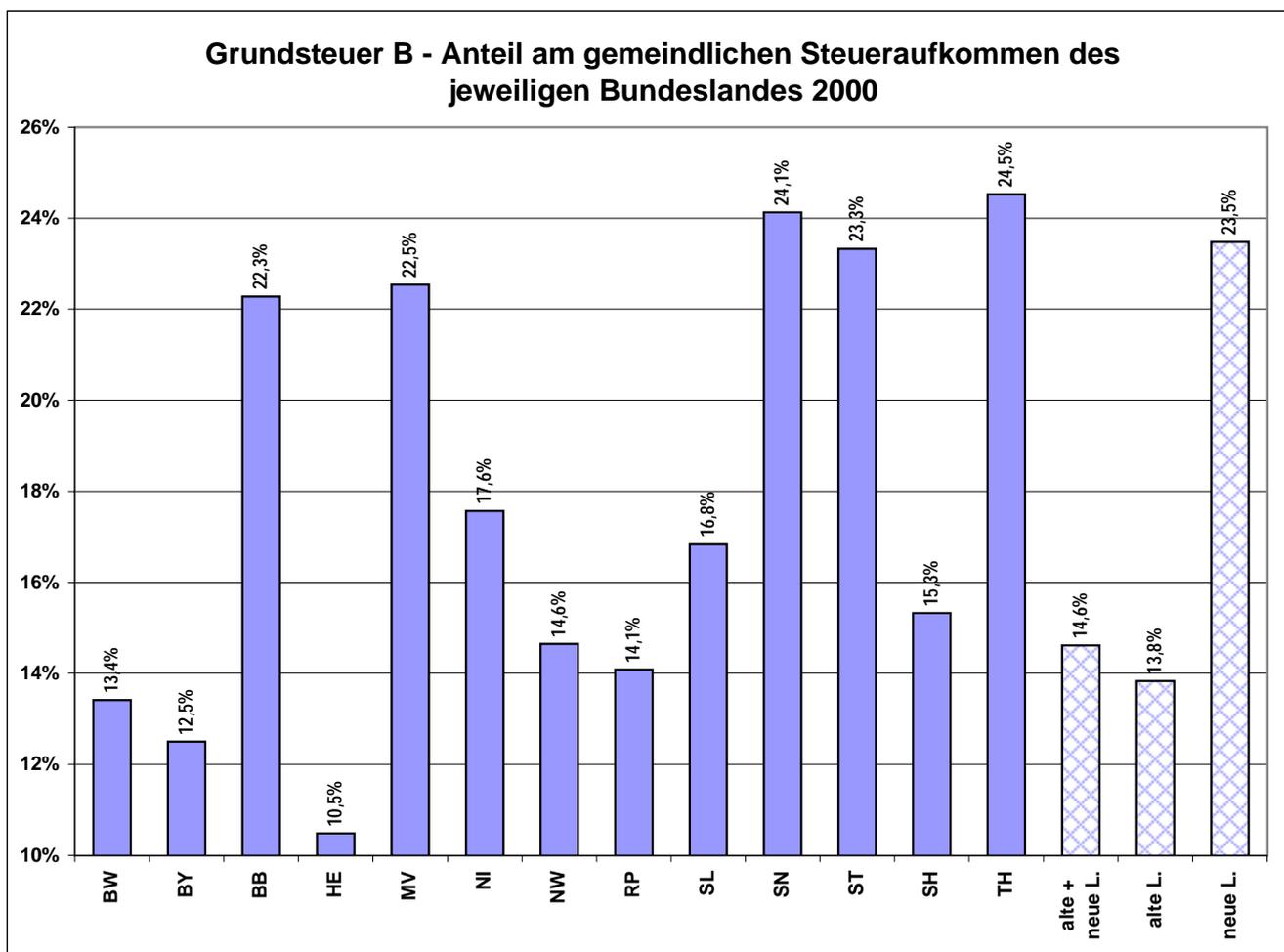
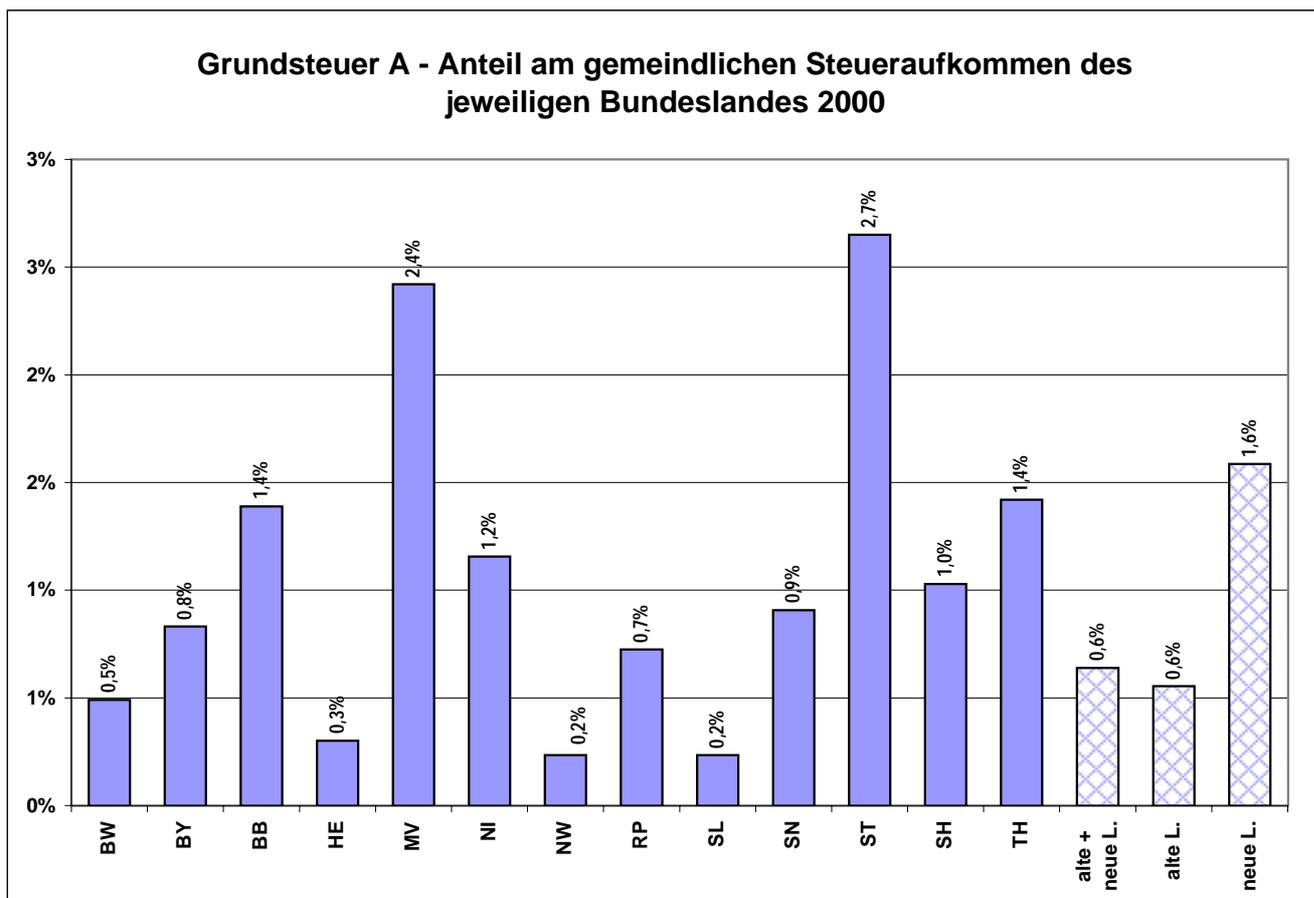
* Anteil der Gemeinden in d. jeweiligen Ländern am gemeindlichen Steueraufkommen d. Flächenländer (ohne Stadtstaaten).
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Stadtstaaten.

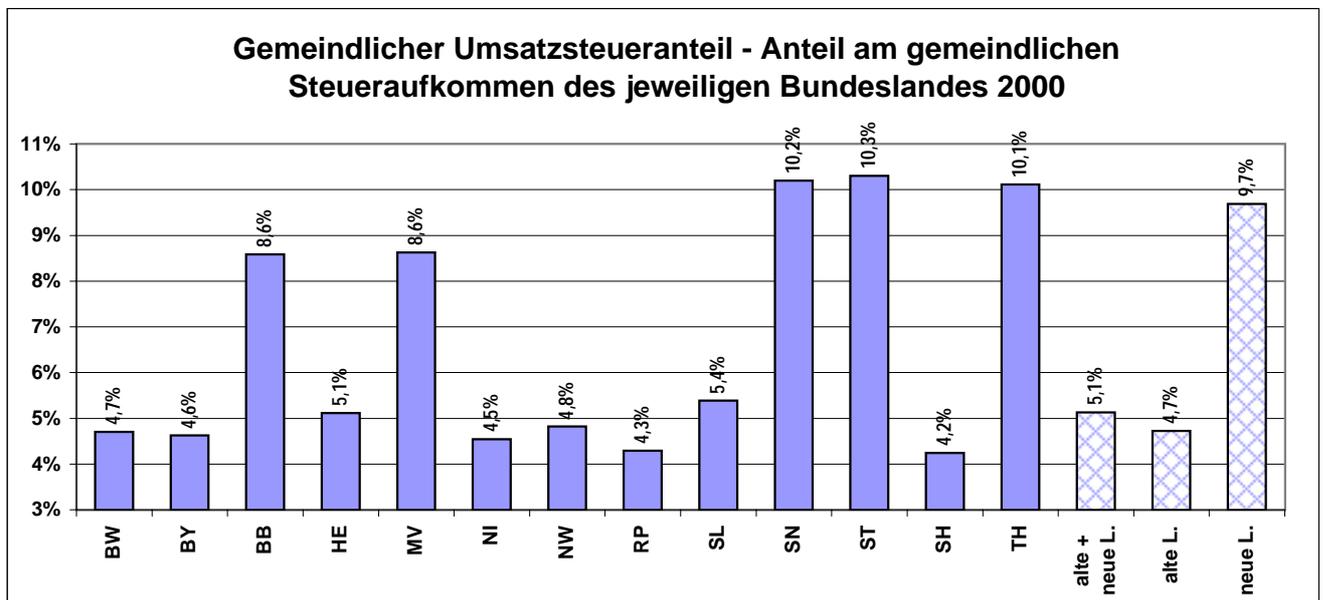
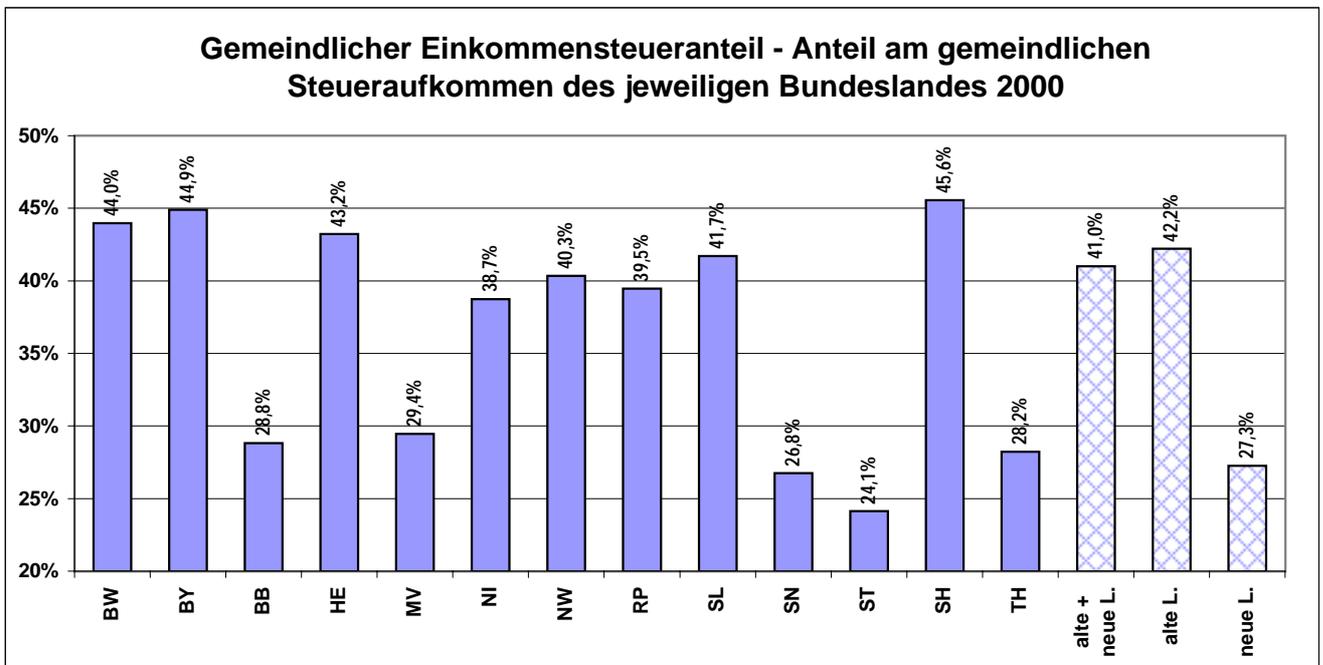
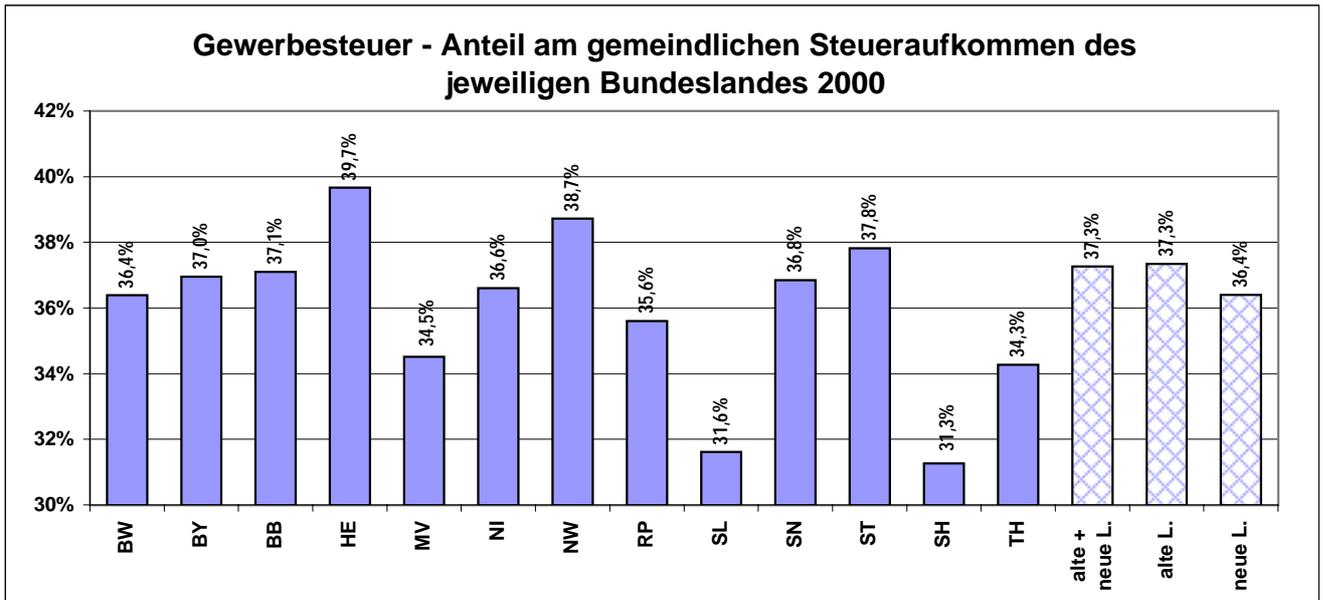
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Anteil der Steuerart am Steueraufkommen der Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes
 Grundsteuer A, Grundsteuer B



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

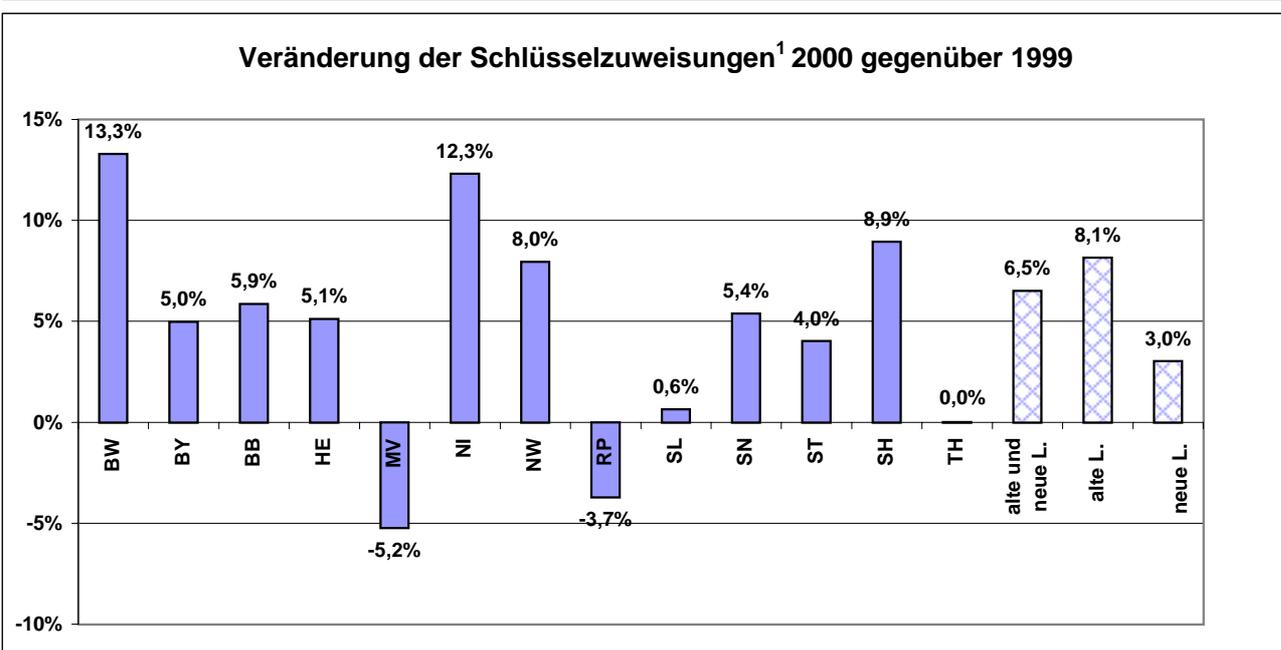
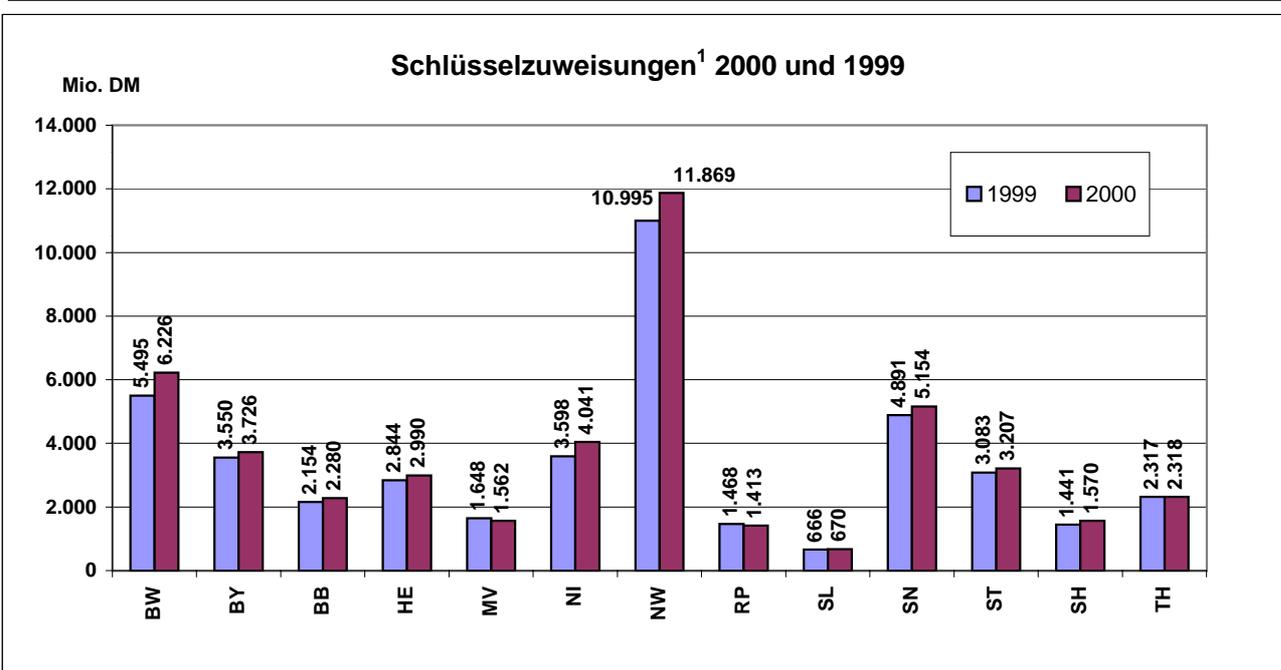
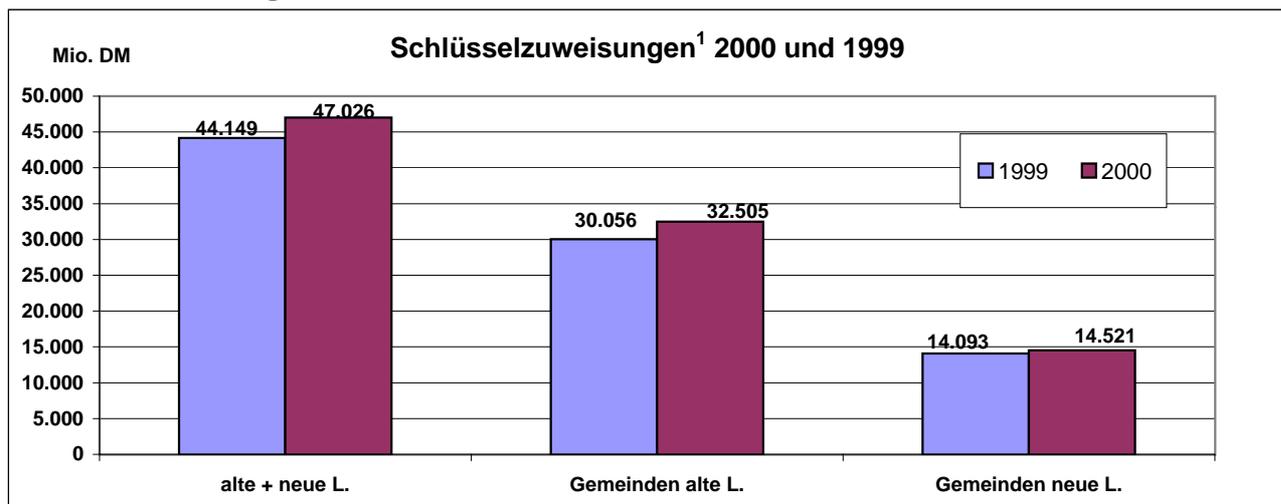
Anteil der Steuerart am Steueraufkommen der Gemeinden des jeweiligen Bundeslandes
 Gewerbesteuer, Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

2000 und 1999

Schlüsselzuweisungen¹

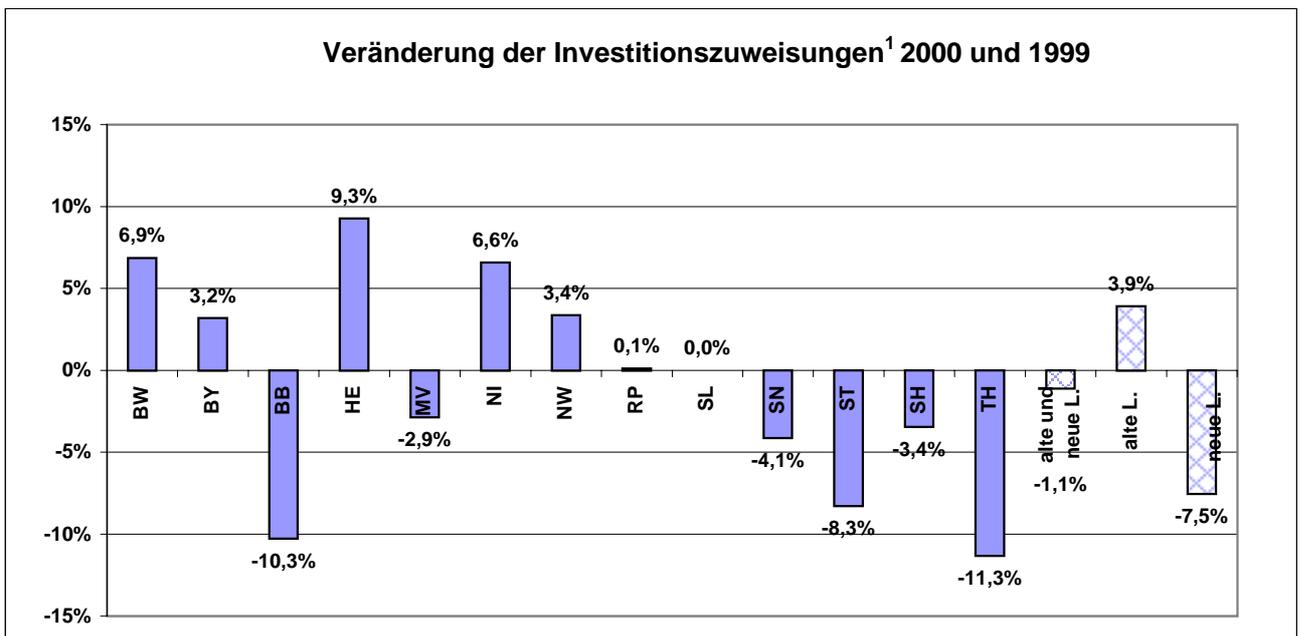
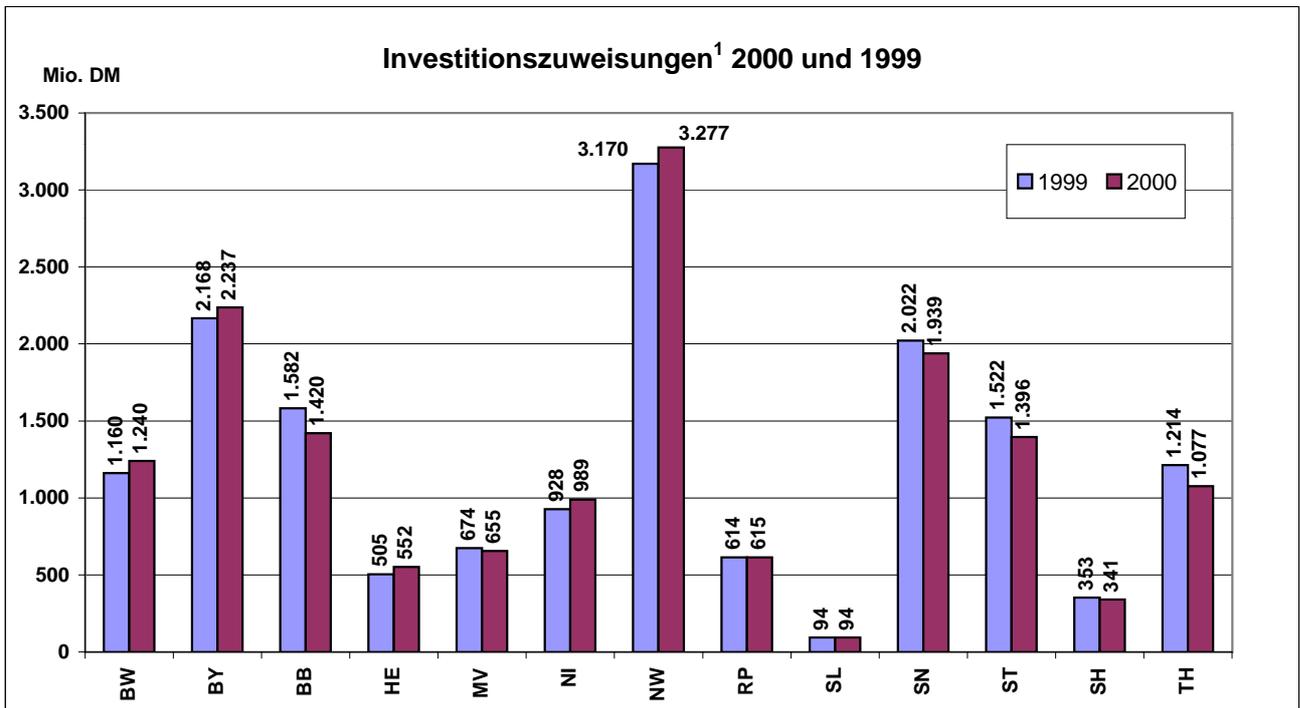
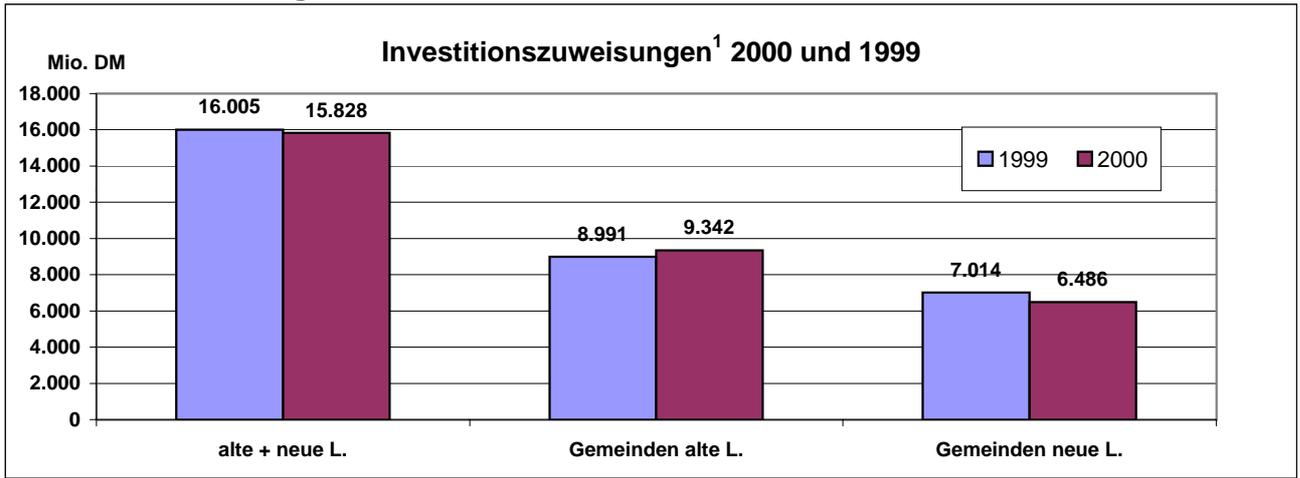


* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Brandenburg, Sachsen und Meckl.-Vorp. einschl. Familienleistungsausgleich.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Investitionszuweisungen¹



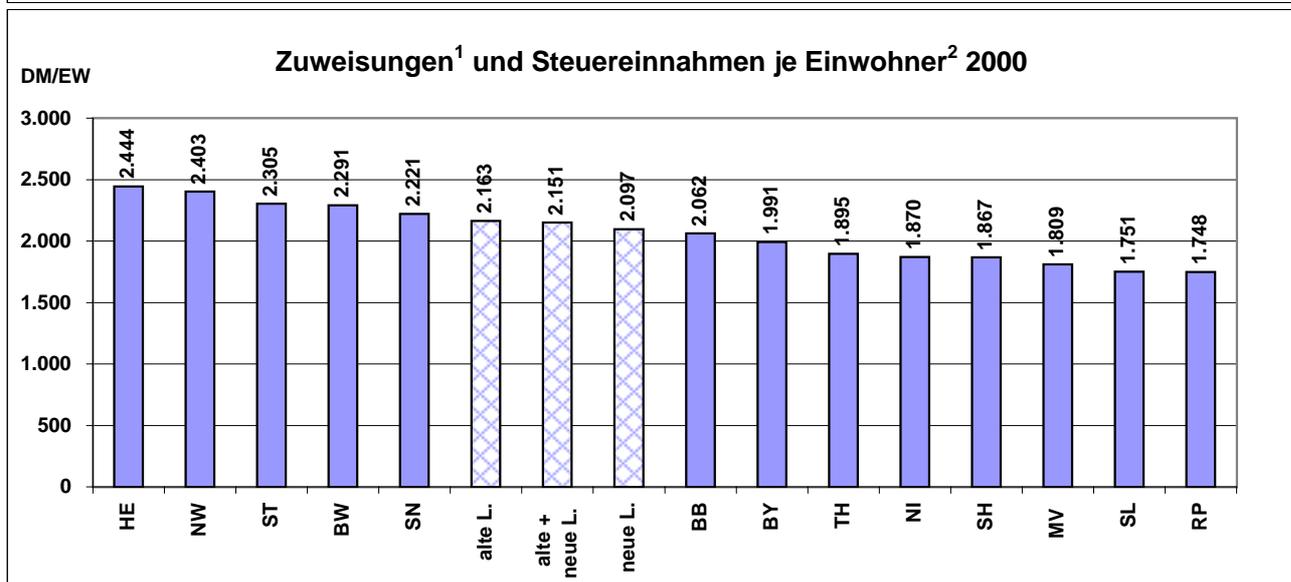
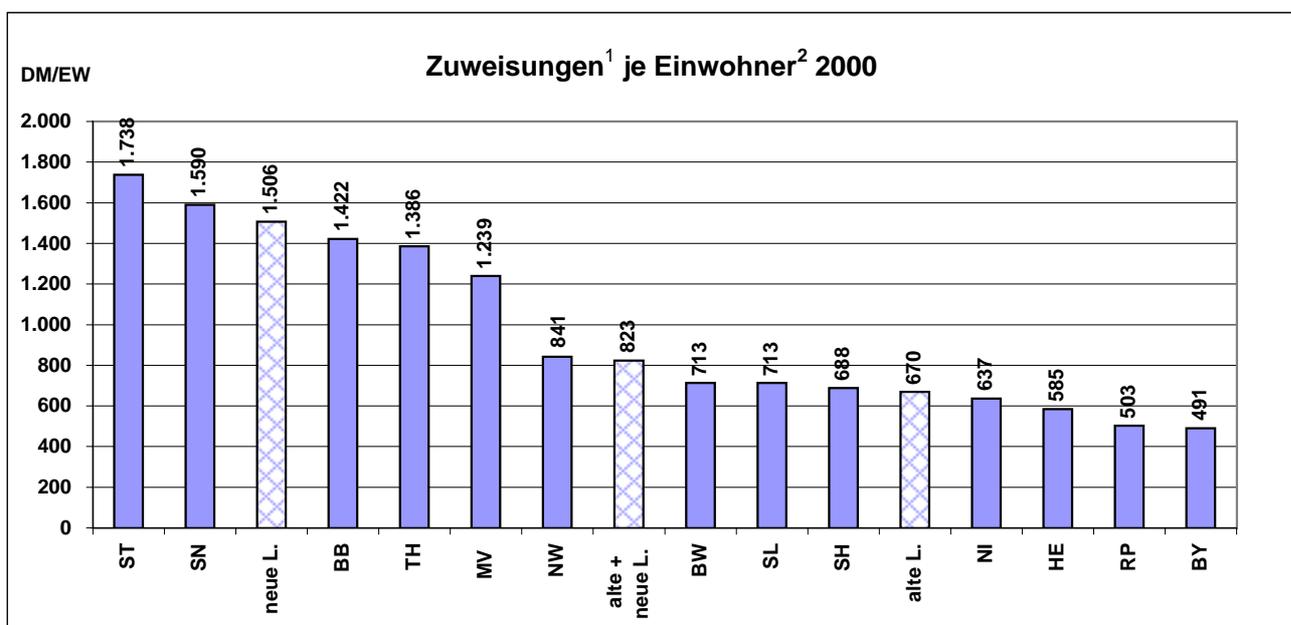
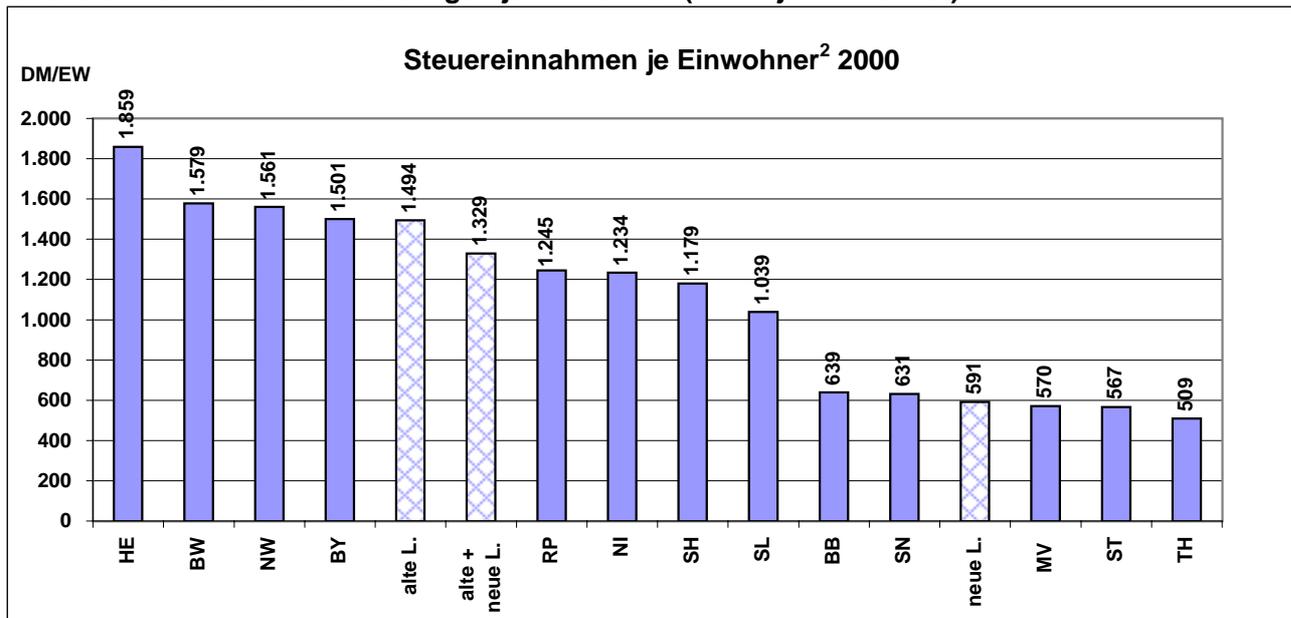
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

¹ Zuweisungen für Investitionen vom Land.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

2000

Steuereinnahmen und Zuweisungen je Einwohner (in DM je Einwohner)

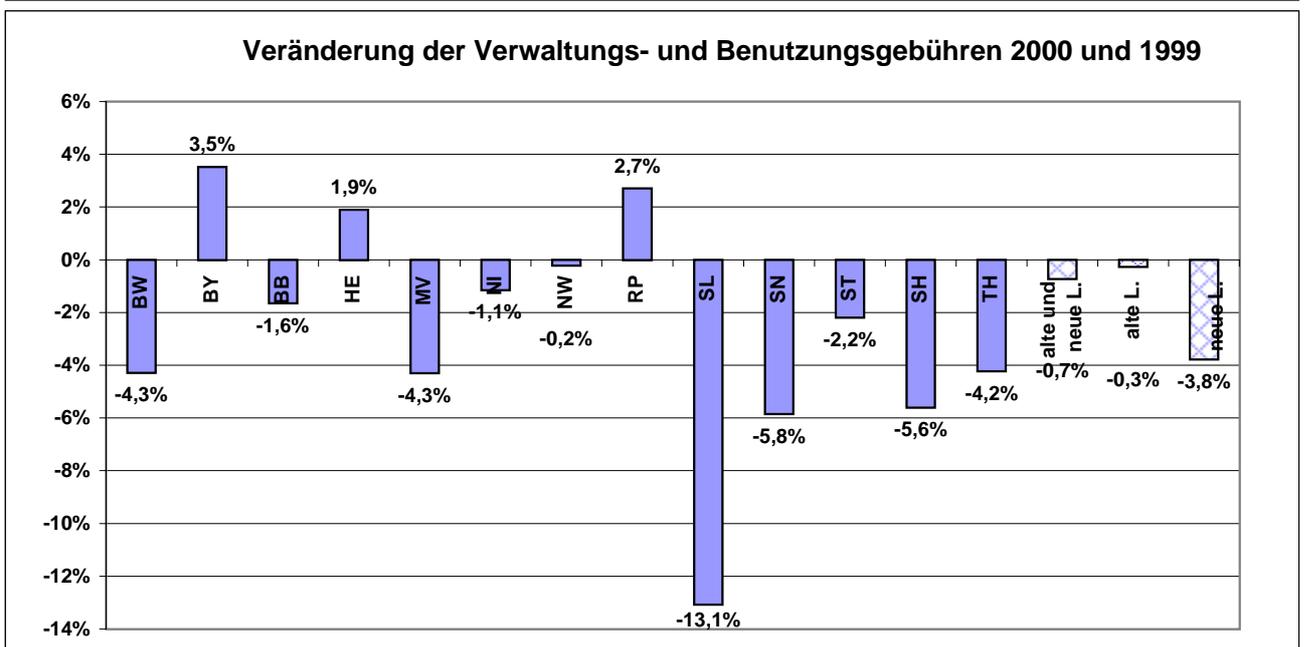
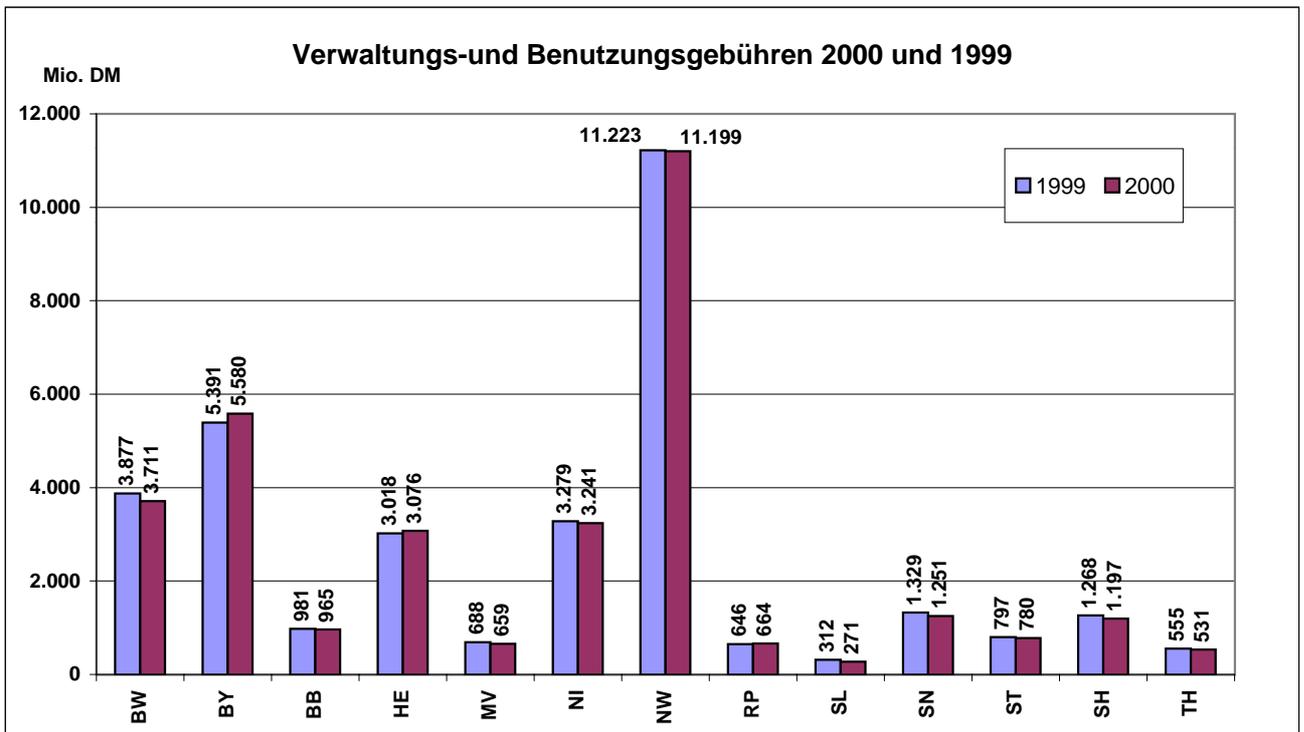
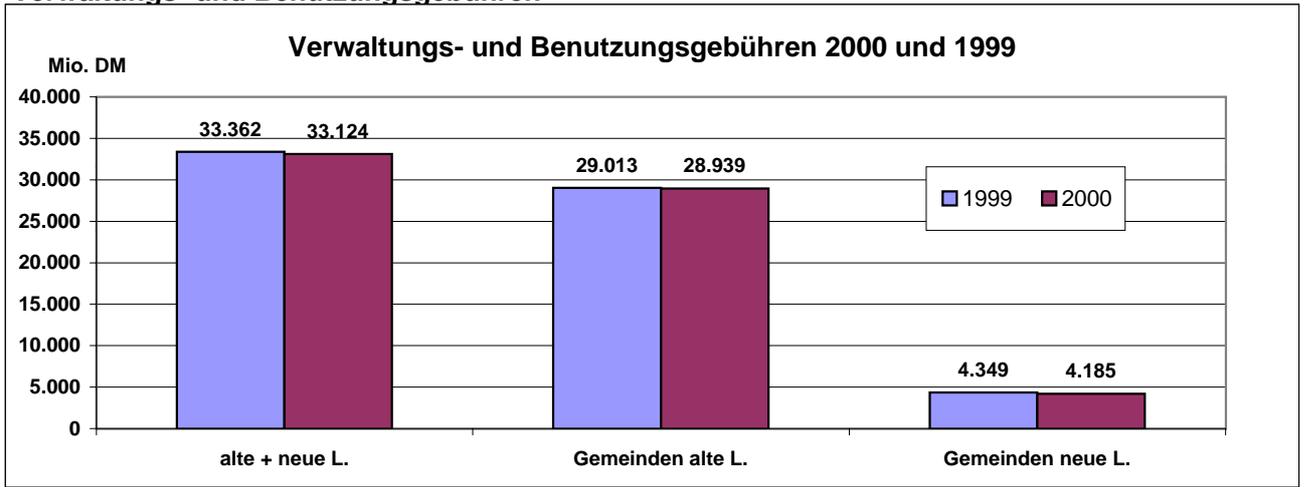


¹ Summe der Schlüssel- und Investitionszuweisungen; Brbg., Sachsen und Meckl.-Vorp. einschl. Familienleistungsausgleich.

² Einwohnerstand per 31.12.1999.

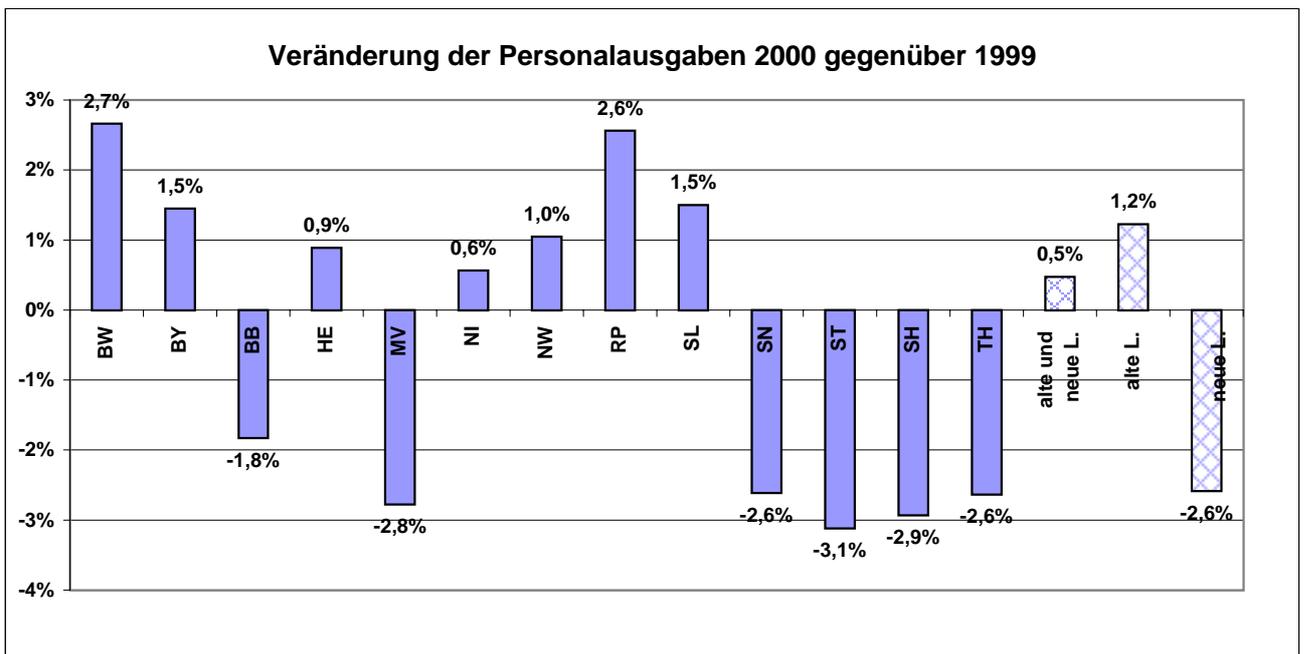
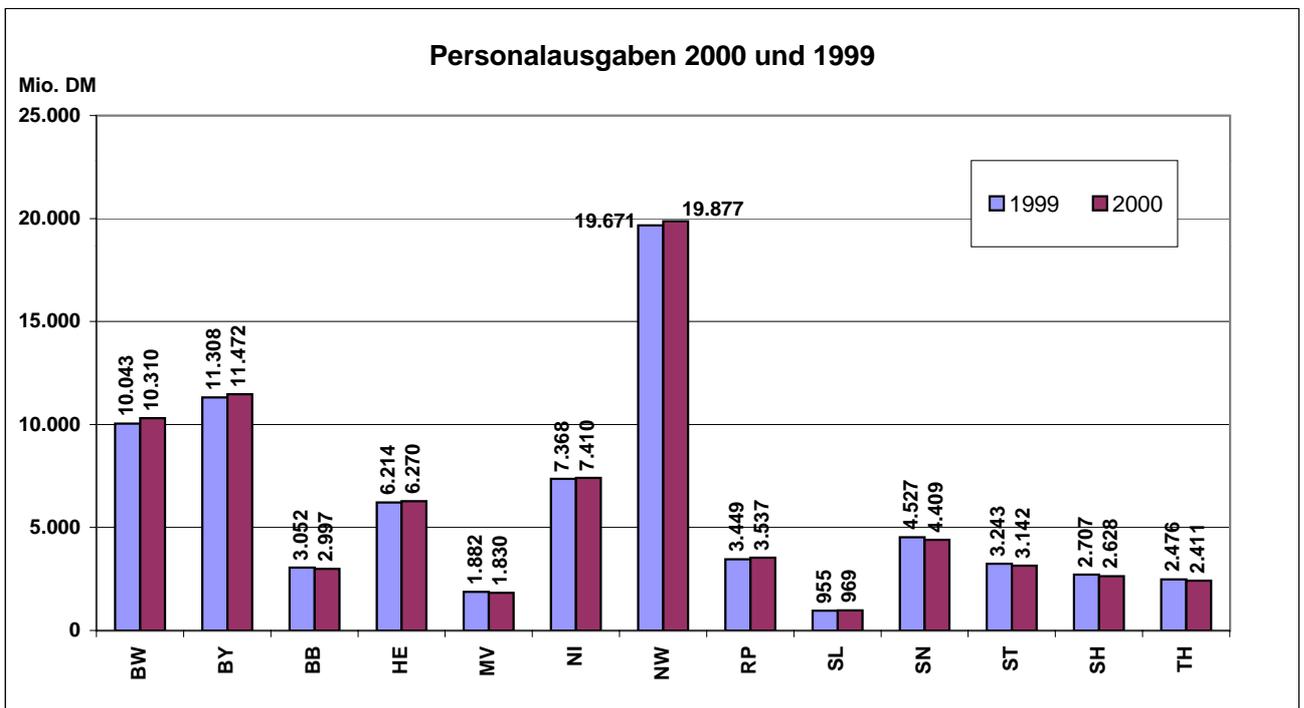
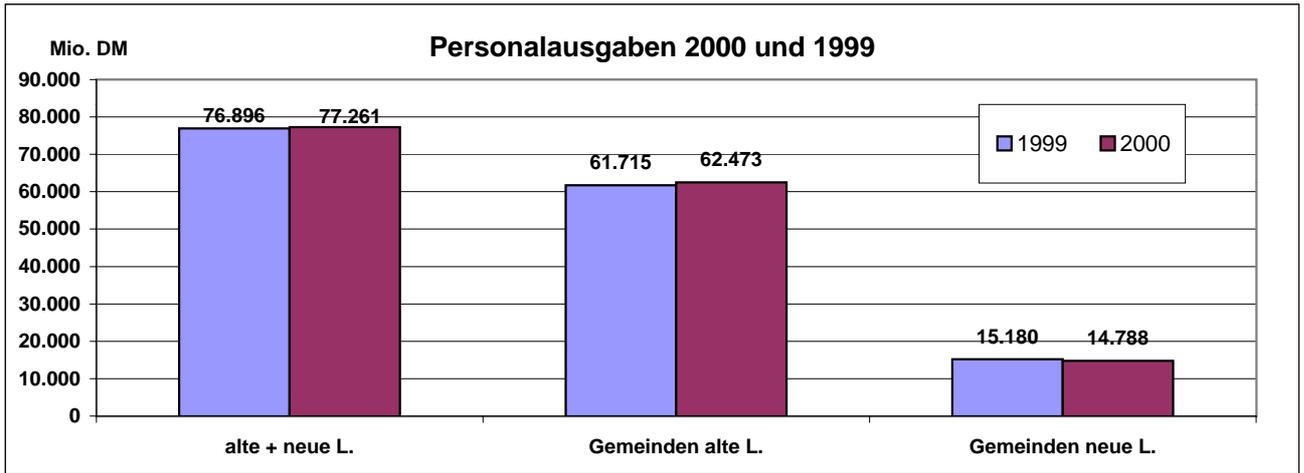
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Verwaltungs- und Benutzungsgebühren



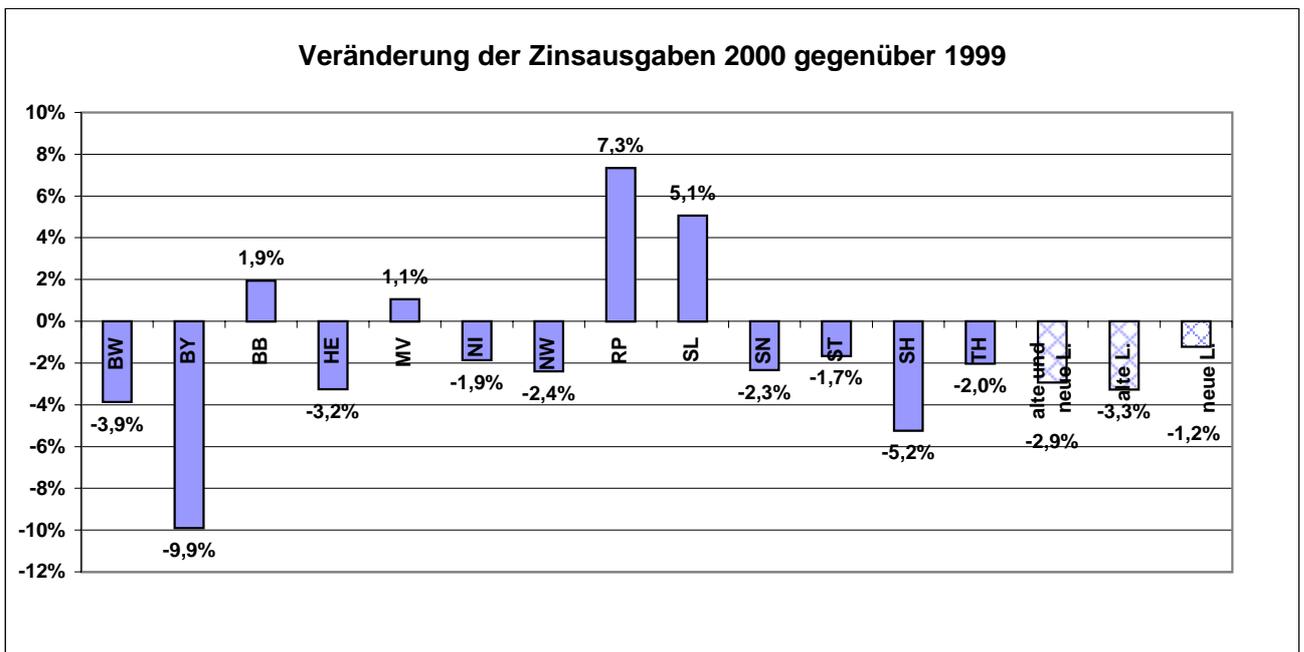
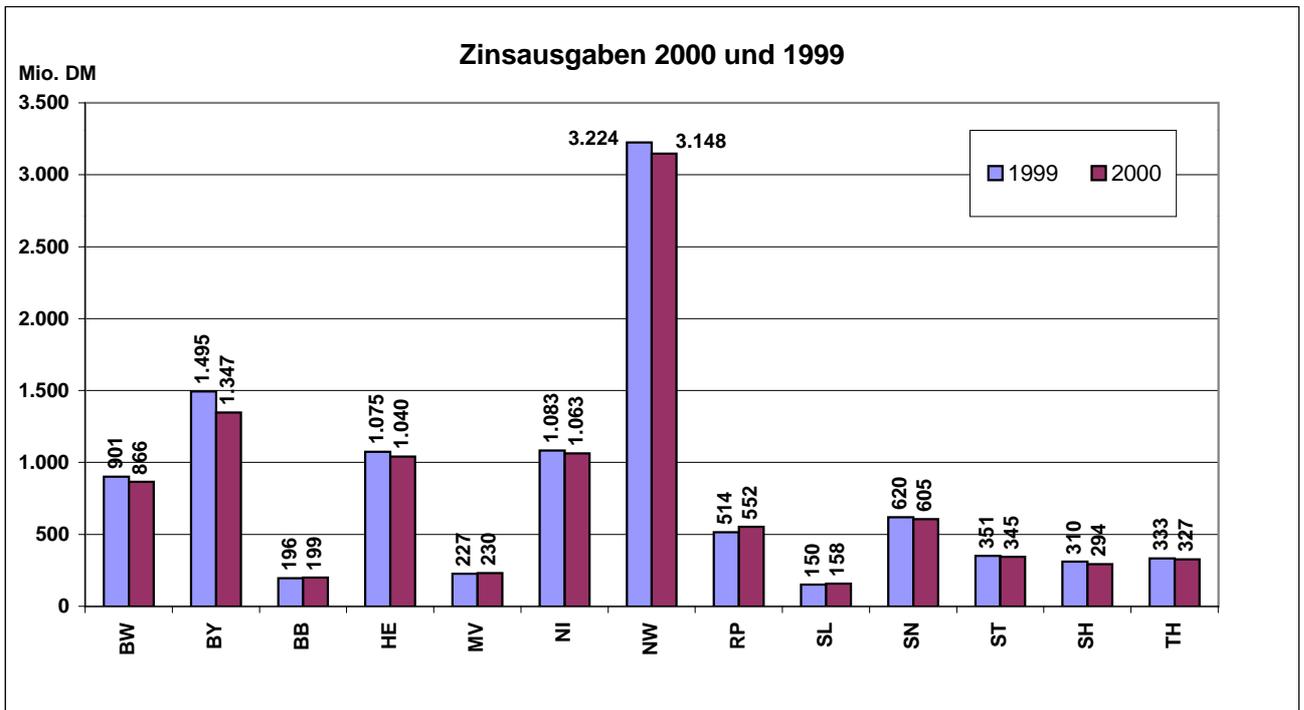
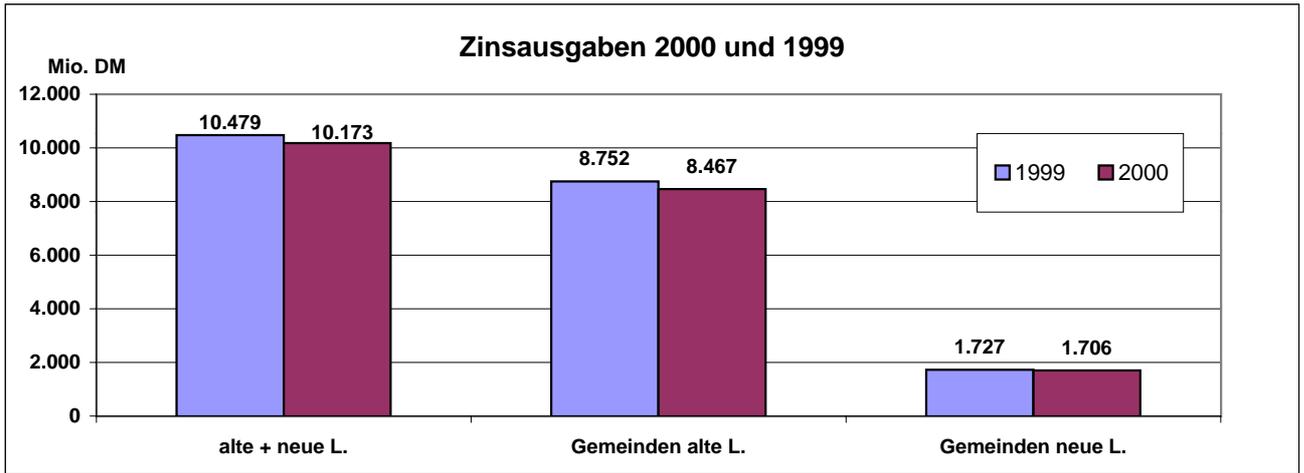
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

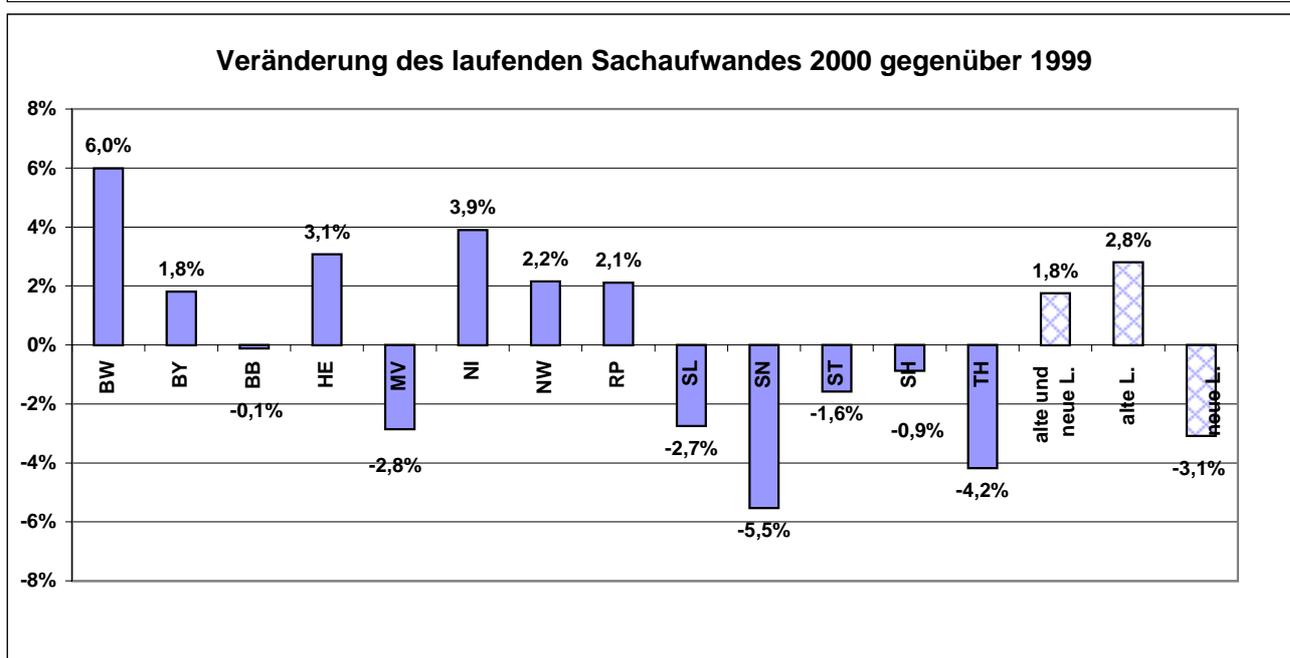
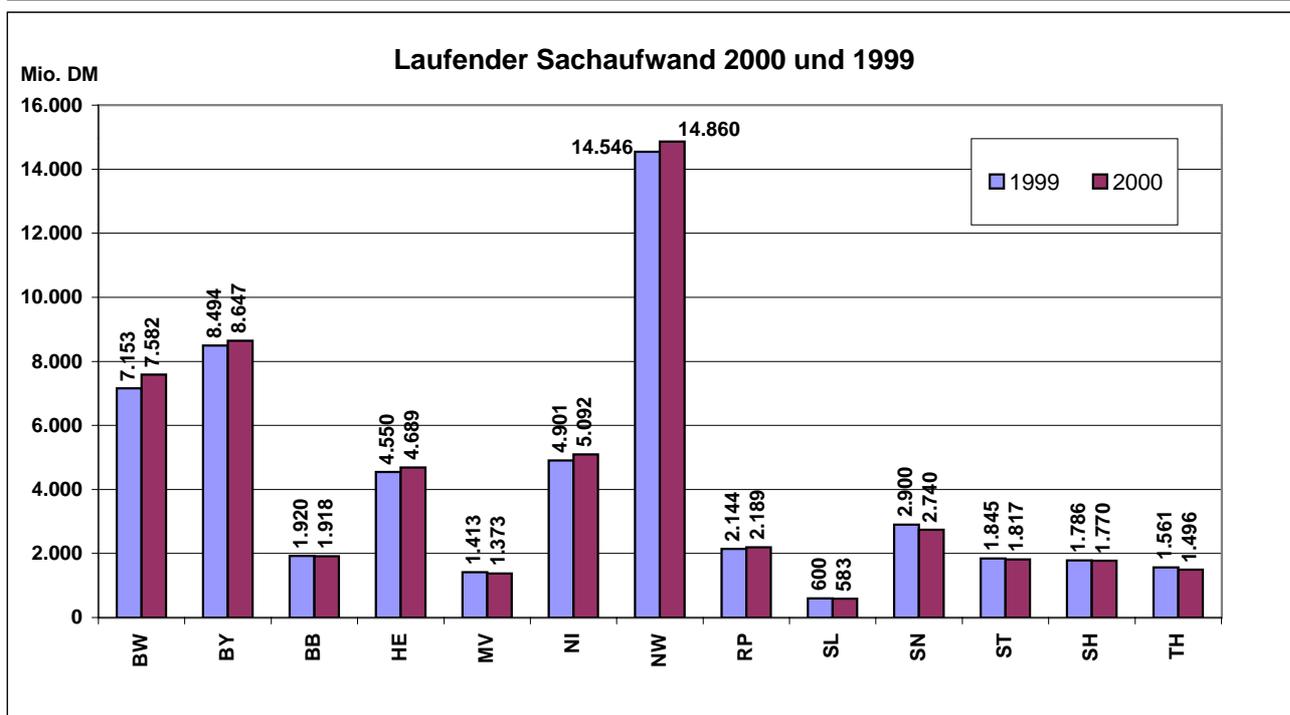
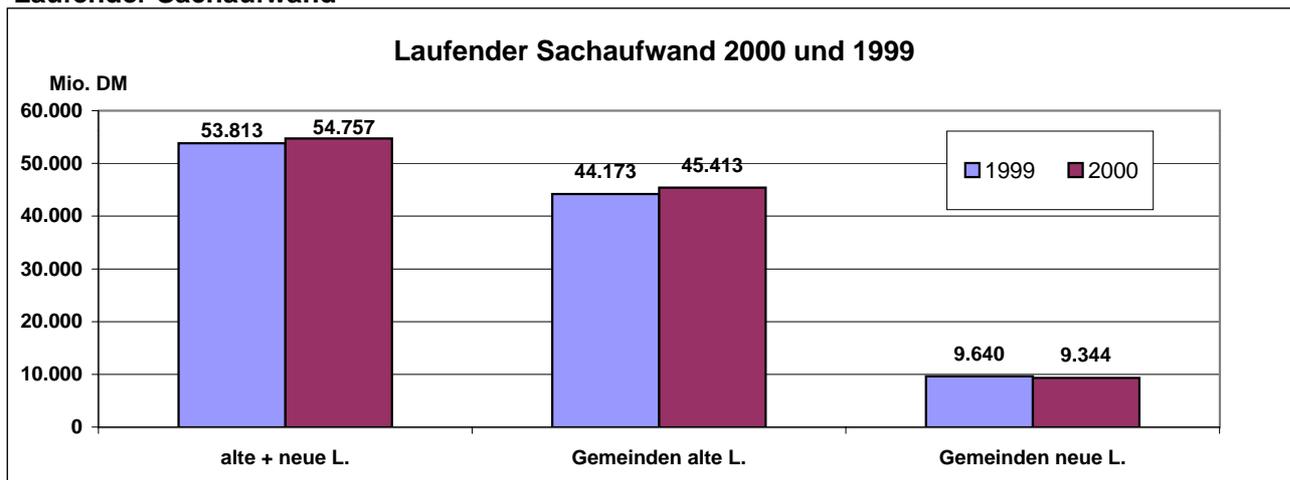
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

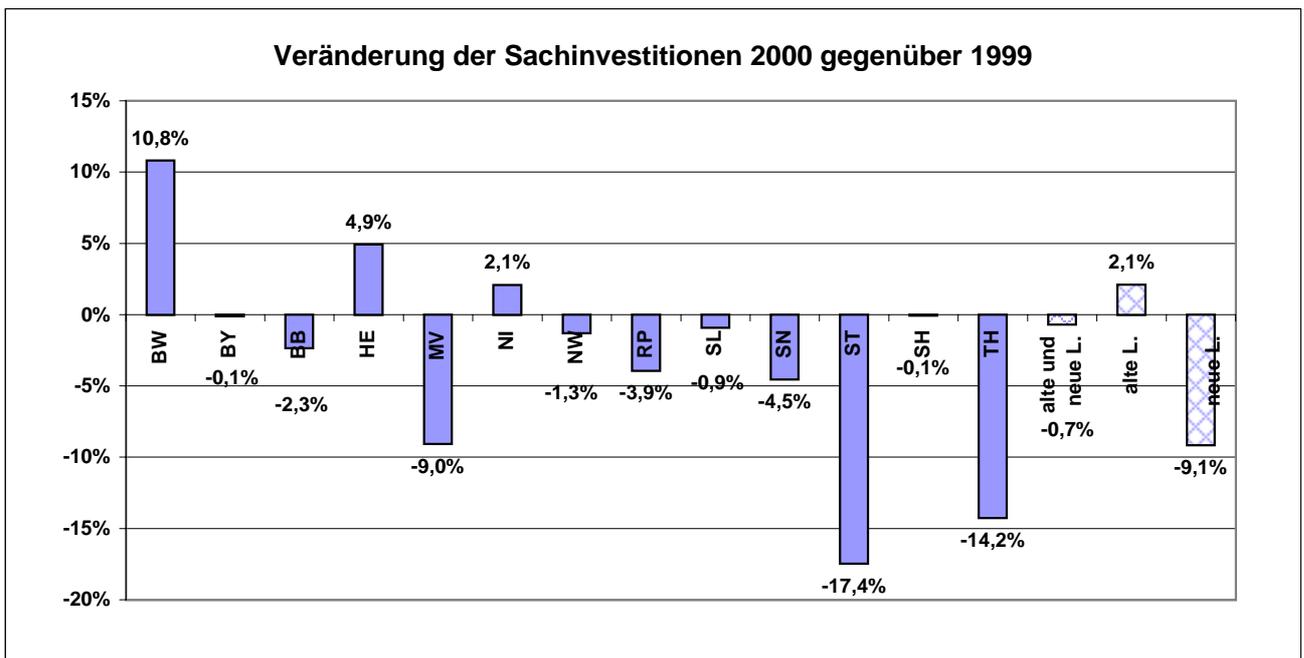
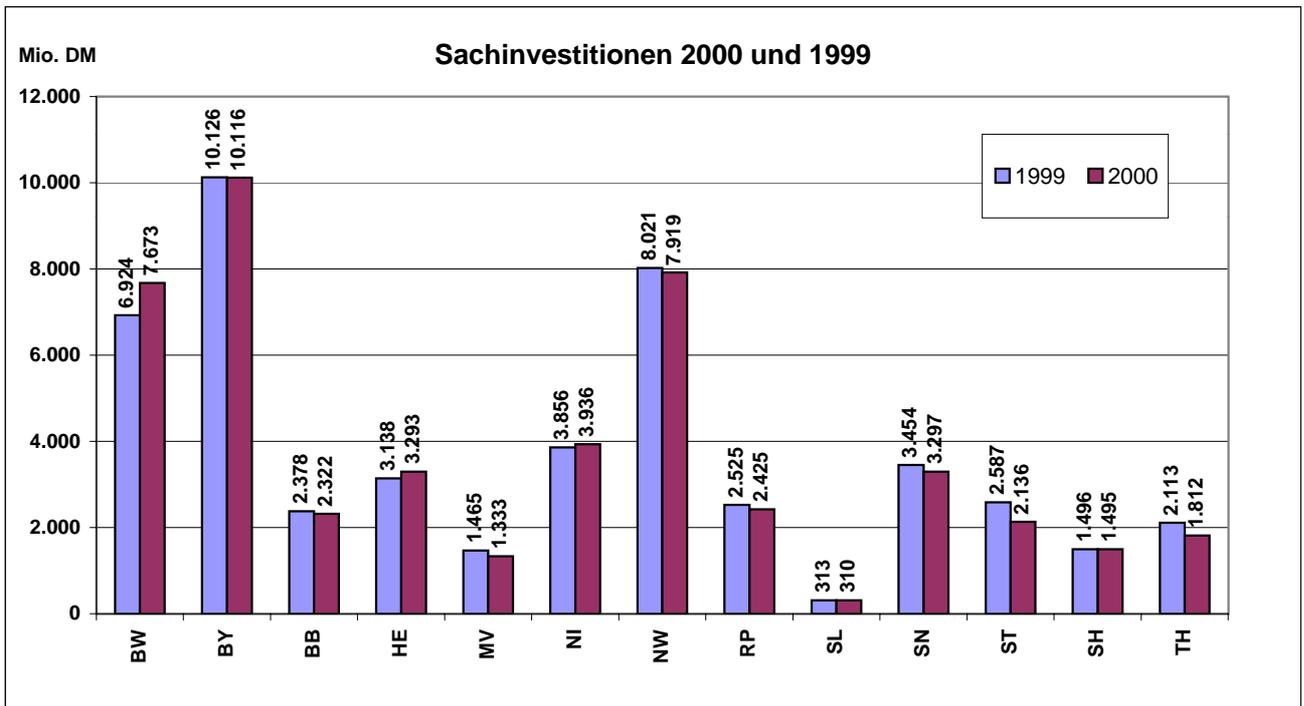
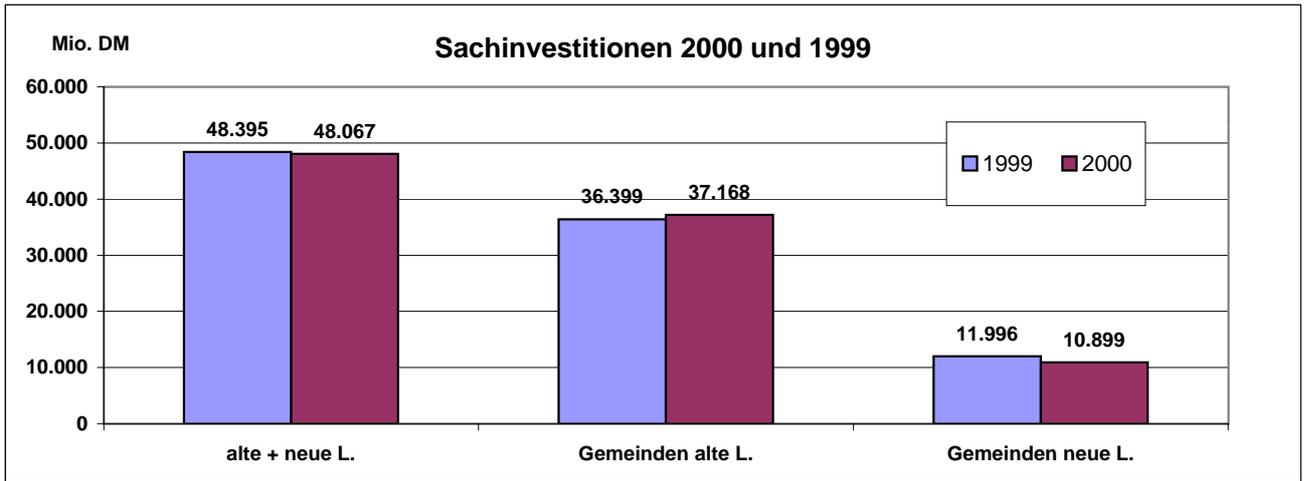
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Laufender Sachaufwand



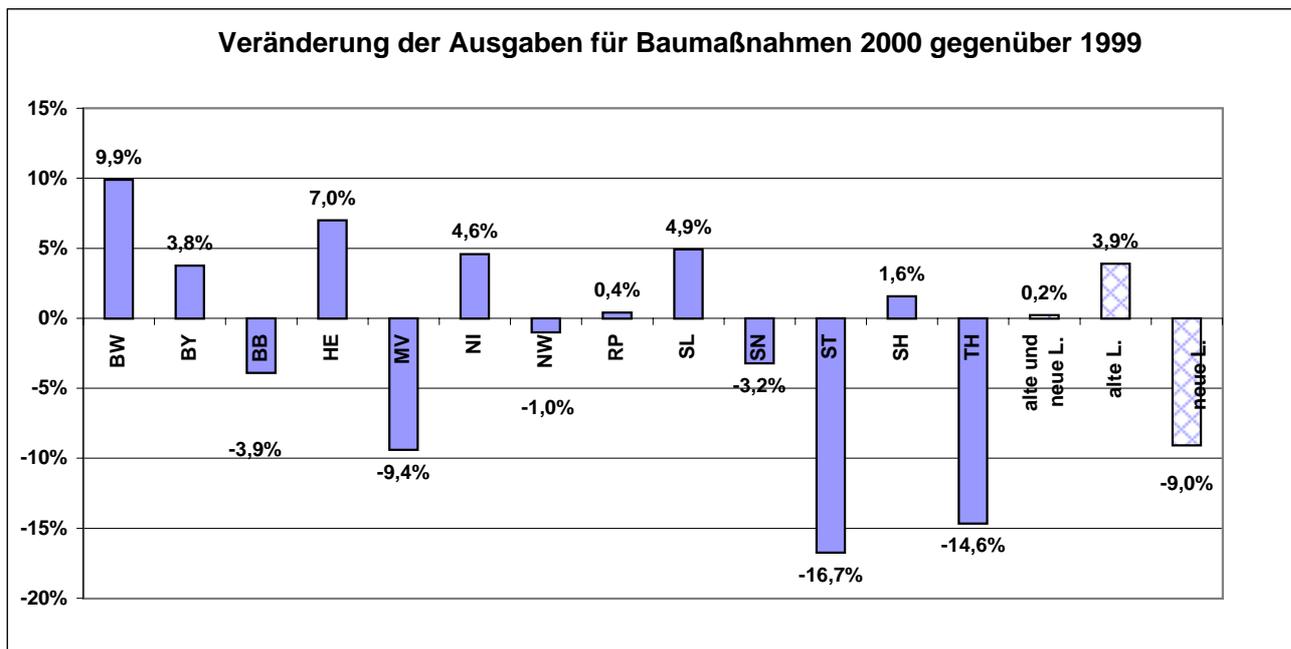
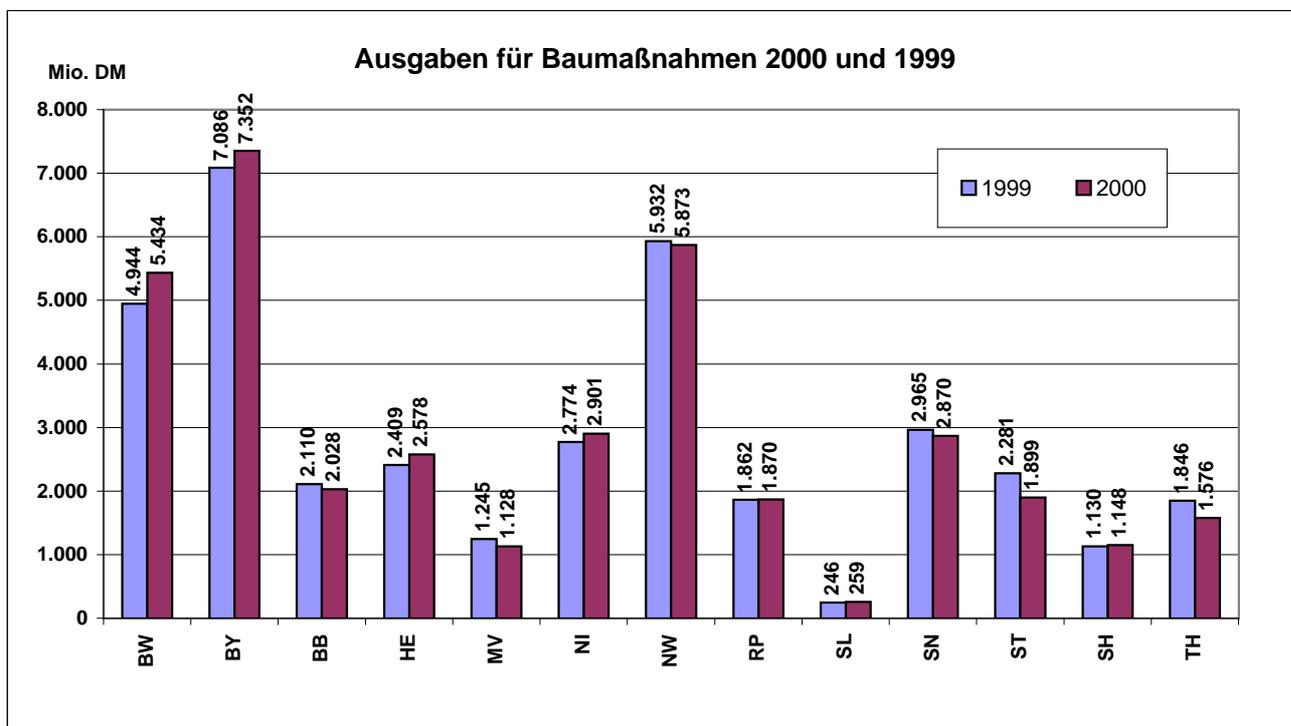
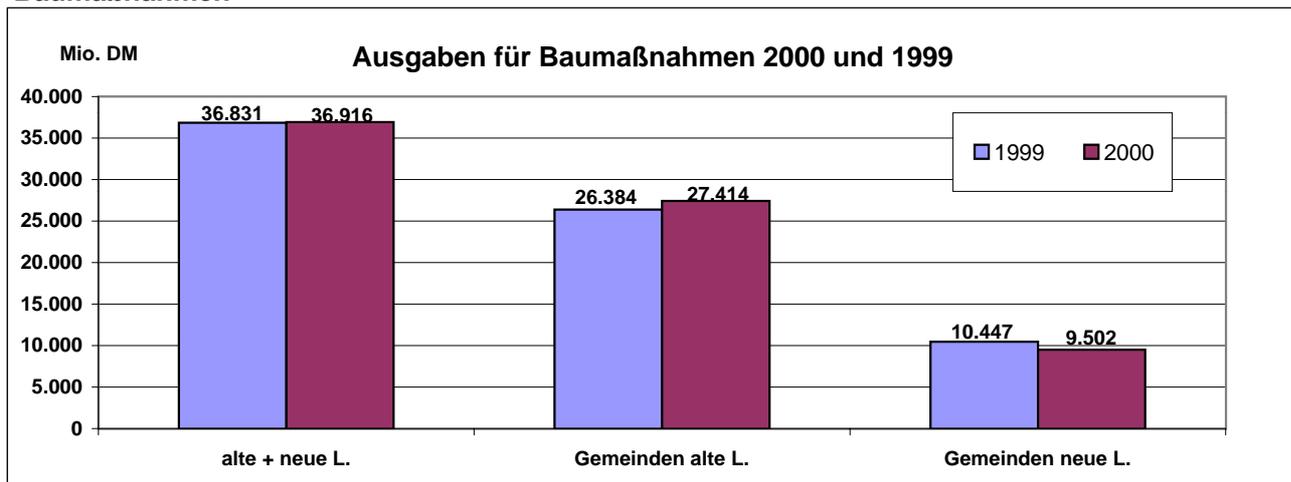
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



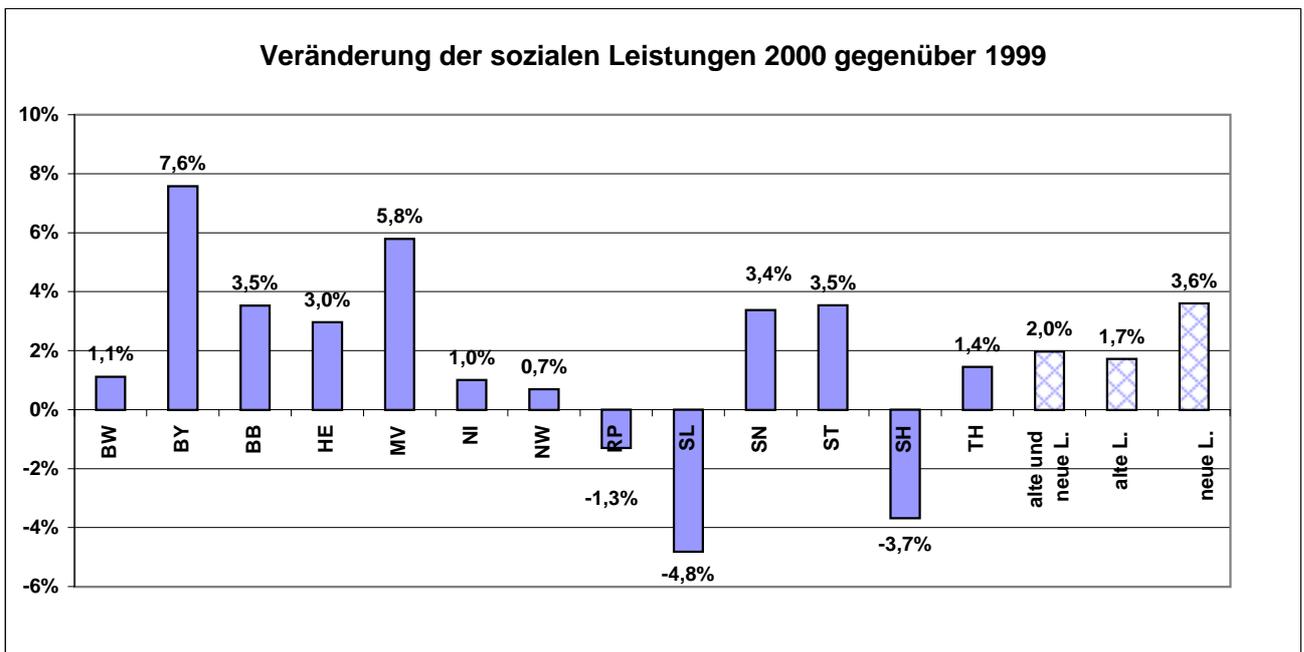
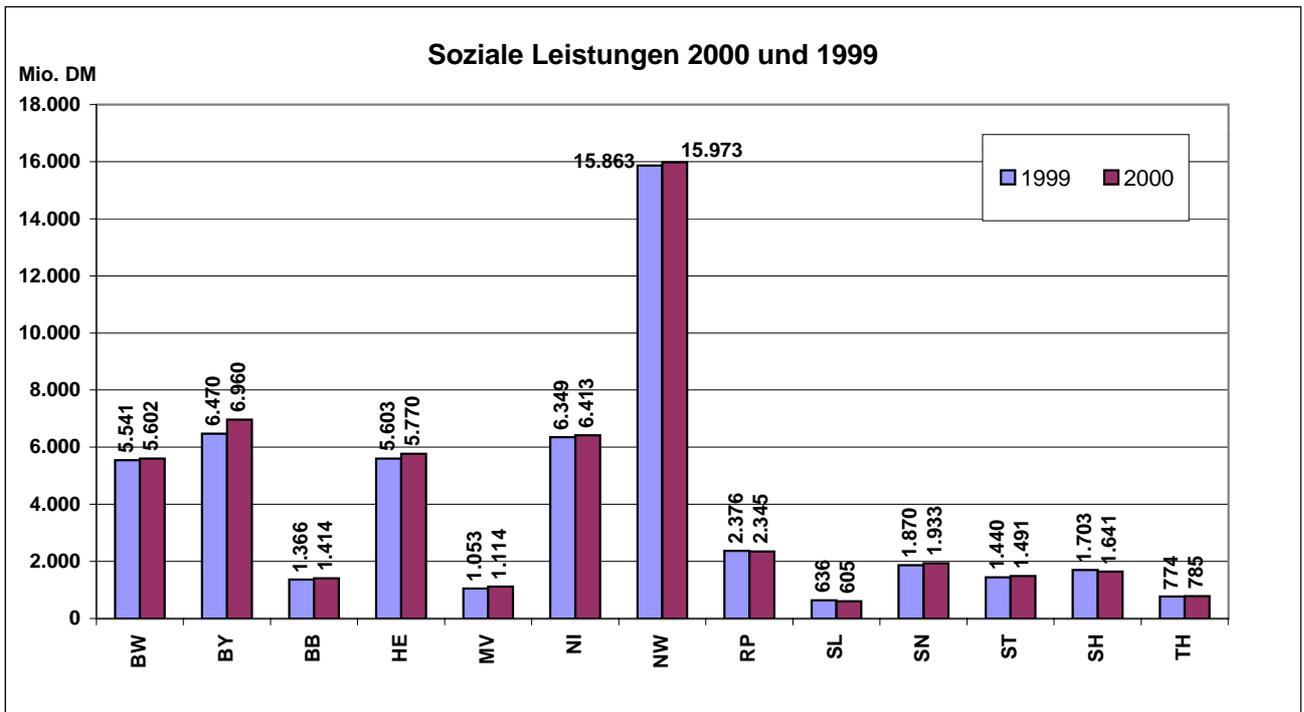
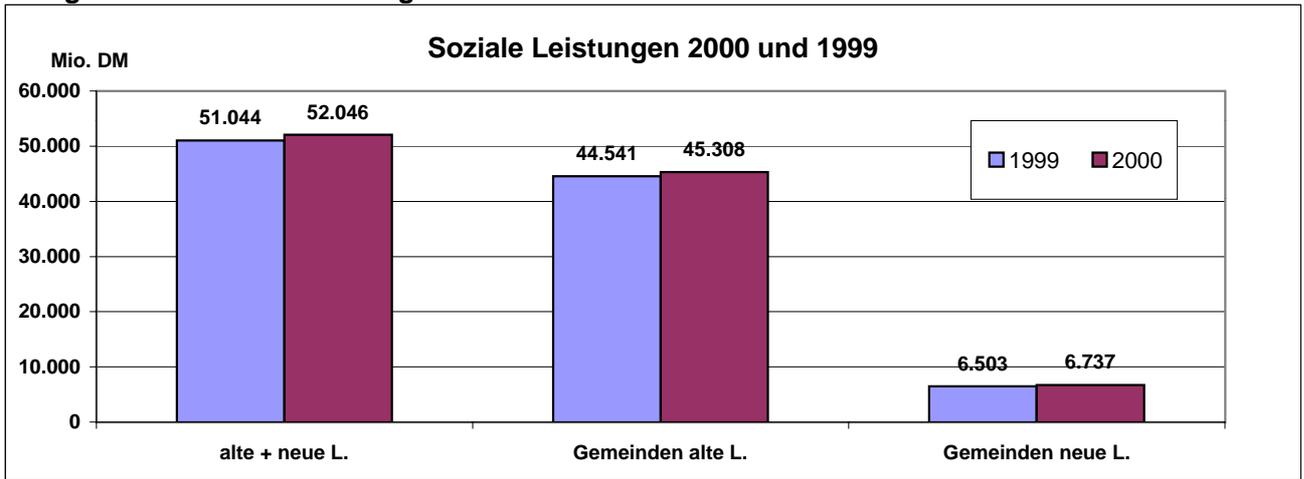
* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

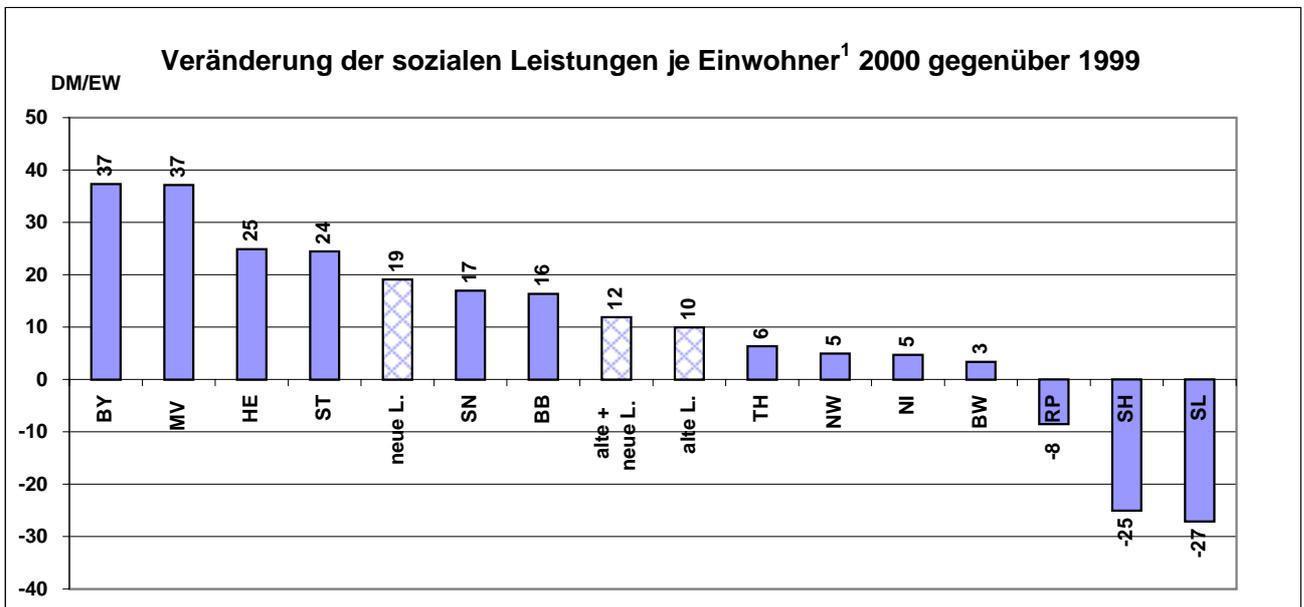
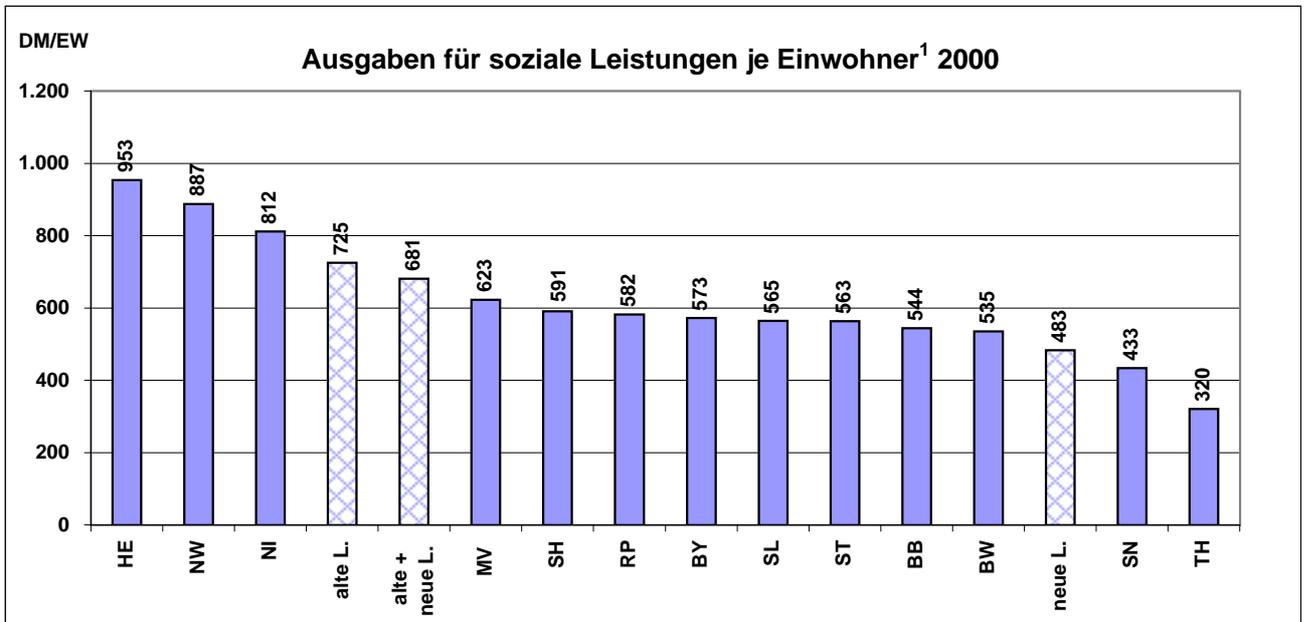
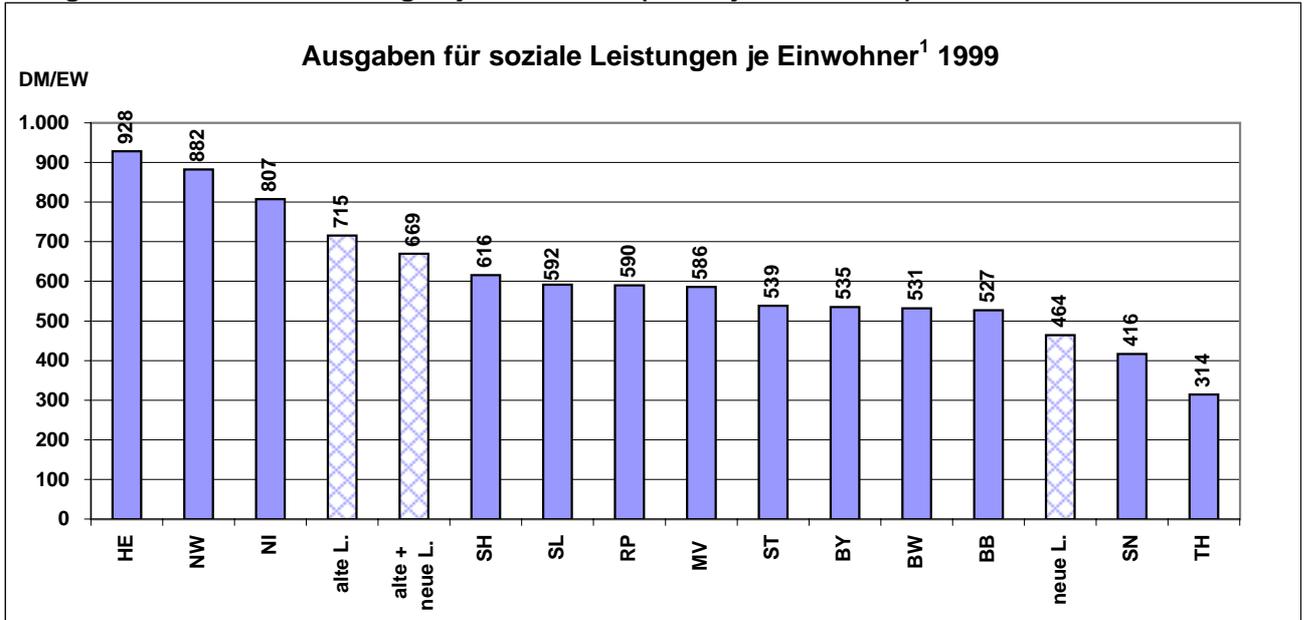
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.



* Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

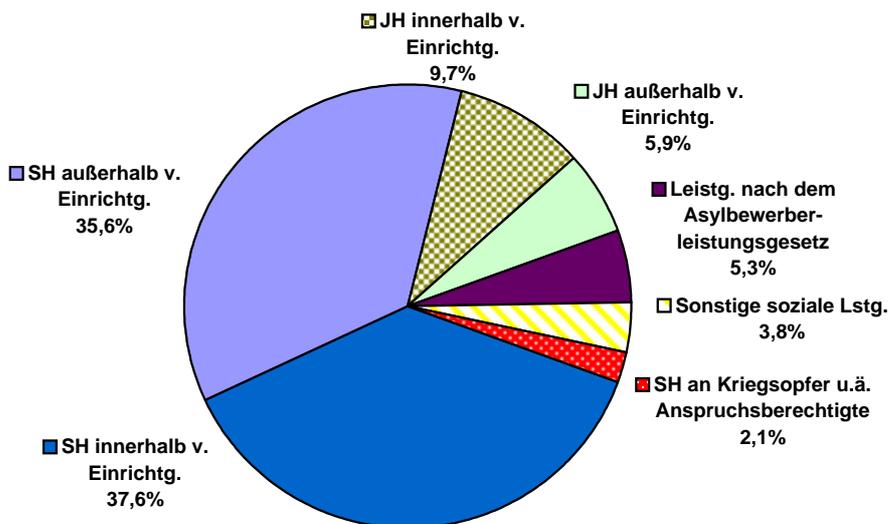
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Ausgaben für soziale Leistungen je Einwohner (in DM je Einwohner)

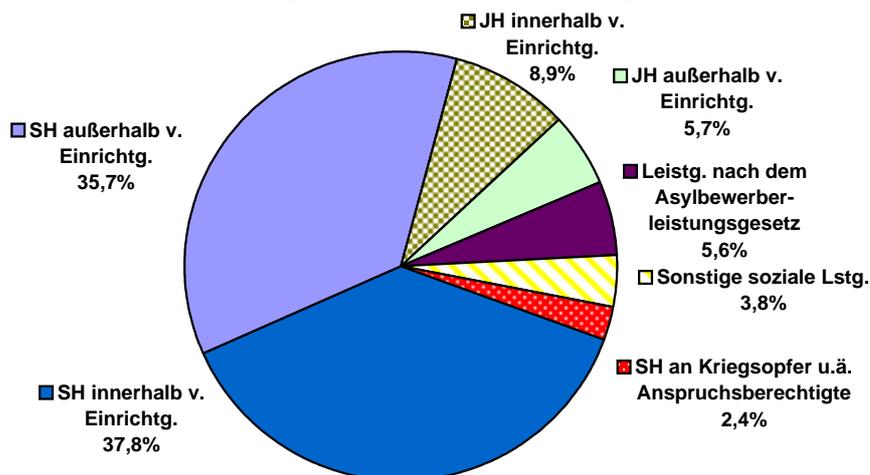


¹ Einwohnerstand per 31.12.1999.

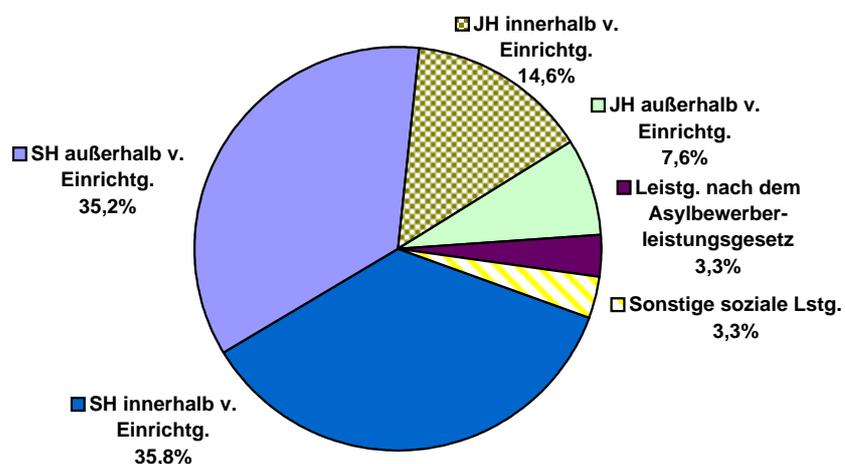
Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 2000
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, alte + neue Länder)



Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 2000
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, alte Länder)



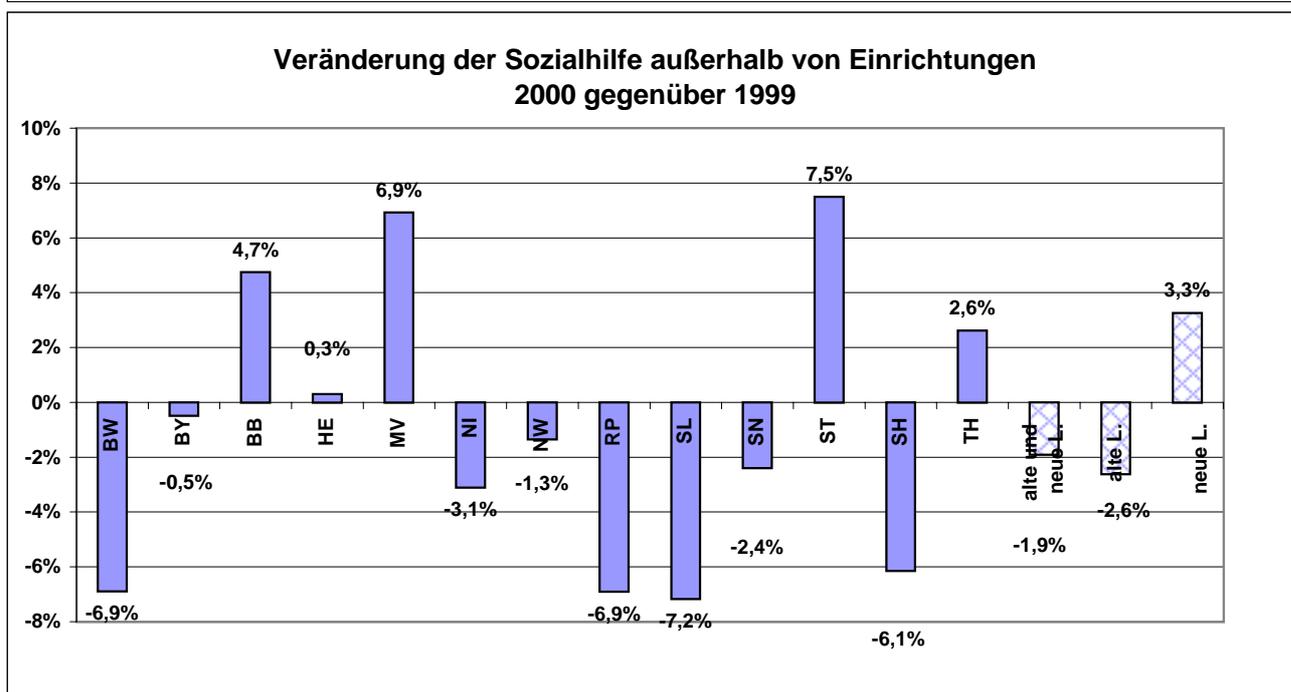
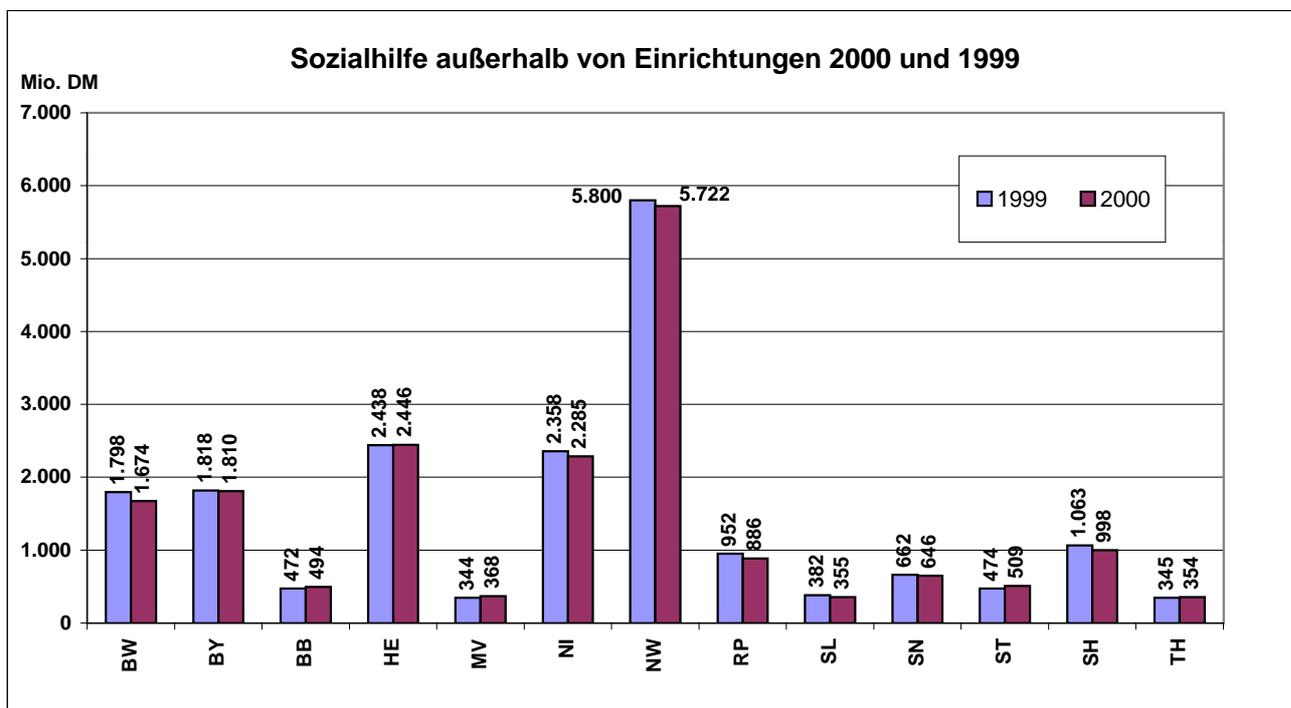
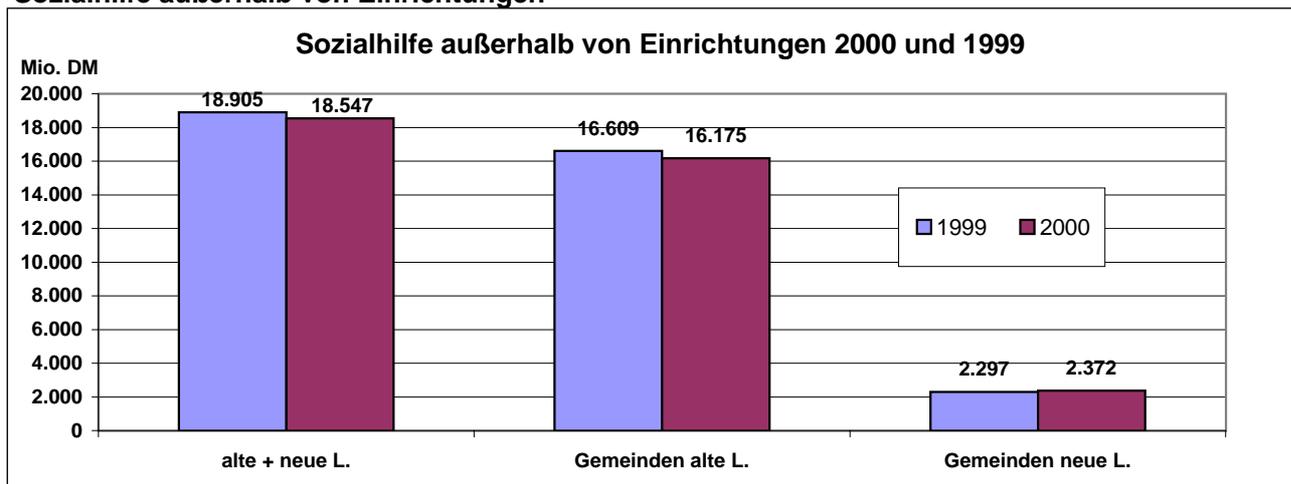
Struktur der Ausgaben für soziale Leistungen 2000
 (in % der Gesamtausgaben für soziale Leistungen, neue Länder)



JH: Jugendhilfe, SH: Sozialhilfe.

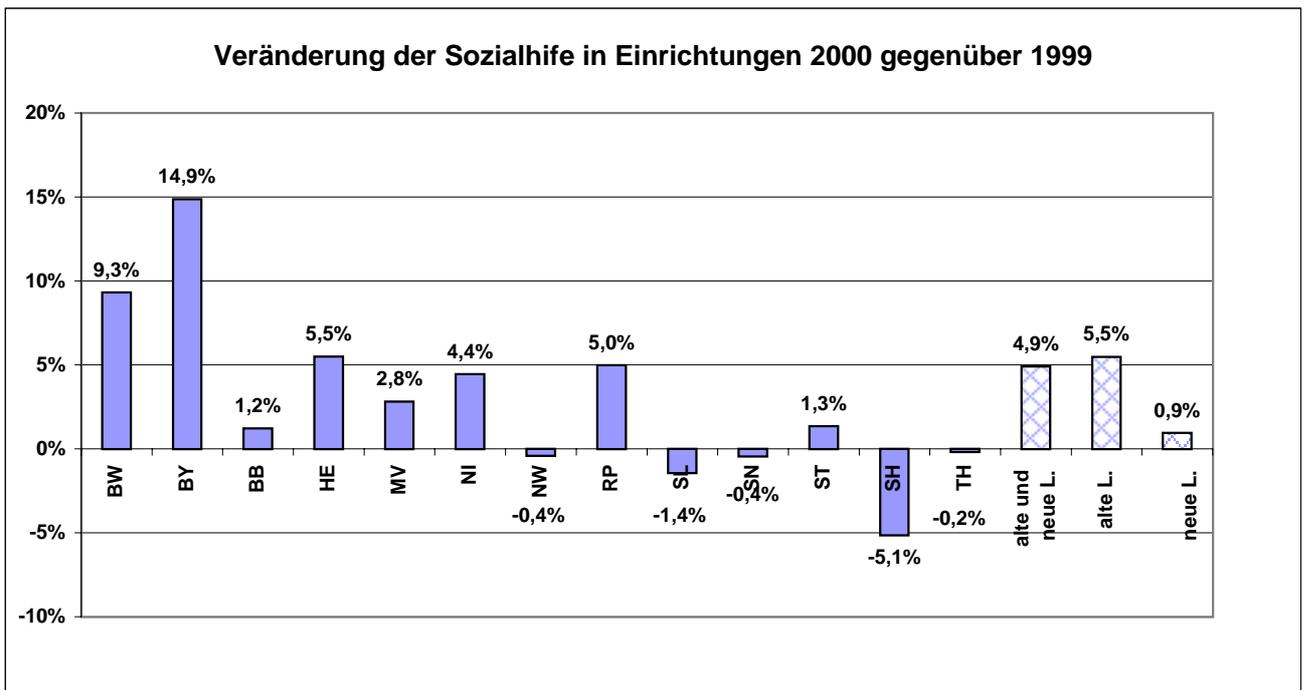
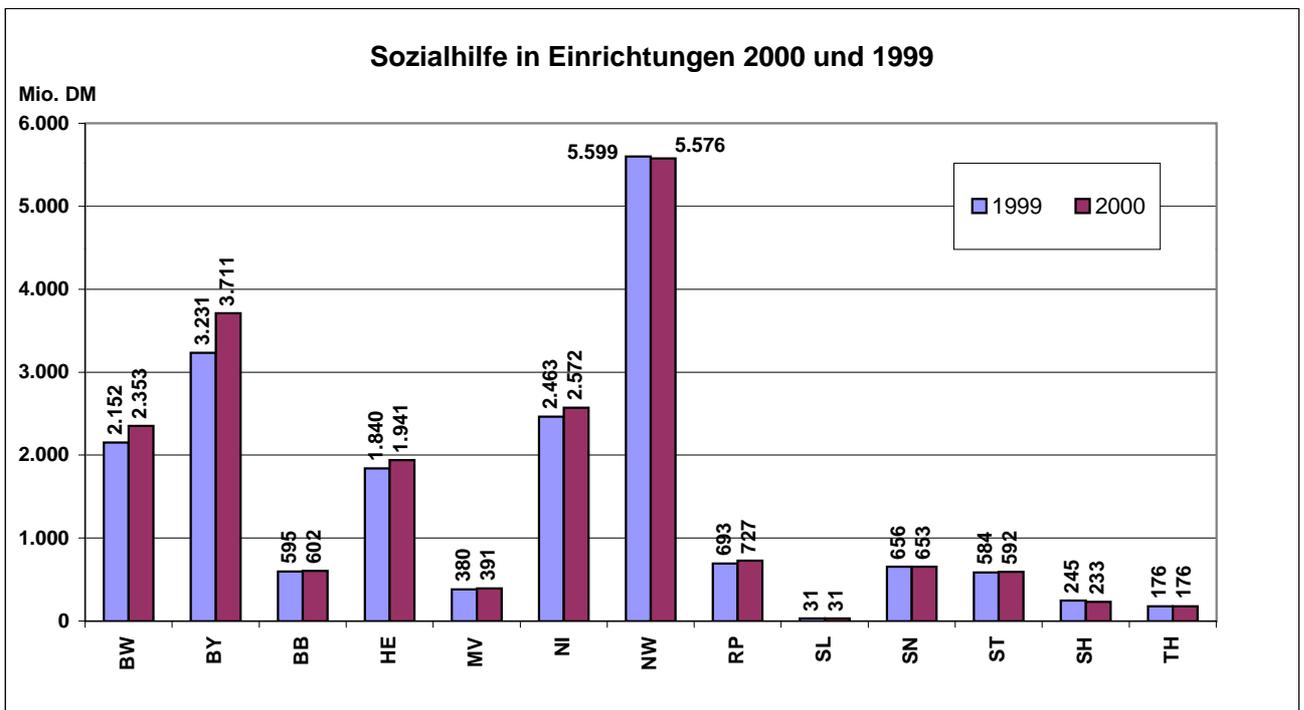
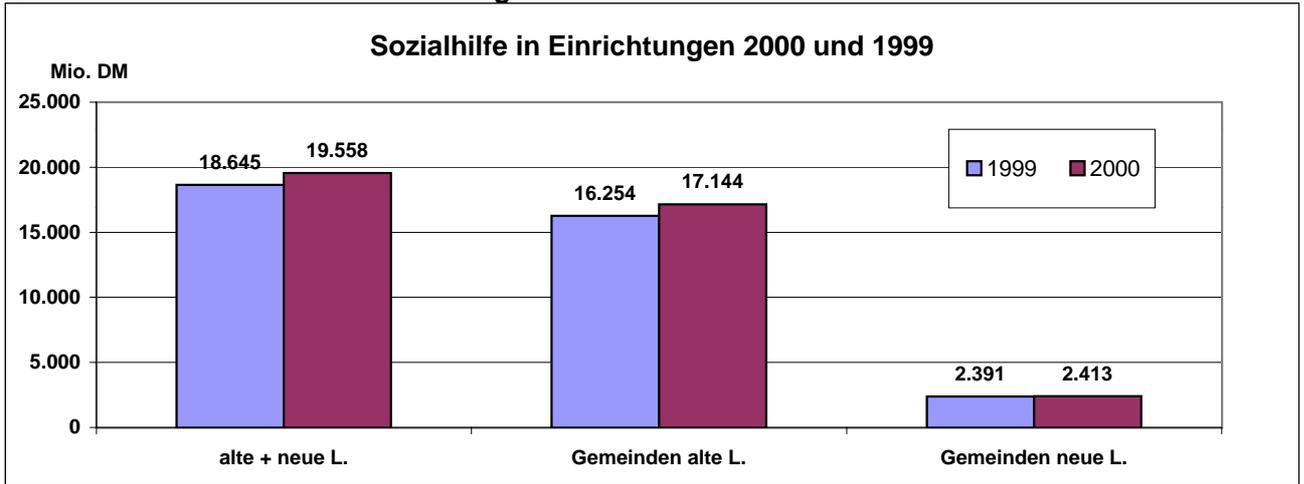
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen



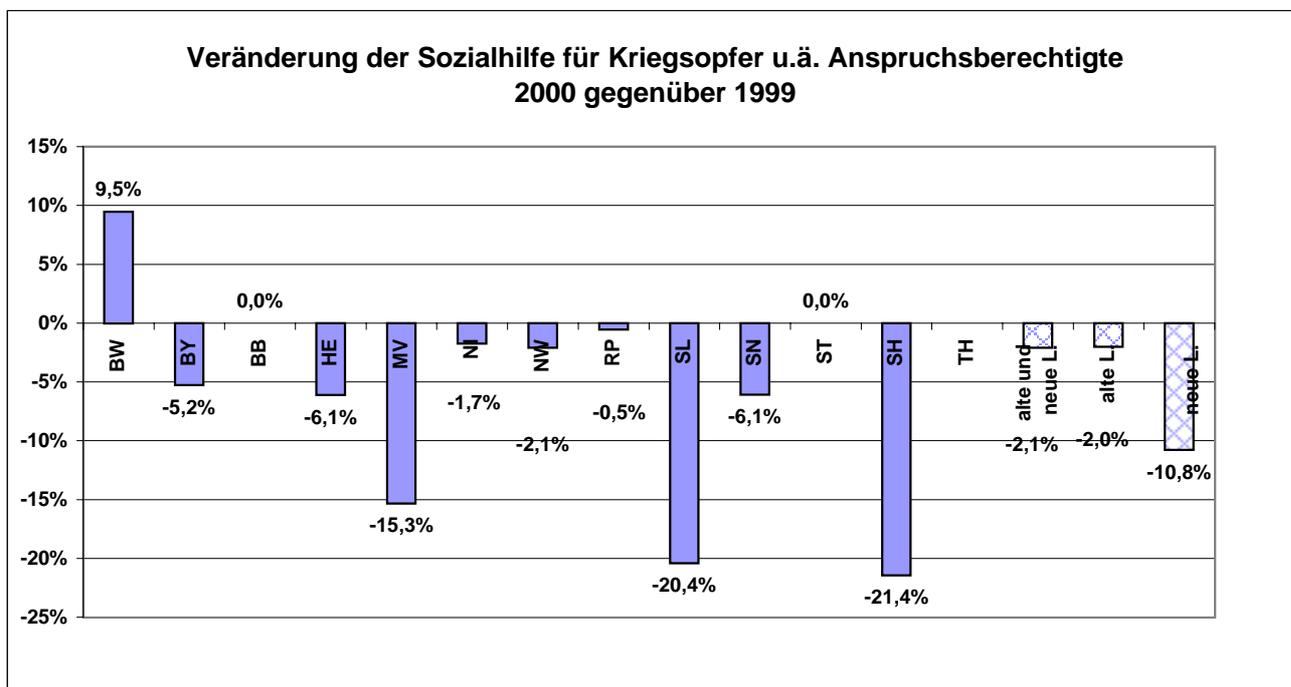
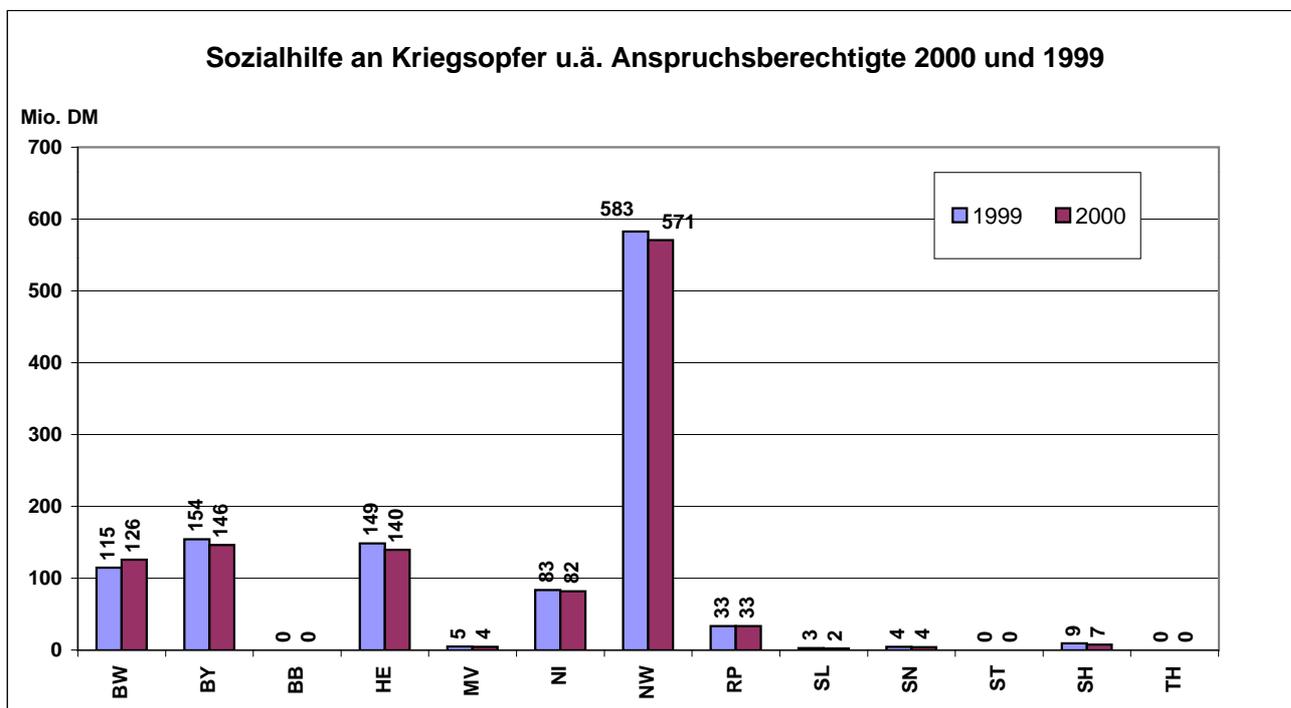
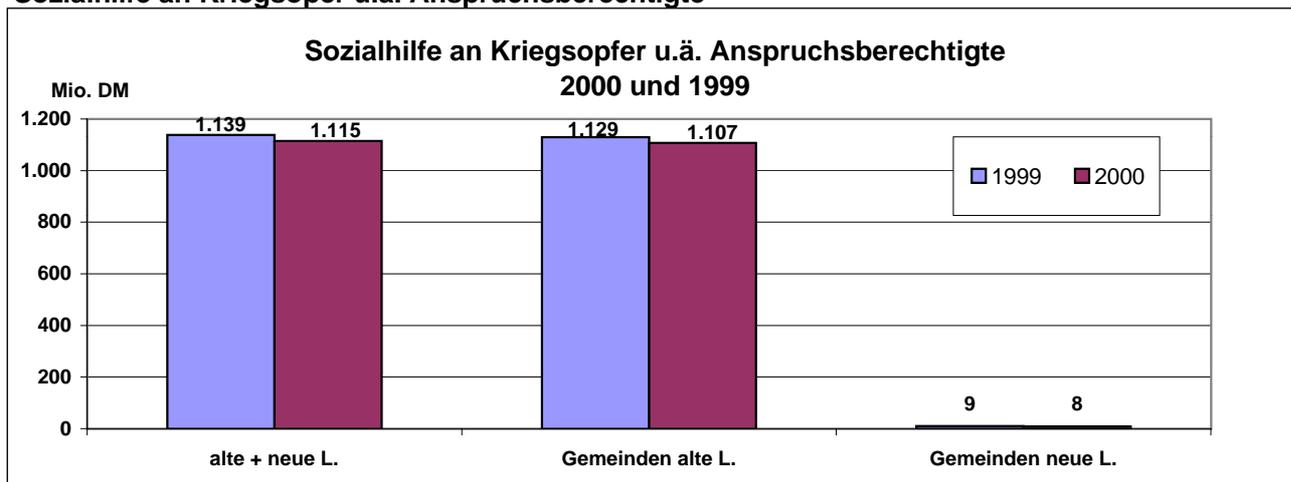
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen



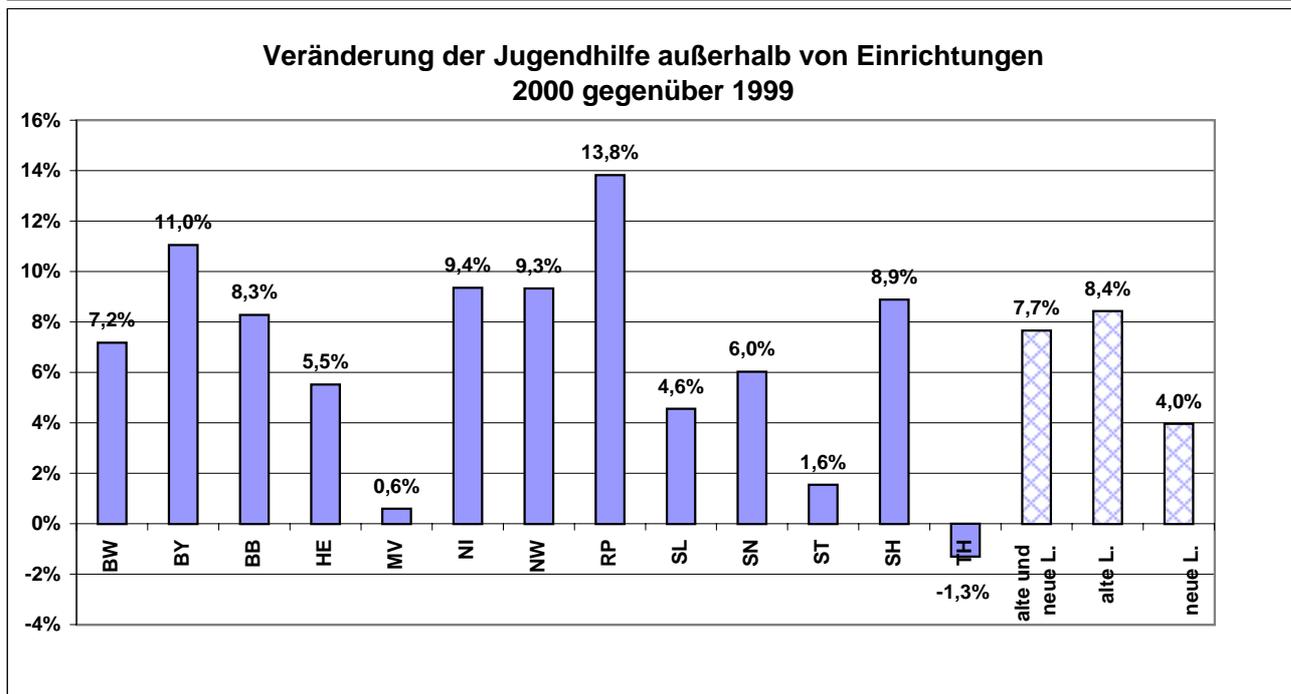
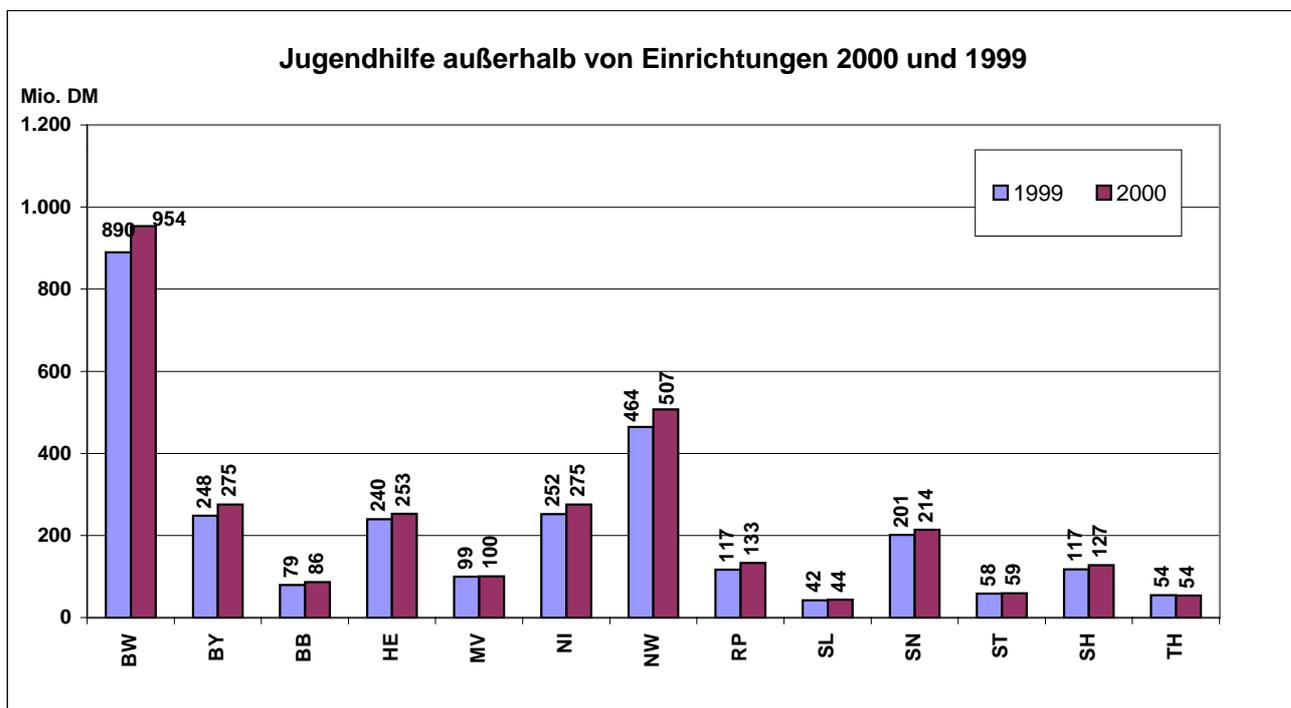
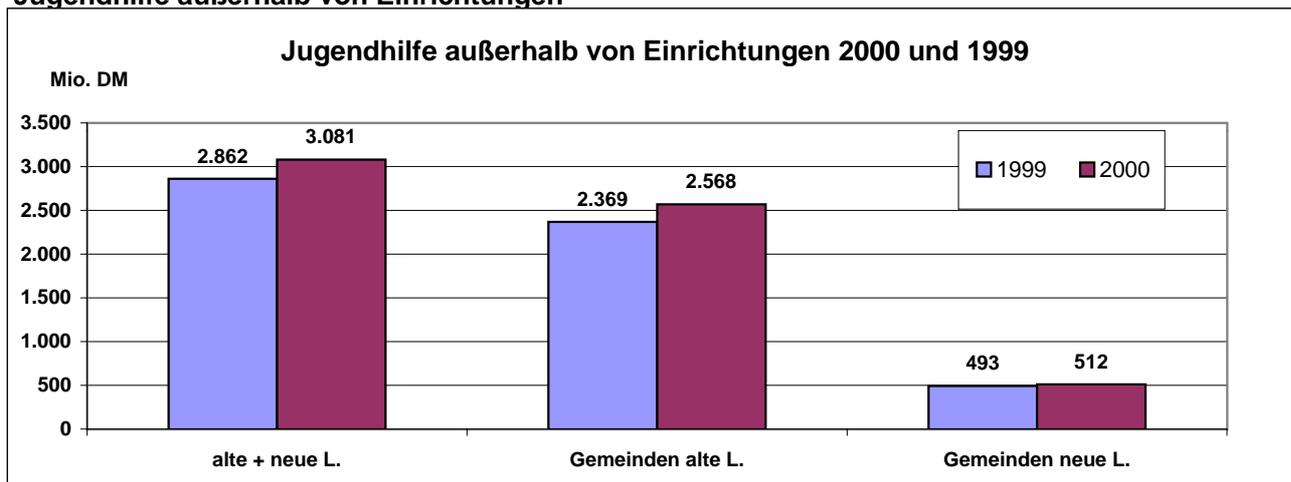
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Sozialhilfe an Kriegsooper u.ä. Anspruchsberechtigte



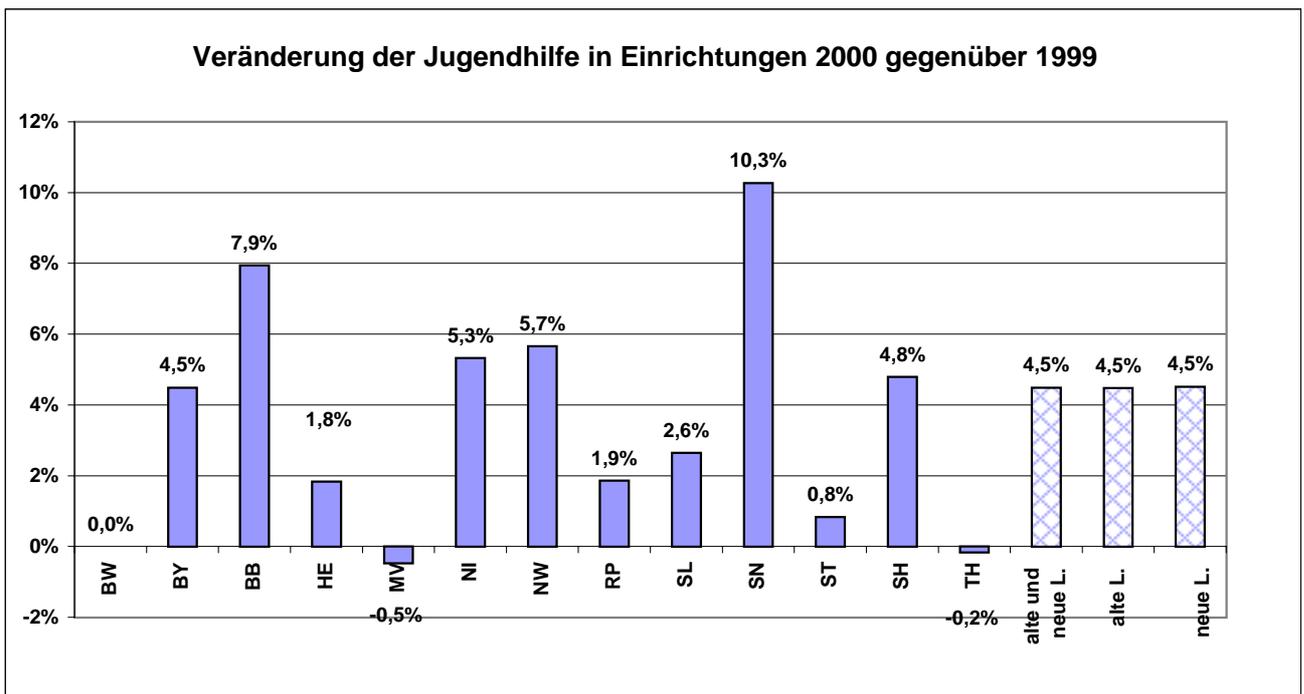
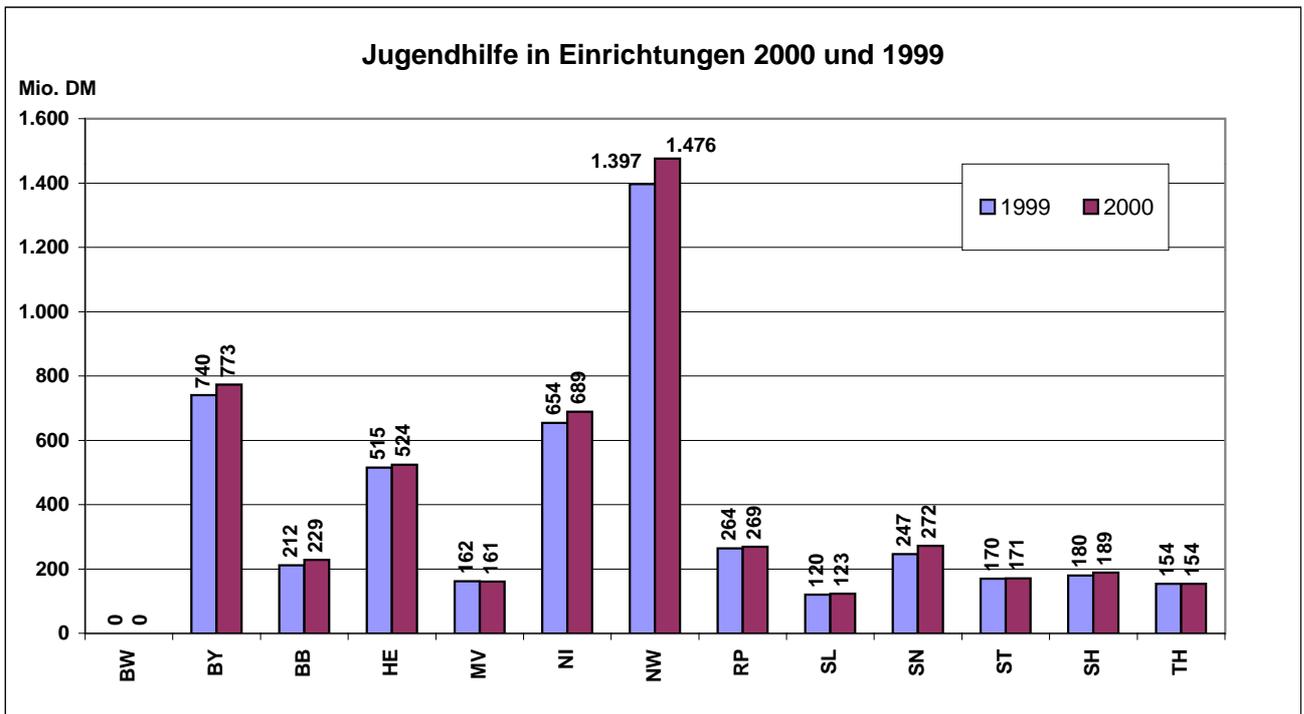
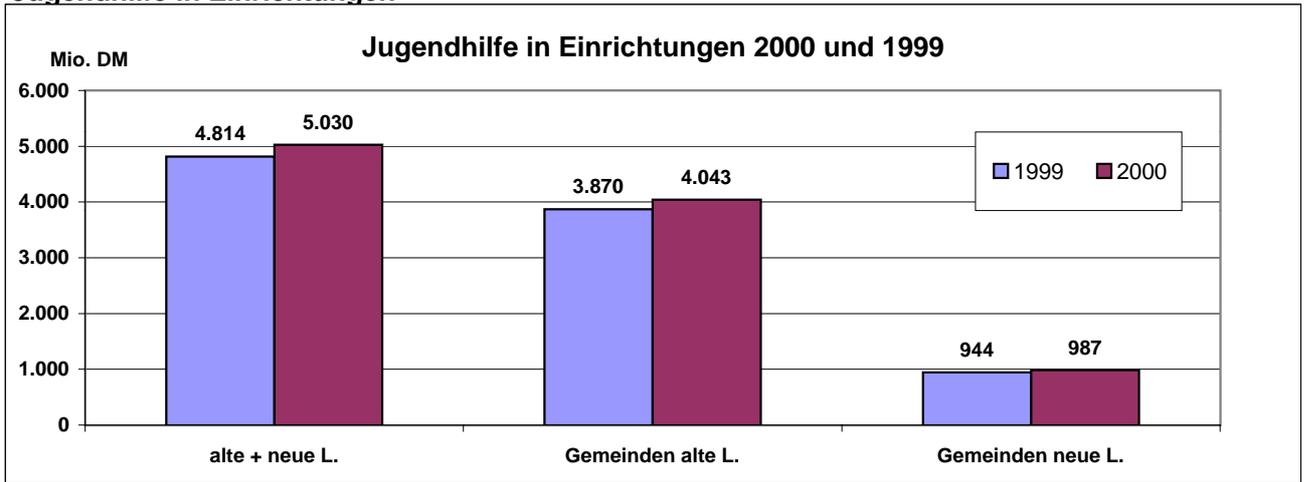
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen



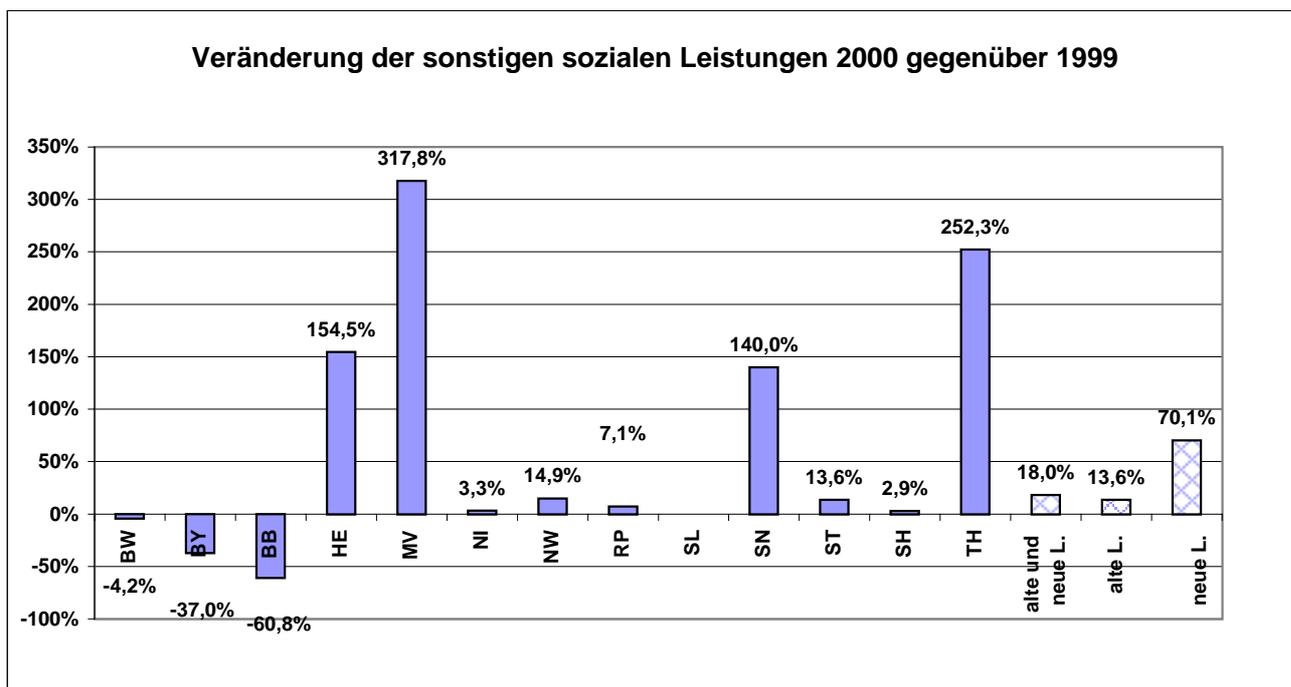
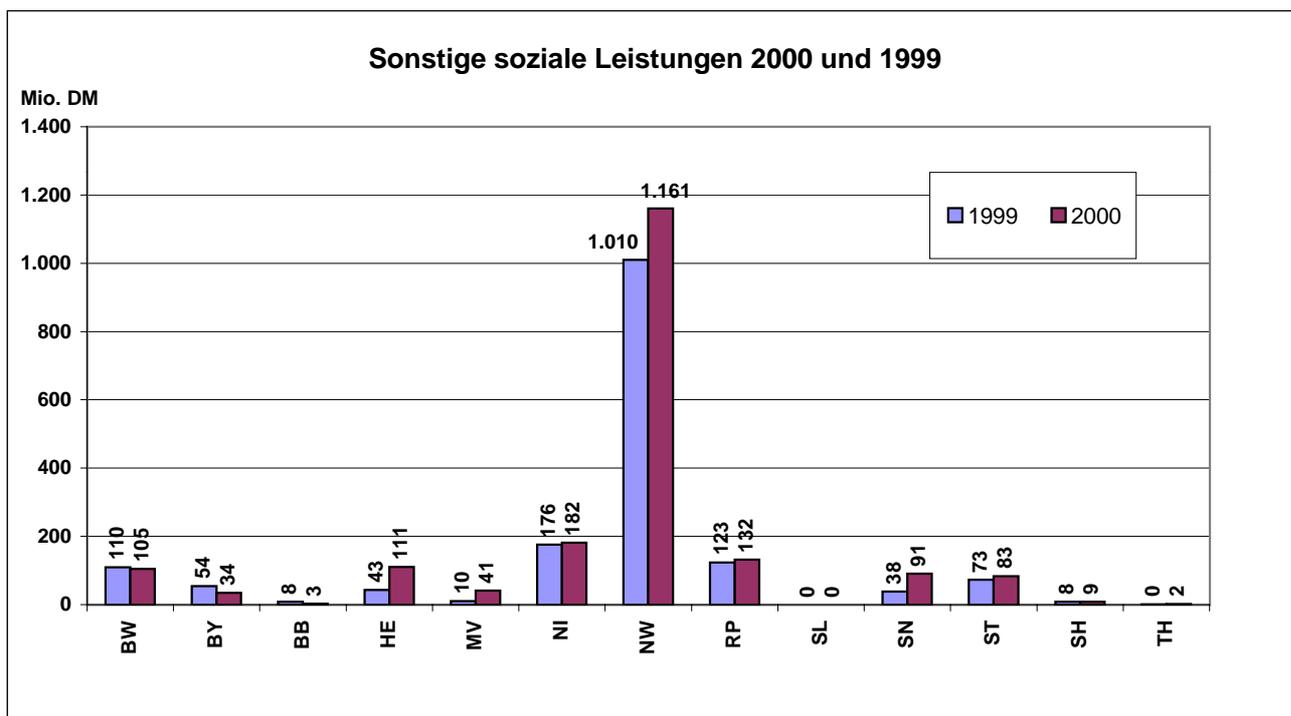
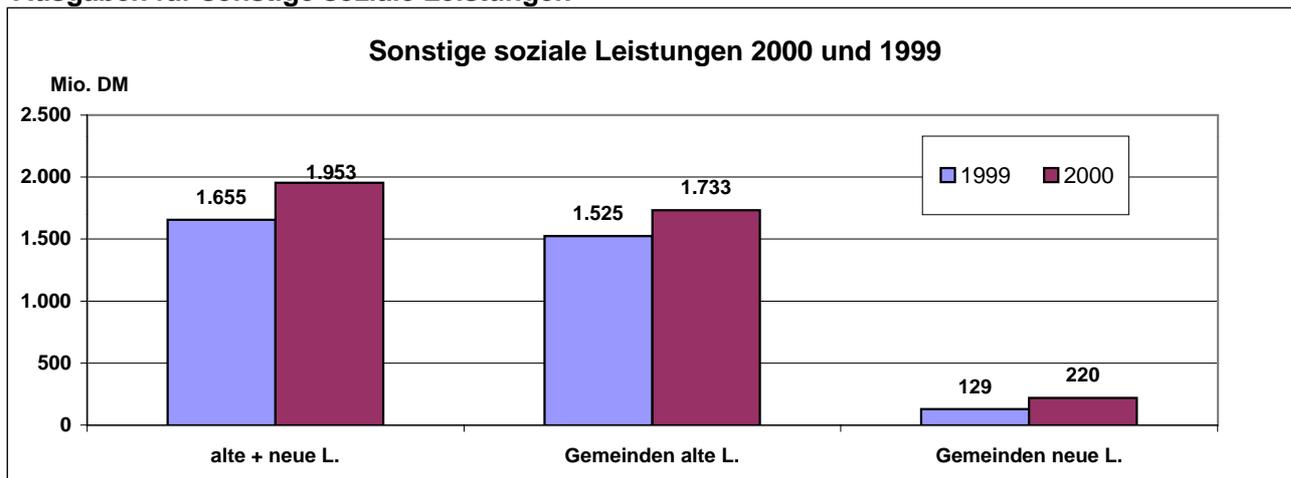
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Jugendhilfe in Einrichtungen



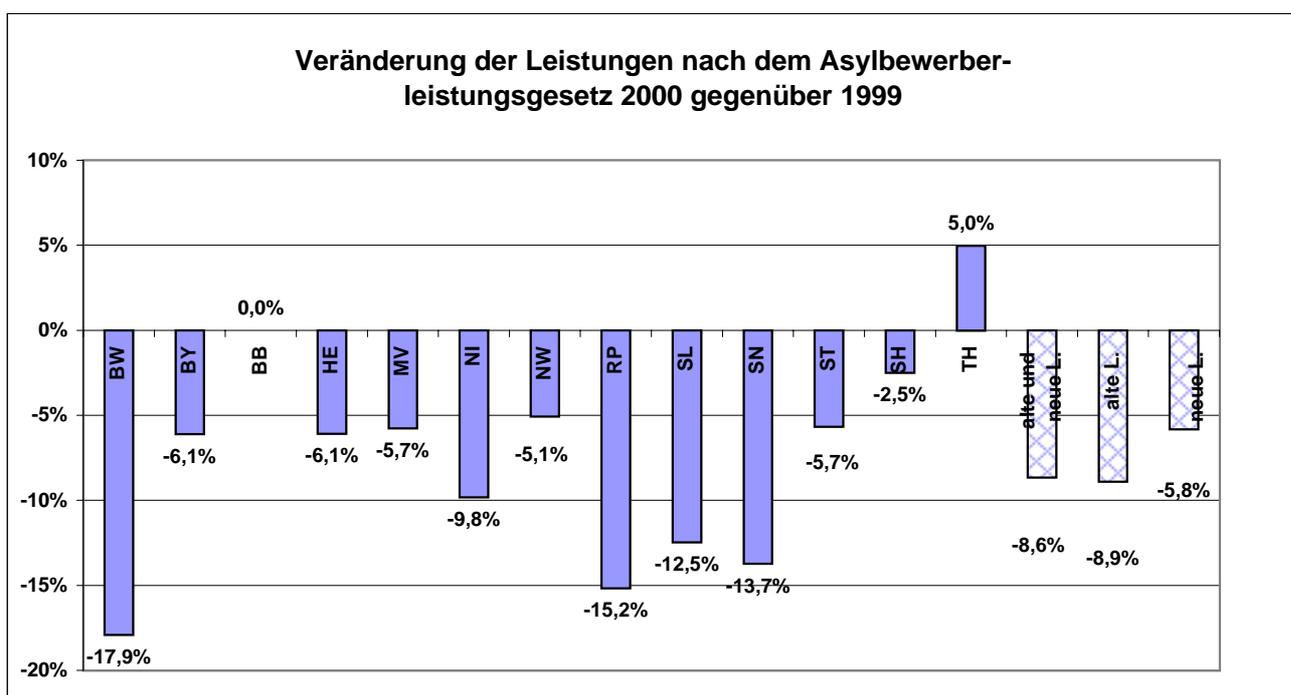
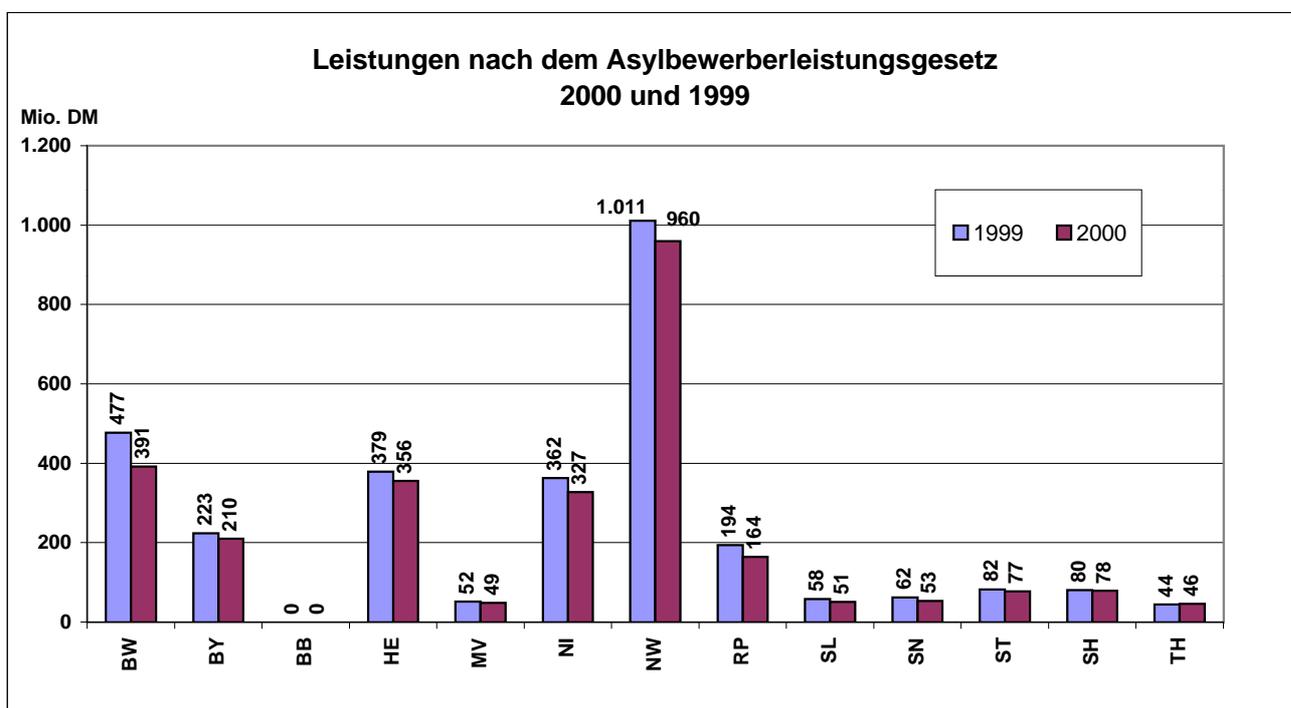
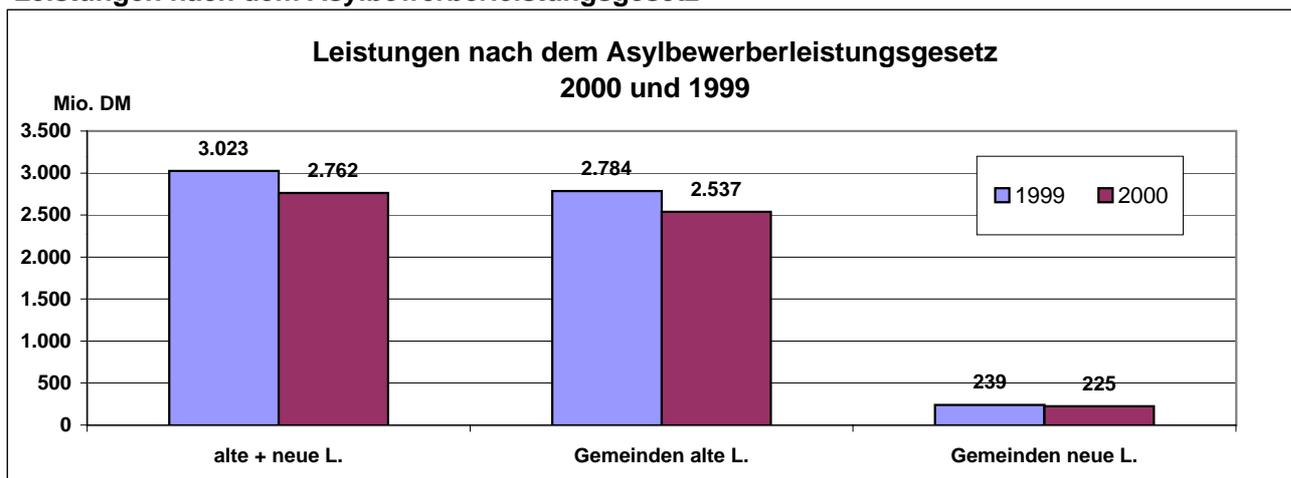
Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Ausgaben für sonstige soziale Leistungen



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz



Quelle: Darstellung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes auf der Basis der kommunalen Kassenstatistik.

Bisher in dieser Reihe erschienen

in Ausgabe Stadt und Gemeinde INTERAKTIV:

Nº 1	Infrastruktur sichern – Zukunft gestalten: Kommunale Wirtschaft vor neuen Herausforderungen!	7-8/98
Nº 2	Fragen und Antworten zum neuen Energiewirtschaftsrecht	9/98
Nº 3	Erwartungen der Städte und Gemeinden an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung	10/98
Nº 4	Fragen, Antworten und Handlungsempfehlungen zum Vergaberecht	11/98
Nº 5	Gegenüberstellung und Kommentierung der Koalitionsvereinbarung der SPD/Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998	12/98
Nº 6	Sozialpolitik in Deutschland – DStGB zum Reformbedarf aus Sicht der Städte und Gemeinden	1-2/99
Nº 7	Jahr-2000-Problem in Städten und Gemeinden Eine praxisorientierte Handreichung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik	4/99
Nº 8	Kommunales Immobilienmanagement Konzepte und Lösungsansätze zur Optimierung der kommunalen Immobilienwirtschaft	5/99
Nº 9	Baulandmobilisierung und städtebauliche Verträge	9/99
Nº 10	„Jahrtausend-Alleen“ für Bürger und Umwelt Pflanzaktion der Städte und Gemeinden zur Jahrtausendwende	10-11/99
Nº 11	Städte und Gemeinden in Deutschland Bilanz '99 und Ausblick 2000: Daten – Fakten – Hintergründe	1-2/2000
Nº 12	Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes auf die Haushalte der Städte und Gemeinden	4/2000
Nº 13	Fragen und Antworten zu Konzessionsabgabe und Konzessionsverträgen in der Elektrizitätsversorgung	6/2000
Nº 14	DStGB-Analyse zu Kommunal финанzen (Nur Online-Version)	7/2000
Nº 15	Das gibt's nur einmal... das kommt nie wieder Wettbewerb „Mit Ihrer Stadt/Gemeinde zur EXPO 2000“	8/2000
Nº 16	Städte und Gemeinden in Deutschland Bilanz 2000 und Ausblick 2001: Daten - Fakten - Hintergründe	1-2/2001
Nº 17	Kommunen und Bundeswehr Standortschließungen - Folgen - Konversionslösungen	2/2001
Nº 18	Vergabe kommunaler Versorgungsleistungen Verfahren, aktuelle Probleme und Antworten	6/2001



Deutscher
Städte- und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin

Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200

eMail dstgb@dstgb.de

www.dstgb.de

Verlag WINKLER & STENZEL GmbH

Postfach 1207 · 30928 Burgwedel

Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50

eMail info@winkler-stenzel.de